DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

247 22. JAHRGANG April 2005 4,50 €

AUS DEM INHALT:

SOZIALES ZENTRUM

VertreterInnen politischer Gruppen und Initiativen sowie Einzelpersonen trafen sich Anfang März zu einer politischen Stadtrundfahrt durch Berlin. Ihr Anliegen: Ein Soziales Zentrum. Gemeinsam wurden zehn leerstehende und geeignete Häuser besichtigt. Seite 3

KULTURPFLANZEN

In den letzten 10.000 Jahren sind unsere Kulturpflanzen entstanden. Vor 150 Jahren setzte die professionelle Pflanzenzüchtung ein. Seither treiben die professionellen PflanzenzüchterInnen die »Einhegung« des Gemeingutes Kulturpflanze munter voran – Gentechnik und Sorten-Einfalt werden bald einmal unseren Speisezettel bestimmen. Doch es gibt Alternativen – wenn wir sie unterstützen! Seite 4

MANIFEST

Auf dem V. Weltsozialforum haben 19 Persönlichkeiten den Text eines »Manifests von Porto Allegre« vorgestellt. In den Medien wurde es als programmatisches Dokument des Sozialforums dargestellt. Die Unterzeichner widersprechen dieser Darstellung ausdrücklich und weisen daraufhin, dass dieser Text niemanden anders bindet als sie selbst. Seite 5

JUBILÄUM

Der Wissenschaftsladen Bonn – mit 25 MitarbeiterInnen der größte der 58 Wissenschaftsläden in Europa – bereitet aktuelle Erkenntnisse und wissenschaftliche Forschungsergebnisse verständlich und praxisnah für Bürger auf und beging Ende 2004 seinen 20. Geburtstag. Zukunft, Strategien und Geschichte des Wissenschaftsladen Bonn – ein Interview geführt von Brigitte Peter mit dem Geschäftsführer Theo Bühler. Seite 6.

FINANZIERUNG

Grundsätzlich befinden sich Genossenschaften in Deutschland in einem ernsten Dilemma, wenn sie mehr Kapital benötigen, als die Mitglieder bereit oder in der Lage sind, aufzubringen. Dies hängt mit den genossenschaftstypischen Regelungen der Kapitalaufbringung zusammen. Durch sie gibt es für Investoren wenig Anreize, eine Beteiligung einzugehen. Die Gründe liegen in der Ausrichtung der Genossenschaft. Sie ist nutzer- und nicht investororientiert. Unser zweiter Themenschwerpunkt in dieser Ausgabe beschäftigt sich mit Finanzierungsinstrumenten und Tips für Genossenschaften, wie etwa der »KfW Mittelstandsbank«, der »GLS-Bank« oder der Eigenkapitalverstärkung durch sogenannte »Genussrechte«.
Abgerundet wird das Thema mit einem Bericht zur Gründung einer Serviceagentur für Senioren auf genossenschaftlicher Basis in Freiburg. Seite 12-13

www.contraste.org

ÜBER DIE FRAGE DER QUALITÄT IN DER HUMANITÄREN HILFE

Droht nach dem Tsunami die Hilfe?

Die Flutkatastrophe in Südasien hat eine einzigartige Welle der Hilfsbereitschaft ausgelöst. Die »Geiz ist geil«-Nation zeigte sich bemerkenswert mildtätig. Mit einem Mal galt das Gegenteil, war »Helfen geil« und wurden tatsächlich alle Rekorde gebrochen. Spenden in Höhe von 450 Mio. Euro – das hat es bei keiner Katastrophe zuvor gegeben. Ganz offenbar ist der herrschende Trend der gesellschaftlichen Entsolidarisierung nicht mehr unwidersprochen. Insbesondere unter jüngeren Menschen scheint das Bedürfnis nach sozialem Ausgleich wieder zu wachsen. Allerdings ist die Bereitschaft zur Hilfe in Not bislang eher moralisch begründet und noch nicht Ausdruck einer politischen Solidarität mit Menschen in deren konkreten Auseinandersetzungen. Gerade die fehlende Wahrnehmung, dass auch Hilfe politische Implikationen beinhaltet, macht diese anfällig, für vielfältige eigennützige Interessen in Dienst genommen zu werden.

Selbst massive Häuser hielten den Fluten nicht stand — Foto: medico

Thomas Gebauer, medico international ● Gesundheitspolitische Organisationen, wie die indische Sektion des »Peoples Health Movement« oder »Health Action International« in Sri Lanka befürchten, dass nach der Flut nun die Hilfe katastrophengleich über sie hereinbrechen könnte. Tatsächlich treten sich in Sri Lanka inzwischen die aus allen Teilen der Welt eingeflogenen Hilfsorganisationen gegenseitig auf die Füße. Alle sind bemüht, Zugang zu den Katastrophenregionen zu bekommen und geeignete Claims für ihre Projekthilfen abzustecken. An einem indischen Küstenabschnitt sollen es alleine 300 lokale NGOs sein, die beim Wiederaufbau von gut 80 Dörfern beteiligt sein wollen. Hinzukommen die bald 1.000 Angebote deutscher Kommunen, Krankenhäuser, Erziehungseinrichtungen und Verbände, die alle dem Neujahrsappell des Bundeskanzlers gefolgt sind und nun ebenfalls bei der Beseitigung der Schäden helfen wollen. Humanitäre Hilfsorganisationen, wie die »Ärzte ohne Grenzen«, haben schon früh vor einer Überfinanzierung gewarnt und ihre Unterstützer aufgefordert, nur noch zweckungebunden zu spenden.

Für eine nachhaltige Überwindung der Schäden, die der Tsunami an den Küsten des Indischen Ozeans angerichtet hat, ist fraglos umfangreiche Hilfe nötig. Es ist gut möglich, dass sogar mehr Mittel benötigt werden, als bislang zur Verfügung stehen. Wiederaufbaumaßnahmen aber hängen nicht allein vom Geld ab. Sie gelingen nur, wenn diese vor Ort von leistungsfähigen und in der Bevölkerung verankerten lokalen Partnern getragen werden. In den Katastrophengebieten Indonesiens oder von Sri Lanka, in denen zum Teil jahrzehntelange Kriege geherrscht haben, aber ist das, was hierzulande Zivilgesellschaft genannt wird, wenig ausgeprägt. Unabhängige NGOs und Selbstorganisationen, die den Rahmen für eine an den Interessen und Rechten der Geschädigten orientierten Hilfe bieten könnten, konnten sich hier aufgrund von Bürgerkrieg und autoritärer Herrschaftsformen nicht frei entfalten.

Instrumentalisierung

Und so steht zu befürchten, dass die Hilfe für die Opfer der Flut in Südasien für vielerlei fremde Zwecke genutzt werden wird. Schon jetzt mehren sich die Anzeichen, dass viele der Gönner handfeste eigennützige Interessen verfolgen und alles dransetzen werden, um aus der Katastrophe möglichst viel Kapital zu schlagen: Das indonesische Militär nutzt die Gelegenheit zu strategisch bedeutsamen Zwangsumsiedlungen. Die USA versuchen ihr ramponiertes Image aufzupolieren und dabei zugleich China geostrategisch in Schach zu halten. Spekulanten in Indien und Sri Lanka wollen verhindern, dass die Fischer in die für den Tourismus interessanten Küstenregionen zurückkehren. Die Regierung von Sri Lanka plant einen großen Modernisierungsschub, der neben dem Bau einer küstennahen Autobahn auch die Errichtung mehrerer für den Trawler-Fischfang geeigneter Tiefseehäfen vorsieht (was den Kleinfischern vollends den Gar aus machen dürfte). Bürgermeister sehen in Hilfsprojekten eine willkommene PR-Aktion für die eigene Wiederwahl. Hilfswerke buhlen um den Zugang zu den Medien. Unternehmen, die ansonsten in vorderster Front der gesellschaftlichen Entsolidarisierung stehen, präsentieren sich werbewirksam als Wohltäter (obwohl die 10 Mio. Euro, die die Deutsche Bank im ZDF übergab, weniger als die sprichwörtlichen »peanuts« sind und schon gar nichts im Vergleich zu den Steuererleichterungen, die den Unternehmen in den letzten Jahren geschenkt worden waren). Das Außenministerium nutzt die Gelegenheit, um seinen Anspruch auf Übernahme des Entwicklungshilfeministeriums Nachdruck zu verleihen. Und die Bundesregierung zeigt sich auch deshalb so spendabel, um Deutschland für einen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu empfehlen.

Fortsetzung auf Seite 7

D 8008

BERLIN: SONNTAGSSPAZIERGANG AUF DEM GLEISDREIECK MIT EINWEIHUNG DES COMMUNITY GARDENPARKS

Frühling auf dem Gleisdreieck

Es hat begonnen! Pünktlich zum Frühlingsanfang bekam nach weit über 16jährigem Kampf die »AG Gleisdreieck« ein Teil des 35-Hektar-Geländes für die (Zwischen-?)Nutzung als Park zugesprochen. Ein schöner Erfolg war der Auftakt-Spaziergang am Sonntag, den 20. März über das Gleisdreiecksgelände.

Elisabeth Meyer-Renschhausen ● Es gab eine Führung durch die »AG Gleisdreieck« über das weite Gelände, alle blieben dabei, einige hatten besondere alte Hirsesorten, die sie gleich einsehen wollten, andere Flyer zu gesunder Ernährung, die demnächst hier aus dem Boden sprießen soll. Alle hatten noch weitere an diesem Sonntag verhinderte Freunde, die demnächst auch zum regelmäßigen Graben kommen wollen...

Zu Beginn hatte es der Baustadtrat Franz Schulz (Bündnis90/Die Grünen) von Friedrichshain-Kreuzberg spannend gemacht. Eigentlich hatte er zugesagt, den Schlüssel für das Tor zu bringen und das Tor eigenhändig zu öffnen. Wer nicht kam war Dr. Schulz. Das war eine gute Idee, denn so konnten wir alle viel besser sehen, wie viele Menschen beim Gleisdreieckspark nun mitmachen wollen! Die Möckernstraße, Ecke Hornstraße, wo das Tor sich befindet, wurde immer voller, so viele Wartende standen da nun, die Autos kamen kaum noch durch, blieben aber alle ganz friedlich, sahen wohl auch sogleich, dass hier etwas ganz Besonderes vor sich ging.

Nach 20-minütigem vergeblichen Warten erschien einer unserer wackeren langjährigen Mitstreiter in Arbeitsmontur und hatte plötzlich einen tollen roten Bolzenbrecher in der Hand. Das war natürlich sehr viel photogener als ein Baustadtrat mit Schlüssel. Die Kameras blitzten, die Presse ließ schier die Leute der Initiative gar nicht mehr selbst ans Tor, so froh waren sie über das schöne Bild. Zum Schluss ging es dann aber doch noch schneller, das wackelige Eisentor einfach aus den Angeln zu hebeln und nun ergoss sich eine geradezu unzählbare Menschenmenge an »Gleisdreiecks-Spaziergängern« auf das Gelände, versuchten jedes der erläuternden Worte von den Wortführern der AG Gleisdreieck zu erheischen, bevor die frische Brise es über die sonnenbeschienene Weite davon trug...

Hinterher ging es zum Kaffeetrinken ins nahe gelegene Gemeindehaus, wo diverse Leute alsbald mit ihren wunderbaren Projektideen aufwarteten, als da sind Felder mit alten Getreidesorten, Sonnenblumen zur Bodenverbesserung, Lehmbaustelle, ein Kräutergarten, interkulturelle Gemeinschaftsgärten, Naturlehrpfad u.ä. ....

Wie geht es weiter? Das Tor ist vorübergehend wieder zu. Ab April soll es dauerhaft offen und die den Bürgern nunmehr zugesprochenen 6.000qm öffentlich nutzbar sein. Es soll jedoch gewährleistet werden, dass dieser Eingang nicht von Autos benutzt werden kann, damit kein Müll auf dem Gelände abgeladen wird. Ein großer Stein oder Betonbrocken oder ein schöner Baumstamm, in der Auffahrt so platziert, dass Kinderwagen durchkommen, PKWs aber nicht, könnte die Funktion erfüllen. Wer die passenden Ideen hat oder sonst wie bei der Realisierung helfen kann, ist herzlich eingeladen, mitzumachen. Solange dieses Problem nicht gelöst ist, kommt man nur über die Ladestraße (Eingang Möckernstaße / Ecke Landwehrkanal) auf die Fläche. Ein Umweg, der sich bei schönem Wetter, wie es sich gerade ankündigt, sicher lohnt.●

Treffen der AG Gleisdreieck: jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 19 Uhr, Gemeinedesaal Wartenburgstraße 7

Internet:
www.berlin-gleisdreieck.de

AUFRUF ZUR MITARBEIT

Call for Papers

Wir planen nach fast drei Jahren für den 21. – 23. Oktober 2005 in Zusammenarbeit mit der »Stiftung Fraueninitiative«, Köln, einen zweiten internationalen workshop zum Thema »Prozesse der Selbstorganisation – gemeinsame Selbstversorgung«.

Der Fokus unserer Tagung sind selbstbestimmte und gemeinsam im lokalen Umfeld gestaltete Lebenstätigkeiten, jenseits der Warenwelt und ihren Vermarktungsgesetzen. Unser Begriff von Selbstversorgung geht also über essen, trinken, sich kleiden und wohnen deutlich hinaus. Der Erfahrungsaustausch zwischen Theoretiker/innen und Praktiker/innen hat sich als fruchtbar erwiesen. Wir möchten diese Form des kreativen Austauschs fortsetzen, der uns eine Selbstverständigung über das angewachsene Wissen aus Forschung und Praxis grenzüberschreitend ermöglicht und eine Vernetzung als einen Prozeß gegenseitiger Förderung anregt.

Das Sprechen und Schreiben über Selbstorganisation, Selbsthilfe und Selbstversorgung ist ein umstrittenes Terrain. Oftmals bleibt unklar, welchen gesellschaftlichen Verhältnissen das »Selbst...« in den Begriffen zugeordnet wird. Der neoliberale Diskurs zur »Zukunft des Städtischen« folgt der umfassenden Vermarktung möglichst aller Lebenstätigkeiten. Zur Zeit erleben wir eine höchst widersprüchliche Entwicklung: Einerseits totalisiert sich die Warenwelt und andererseits zieht sich die Warenproduktion aus für sie unrentablen Bereichen zurück, was in einer spürbaren Segmentierung der Stadt und in Schrumpfungs- und Verfallsprozessen sichtbar wird. Diese Prozesse brauchen den Einzelnen als isolierten *homo oeconomicus*.

Die hieraus entstehenden zerstörerischen Impulse erfordern die Neubestimmung des Verhältnisses von globalisierter Warenwelt und lokaler Gebrauchssphäre und machen eine andere Sicht auf die »Zukunft des Städtischen« notwendig. Die Prekarisierung der Lebensverhältnisse zwingt viele Menschen unfreiwillig zu einem stärker gebrauchsförmigen Modus der Existenzsicherung. Gleichzeitig eröffnet der Verfall der alten Ordnung aber auch neue Handlungsspielräume in der Alltagskultur für selbstbestimmte gemeinsame Selbstversorgung.

Alternative Formen des Gesellschaftlichen beziehen sich auf Strategien gemeinschaftlicher Gestaltung von Lebenstätigkeiten in freien Kooperationen, orientiert an den Bedürfnissen z.B. des neuen *homo reciprocans* (Falke, Armin 2001).

In dem hier skizzierten Kontext suchen wir nach theoretischen Zugängen und kritisch reflektierten praktischen Erfahrungen. Beispiele für Themenfelder:

- gemeinsame Lebenstätigkeiten in unterschiedlichen sozialen und kulturellen Kontexten (Formen sozialer Organisation, Zeit- und Arbeitsorganisation, Einbettung in soziale und kulturelle Kontexte, Ausgrenzung aus bzw. Einbindung in die Warenproduktion, gemeinsame Verfügungsmacht und demokratische Entscheidungsfindung, Konfliktbearbeitung);
- Austausch als Geben und Nehmen (Maßstäbe für den Austausch, soziale Bindung versus Autonomie, das »Wertfühlen« beim Geldtausch und beim gebrauchsförmigem Geben und Nehmen);
- die Stadt als Handlungsrahmen für selbstbestimmte gemeinsame Lebenstätigkeiten (räumliche Organisation, Mobilität/Transport, Infrastruktur und Ausstattung, Kodifizierung durch Nutzungsrechte);
- der doppelte Arbeitstag: Notwendige Erwerbsarbeit versus Strategien zur Ausdehnung einer selbstbestimmten Existenzsicherung und für mehr Unabhängigkeit vom Markt. Selbstversorgung als Weg zu veränderter Lebensqualität oder als Stabilisierung der dominanten Verhältnisse. Abschließend gibt es ein Rundgespräch zur politischen Einschätzung des Themas »Gemeinsame Selbstversorgung – Illusion oder Perspektive«.

Wir würden uns über einen Beitrag von Dir/Ihnen zur Tagung freuen. Wir werden ein Kreis von ca. 25 eingeladenen engagierten ExpertInnen.

Wir bitten Dich/Sie, uns bis spätestens **30. April** Deinen/Ihren Beitrag auf ca. 2 Seiten darzustellen.

Mit herzlichen Grüßen, Die Veranstalterinnen

Dr. Carola Möller, Köln / Dr. Ulla Peters, Universität Luxemburg / Dipl.Ing. Irina Vellay, Dortmund
E-mail: taking.place@gmx.de

ABSAGE-AGENTUR

»Verkaufen Sie sich nicht unter Wert – sagen Sie lieber gleich ab«

Ein neues Projekt lockt resignierte Arbeitssuchende, frustrierte Lohnabhängige und bewerbungsgestresste ALG II-Empfänger/innen aus der Defensive: die Absageagentur. Als Persiflage auf die Arbeitsagenturen fordert sie ihre »Kund/innen« auf, Absagen auf aktuelle Stellenangebote zu schreiben.

Redaktion Heidelberg ● Die Absageagentur stellt eine kostenlose Dienstleistung für alle zur Verfügung, die der Fetischisierung von Arbeit einen symbolischen Akt entgegen setzen wollen. Wer keine Lust hat auf Lohnarbeit, bewerbungsmüde ist oder unzufrieden mit dem eigenen Job, kann ab sofort dem herrschenden Diskurs eine Absage erteilen: Nicht die Bewerbung um einen Arbeitsplatz, der den eigenen Interessen zuwiderläuft und weit unter den eigenen Qualifikationen liegt, steht im Mittelpunkt. Stattdessen suchen sich die »Kunden« und »Kundinnen« der Absageagentur ein Stellenangebot aus, das sie etwa wegen schlechter Bezahlung oder miserablen Arbeitsbedingungen nicht annehmen wollen. Sie schreiben eine persönliche Absage oder nutzen einen von der Agentur vorformulierten Absagetext. Diese Briefe leitet die Absageagentur kostenlos an das ausschreibende Unternehmen weiter. Auf diese Weise wird die Flexibilität der Arbeitgeber/innen getestet und die Forderung nach Eigenverantwortlichkeit wörtlich genommen. Individuell soll diese Aktion dazu anregen, sich über den Wert der eigenen Arbeitskraft bewusst zu werden. Getreu dem Motto der Absageagentur: »Verkaufen Sie sich nicht unter Wert – sagen Sie lieber gleich ab!«

Der komplette Service kann im Internet (www.absageagentur.de) oder ab April im Büro der Absageagentur in der Falckensteinstr. 31, D-10997 Berlin in Anspruch genommen werden. Das Büro in den Räumen von Instantrooms e.V. (www.instantroms.net) wurde am 01.04.2005 mit einer Party und einem Konzert eröffnet.

In einer Absage heißt es beispielsweise:
»Ich danke Ihnen für die Ausschreibung oben genannter Stelle. Nach sorgfältiger Prüfung Ihres Angebotes muss ich Ihnen leider mitteilen, dass ich die angebotene Stelle nicht antreten werde. Ich versichere Ihnen, dass meine Entscheidung keine Abwertung Ihrer Person oder Ihres Unternehmens bedeutet, sondern ausschließlich auf meine Auswahlkriterien zurück zu führen ist. Ich bedauere, Ihnen keine günstigere Nachricht geben zu können und wünsche Ihnen und Ihrem Unternehmen für die Zukunft alles Gute.« ●

AKTION 2005

Nicht ganz den Erwartungen ...

... entspricht der Monat März. Verbessert wurde unsere Abo-Statistik geringfügig, sieben Abos kamen hinzu, ein schon verloren geglaubtes Abo wegen Umzugs meldete sich nun doch noch zurück. Abo-Kündigungen gab es eine, zwei weitere Abos entfallen durch den plötzlichen Tod von Regine Deschle aus Rostock, Tauschringaktivistin und gelegentliche CONTRASTE-Autorin.

Redaktion Heidelberg ● Spenden gab es im Monat März keine, so dass wir weiterhin darum bangen müssen, das drohende Defizit für dieses Jahr noch aufzufangen. Benötigt werden dazu also weiterhin **4.182,89 EUR**. Zusätzliche **1.300 EUR** benötigen wir, um die Altschulden auf 6.000 EUR abzusenken.

Abo-Kampagne 138+

Hoffnung macht immerhin, dass der stetige Abo-Rückgang erstmals gestoppt wurde. Durch die oben erwähnten Neuabos minus Kündigungen liegt das Ziel jetzt bei 138+. Da hilft weiterhin auch die verstärkte Werbung durch Euch. Ein gutes Werbemittel sind Schnupper-Abos, denn das Produkt selbst ist immer noch die beste Werbung. Herzlichen Dank an alle, die uns durch Werbung, verschenken von Schnupper-Abos, Spenden und durch ihre Fördermitgliedschaft helfen!

Fördermitgliedschaften

Im Monat März gab es eine Kündigung (- 62 EUR) aber auch eine neue Mitgliedschaft:
● Bernd Wulf, Lübeck (62 EUR)
Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften tragen auch dazu bei, unser Projekt zu stabilisieren. Bei Eintritt in den Contraste e.V. (Coupon auf dieser Seite) erhalten wir den vollen Beitrag und die im Abopreis enthaltene Umsatzsteuer fällt weg, da Mitglieder die Zeitung umsonst bekommen. Zusätzlich lässt sich der Förderbeitrag natürlich von der Steuer absetzen!

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Bestellungen unter
Tel. (0 62 21) 16 24 67.●

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2005

Das Zeitungsprojekt benötigt 2005 5.482,82 EUR an Spendengeldern.

Das Ziel der Abokampagne: 138+ Neuabos

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

IN EIGENER SACHE

Hin und wieder erreichen uns nicht nur lobende sondern auch zornige LeserInnenbriefe. Wir möchten ausdrücklich daraufhinweisen, das die in CONTRASTE veröffentlichten Artikel nicht zwangsläufig den Meinungen unserer Redaktionsmitglieder entsprechen müssen – selbst diese haben nicht eine einheitliche Meinung. Da sich CONTRASTE als Diskussionforum unterschiedlichster Bewegungen (und eben auch Meinungen) versteht, werden immer wieder auch Artikel, die zu kontroversen Diskussionen führen (und zugegebenermaßen manchmal recht provozierende Äußerungen enthalten) abgedruckt. Wir halten es für wichtig, keinen unkritischen Pluralismus zu vertreten aber denken, dass alle standhaft genug sein sollten, gemeinsam eine Streitkultur zu pflegen, die wichtige Auseinandersetzungen möglich macht. Also: Beim nächsten Ärger über einen Artikel nicht gleich zornig zum Hörer greifen und das CONTRASTE-Abo kündigen, sondern zur Feder oder Tastatur greifen und selbst etwas schreiben. Wie schon gesagt: Wir verstehen uns als offenes Diskussionsforum!

KURT'S SURF CENTER: MULTI-MEDIA-MITLEID

Tsunamiopfer in Mails als »Scam«

Dass nach der Flutwelle eine Welle der Hilfsbereitschaft nur zu oft missbraucht wurde, steht in dieser Zeitung auch an anderer Stelle (unser Schwerpunktthema von medico international). Wie jedoch auch mit Mitteln des Internet abzusahnen versucht wird, schreiben wir hier. Bereits kurz nach der Katastrophe liefen die »Drähte« heiß und es waren beileibe nicht immer seriöse Hilfsersuchen, die gemailt wurden.

Auf die plumpe Tour versuchte es sehr bald der »Tsunamis Disaster Help Funds (TDHF)«, der sich einfach als namenlose NGO (Non Governmental Organization) mit Praxis aus Sudan und Haiti etc. anpries, um die Hand aufzuhalten. Eine angebliche Auswahl aus 20.000 Untemehmenshomepages und 30.000.000 Emailadressen wurde so angegangen. Vielleicht waren es aber auch alle, weil mailen ja so billig ist.

Dann kamen die nächsten Wellen: Mails mit Einzelschicksalen. Ein Konto der Postbank in Groningen (Holland) sollte den sicher schwer betroffenen Fischern in Kalutara auf Sri Lanka helfen. Auch hier versuchen aber Nepper, Schlepper und Bauernfänger aus dem Elend der Opfer Kohle zu machen. Ihr Pech: im Internet wird so was auch registriert und gebrandmarkt. Beide Fälle wurden als sogenannte Tsunami-Scams (Scam ist amerikanisch für Nepp) erkannt und veröffentlicht.

Inzwischen rollt die dritte Scamwoge an und die funktioniert nach dem Strickmuster des seit längerem praktizierten »Nigeria-Scam«. Hier wird nicht auf Hilfsbereitschaft, sondern auf Einfalt und Habgier gesetzt. So will der Rechtspfleger Charles Brown seit 8.3. partout, dass ich eine 12.000.000 US$-Erbschaft des verstorbenen Ölmagnaten Francis Fichelle antrete. Er, seine Frau und Kinder waren angebliche Tsunamiopfer und es gebe keine weiteren Verwandten.

Mein Schaden soll es nicht sein und er ist bereit, für meine Mühe 40% der Summe abzutreten. Sonst werde die Kohle ja sowieso nur von irgendeiner korrupten Regierung konfisziert. Nun ja, bei diesem Strickmuster gibt es im nachhinein Geschäfte für mein ständig ächzendes Bankkonto. Entweder (wie z.B. auch bei etlichen unseriösen Internet-Spielcasinos) es wird ein Weg gefunden, in meinem Namen einzukaufen oder es tauchen Rechnungen von Anwaltskanzleien auf, die die Hinterlassenschaft bearbeiten.

Da widerstehe ich lieber solchem Ansinnen, melde das Begehren besser bei einer einschlägigen Website (z.B. computerbetrug.de) und bleibe arm, vielleicht sogar glücklich...●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

BERLINER SOZIALFORUM

Ein soziales Zentrum muss her!

Die Idee für ein »soziales Zentrum« existiert in Berlin eigentlich schon seit 2001. Die globalisierungskritische Bewegung seit Seattle und die Teilnahme einiger von uns an den Protesten in Genua, beflügelte uns, in Berlin so etwas aufbauen zu wollen. Wir besetzten im Dezember 2001 ein seit langem leerstehendes Gebäude von ver.di, in der irrigen Hoffnung, die Gewerkschaft wäre leichter für so etwas rumzukriegen als der Staat.

Uschi Volz-Walk, Berlin ● Ver.di lies uns räumen und stellte Strafanträge, die jedoch eingestellt wurden. Die Initiative lag dann längere Zeit brach, u.a. auch deswegen, weil uns durch den 11.9. eine gesellschaftliche Situation aufgezwungen war, die alles andere als eine Aufbruchstimmung beinhaltete.

Im Frühling 2003 gründete sich der *Initiativkreis für ein Berliner Sozialforum* und es gab einen erneuten Anlauf. Zumal die Idee im Initiativkreis, ein politischer Raum für politische Debatten zu sein und nicht so sehr selbst Akteur, sich im Laufe der Zeit herauskristallisierte. Und für solch eine Idee bedarf es tatsächlich auch eines realen Raumes. Mehrere Besetzungen folgten, denn Leerstand von öffentlichem Eigentum gibt es in Berlin mehr als genug. Zumal dieser Leerstand, abgesehen davon, dass er undemokratisch und unsozial ist, das Land Berlin jährlich mehrere Millionen Euro kostet.

Verhandlungen mit dem PDS geführten Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg schienen zunächst positiv zu verlaufen. Aber nach Interventionen vom SPD-Innensenator, der behauptete, der Kreis der in das Zentrum will, wäre zu linksextremistisch, wurden gegen uns immer wieder neue Hürden aufgebaut. Wir waren sogar bereit, das Haus in Erbpacht zu übernehmen oder in Höhe der Betriebs- und Bewirtschaftungskosten. Wir waren aus politischen Gründen nicht bereit, Miete für das seit Jahren leerstehende Haus zu bezahlen.

Das Ganze zog sich hin. Wir haben bis heute kein Haus, aber dafür hat der Senat auch aufgrund unserer Aktivitäten einen Beschluss gefasst, der bisher einmalig ist: gemeinnützigen und förderungswürdigen Interessenten können leerstehende Gebäude zur Zwischennutzung in Höhe der Betriebs- und Bewirtschaftungskosten zur Verfügung gestellt werden.

Dieser Beschluss hat natürlich, wie könnte es anders sein, viele Haken und Ösen. Dennoch nahmen wir diesen Beschluss ernst und organisierten Anfang März eine Stadtrundfahrt mit etlichen an einem »sozialen Zentrum« interessierten Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen zu leerstehenden oder bald leer werdenden Objekten – hauptsächlich Schulen. Es gibt immer wieder die Erfahrung, dass es einfacher ist, sich ein »soziales Zentrum« erkämpfen zu wollen, wenn die Menschen ein konkretes, anfassbares Objekt vor Augen haben, als das dieses Haus nur abstrakt ist. Nach der Stadtrundfahrt hatten wir bei einem leckeren Büffet eine anregende Strategiedebatte, bei der sich drei Untergruppen gebildet haben. Für drei unterschiedliche Objekte werden jeweils unterschiedliche Schritte erarbeit und wir sind guter Dinge, dass wir es dieses Jahr noch schaffen können.●

Die Autorin ist Mitglied der Hausgruppe für ein »Soziales Zentrum«. Kontakt: info@sozialforum-berlin.de

War schon mal besetzt: Glogauer Str. 16 Foto: indymedia

BERICHT

Busfahrt für ein soziales Zentrum

Rund 50 VertreterInnen politischer Gruppen und Initiativen, zahlreiche Einzelpersonen und PressevertreterInnen trafen sich am 3. März zu einer politischen Stadtrundfahrt. Das Anliegen: Ein Soziales Zentrum für Berlin. Gemeinsam wurden zehn leer stehende Häuser besichtigt, die sich für ein solches Zentrum eignen würden. Nur eine kleine Auswahl der über 8.000 Immobilien, die die öffentliche Hand in Berlin zur Zeit leer stehen lässt.

von BusfahrerInnen, indymedia ● Seit Herbst 2001 bemüht sich die *Initiative für ein Soziales Zentrum* in Berlin um einen öffentlichen Raum, den man gemeinsam mit allen Interessierten als offenes Forum nutzen könnte. Mit mehreren Besetzungen, zuletzt einer leer stehenden Kita in der Glogauer Straße, hatte die Initiative dem PDS-regierten Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg im Oktober 2004 Verhandlungen abgerungen. Doch die Bezirksbürgermeisterin Claudia Reinauer (PDS) enttäuschte die Initiative. Das Argument: Der Bezirk dürfe seine Häuser laut Senatsbeschluss nur zu marktüblichen Preisen vermieten. Schon damals fragte es sich, warum eigentlich, wenn die Häuser eh leer stehen?!?

Mittlerweile sieht die Lage anders aus. Der Druck auf die Bezirke und den Senat hat gefruchtet. Am 23. November 2004 teilte der Berliner Senat in einer Pressemitteilung mit, dass öffentliche Immobilien nun auch zu Betriebskosten an gemeinnützige Einrichtungen und Projekte vermietet werden dürften.

Also rein in den Bus und raus in die Stadt. Mit dabei: Die Berliner Kampagne gegen Hartz IV, das Soziale Zentrum Berlin, Anders Arbeiten, ein freier Radiosender, Berlin Umsonst, mehrere migrantische Gruppen und viele andere mehr. In einer dreistündigen Rundfahrt wurden zehn Objekte der Begierde in Kreuzberg, Friedrichshain, Mitte und Prenzlauer Berg angefahren. Auswahl gibt es bei der katastrophalen Sparpolitik der Stadt mehr als genug: Geschlossene Schulen, eingesparte Kitas, das ehemals besetzte Künstlerhaus Bethanien, das ausgerechnet die PDS privatisieren will.

Die ungenutzten öffentlichen Räume wurden von den politischen BusfahrerInnen mit großen Plakaten gekennzeichnet: »LEERSTAND von öffentlichem Eigentum – dieses Gebäude gehört uns allen!«

Am Ende gab's für alle BusfahrerInnen ein üppiges Protestbüfett samt Strategiediskussion an der Offenen Uni Berlins (OUBS!) – und einen Aufruf zur Unterstützung der Offenen Uni, denn der OUBS! wurde zum 1. April, trotz reger Nutzung, eine Räumung durch die Humbold-Universität Berlin angedroht. Einig waren sich zum Schluss alle: Her mit einem Sozialen Zentrum! OUBS! bleibt!●

WOFÜR WIRD EIN »SOZIALES ZENTRUM« BENÖTIGT?

Das geplante Projekt »Soziales Zentrum« in Berlin will vielerlei sein:

● Ein Ort, für all diejenigen, die vom Staat (Hartz I-IV zum Beispiel), durch Sexismus und/oder Rassismus oder von ihrem Arbeitgeber/Vermieter belästigt, unterdrückt, ausgebeutet, betrogen bzw. repressiv behandelt werden. Wo es dann darum geht Netzwerke real lebendig werden zu lassen, wo es Informationsbörsen mit praktischen Tipps und Tricks für den Alltag gibt (z.B. wo werden Ein-Euro-Jobs eingerichtet und wie kann dagegen vorgegangen werden), wo Organisierung von politischen Debatten und Organisierung von Beratungen (Bsp. wie kann ich mich mit anderen zusammen gegen Zwangsräumungen wehren oder: »Hilfe, ich werde an meinem noch Arbeitsplatz gemobbt!«) ihren Platz haben.
● Ein Ort aber auch für all diejenigen, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen und sich mit anderen selbstorganisiert zur Wehr setzen wollen, wo solidarisches Aufeinanderbeziehen wieder selbstverständlicher zum Alltag wird.
● Ein Ort, der die verschiedensten Proteste in der Stadt bündelt und verstärkt, an dem Erfahrungen ausgetauscht und Aktivitäten geplant werden.
● Ein Ort, der offen für Versuche, Veränderungen, Projekte ist und in gesellschaftliche Konflikte interveniert wird.
● Ein Ort, wo Kampagnen entstehen, um z.B. gegen die Einschränkung von Mobilität jeglicher Art gemeinsam vorzugehen oder um z.B. gegen die Kriminalisierung von sog. illegalisierten Migranten und Migrantinnen praktisch was zu unternehmen.
● Ein Ort aber auch für Kultur von unten, für Bildungszugänge für alle.

Es geht um ein sichtbares Zeichen für eine ernstzunehmende, nicht zersplitterte linke außerparlamentarische Opposition in Berlin, die über das übliche Spektrum hinausgeht. Und: es soll eine Ergänzung und keine Konkurrenz zu bereits bestehenden Einrichtungen sein.

Die Stadt gehört uns allen – für ein Soziales Zentrum!

UTOPISCHER BRIEF: LEBEN & KONFLIKTE IM SOZIALEN ZENTRUM

Berlin 15. November 2005

Hallo Grit,

schön, dass ihr euch auch überlegt, ein soziales Zentrum in Hamburg aufzubauen.

Ich bin nun schon seit einem Monat eine sog. Hausmeisterin in unserem »sozialen Zentrum« (nur mal so nebenbei bemerkt, wir konnten uns immer noch nicht auf einen gemeinsamen Namen einigen, obwohl wir nun schon seit 6 Monaten hier in dieser ehemaligen Schule sind, aber so ist es nun einmal, wer Vielfalt will, muss Geduld aufbringen). Ich hatte ja schon erwähnt, dass wir die verantwortlichen Jobs wie Koordination, Reparaturen und tägliche AnsprechpartnerInnen unter die Rubrik »Hausgruppe« zusammengefasst haben und die Stelle zu acht machen, d.h. alle 4 Monate rotieren vier Menschen.

Alle am Haus Beteiligten, seien es nun Gruppen, Initiativen, Beratungsstellen oder auch Einzelpersonen sind gefragt. Alle acht sind sozial abgesichert, d.h. z.B. wer Alg II hat, kriegt einen dementsprechenden Aufschlag, wer kündigen muss oder unbezahlten Urlaub hat, kriegt soviel wie er/sie braucht. Dafür haben wir uns einen Sozialtopf angeschafft, in den alle unterschiedlich, je nach Einkommen, Geld bezahlen und kollektiv nach weiteren, staatsunabhängigen Finanzierungsquellen umgeschaut wird. Im Moment klappt es noch sehr gut. Das kannst du dir ja denken, denn unser aller Anfangselan ist fast noch da.

Leider ist schon eine migrantische-Latino-Gruppe ausgestiegen, weil es ihr nicht sauber genug war und sie auch das Gefühl hatten, mit ihrem Bedürfnis bei anderen aufzulaufen. Das stimmte irgendwie auch, denn ihr Unmut blieb im kollektiven Putzplan fast unberücksichtigt. Witzig ist aber auch, wie meine Vorurteile manchmal durcheinander purzeln. Kürzlich musste ich sämtliche Tassen und den Müll von einer Gruppe altgestandener Linken wegräumen, hingegen beim Abhängnachmittag der Jugendlichen aus der Nachbarschaft war hinterher alles pikobello sauber.

Kürzlich hatten wir unseren ersten großen Konflikt. Unser bisheriges Selbstverständnis war, dass Parteien und staatstragende NGO's als Institutionen nix bei uns zu suchen haben, Einzelpersonen davon sind natürlich was anderes. Attac wollte als Ganzes ins Zentrum umziehen. Einzelne Personen waren bisher politisch sehr aktiv dabei. Dabei wurde allerdings immer darauf geschaut, dass sie – wie andere größere Gruppierungen auch – nicht dominieren. Und ich muss sagen, die Zusammenarbeit lief durchaus gut. Der Streit über ihren Einzug war im NutzerInnenplenum heftig umstritten, bis hin zu Ausstiegsdrohungen einzelner. Die Angst, dass solch eine große Gruppierung das Haus dominieren könnte, ist natürlich nachvollziehbar. Andererseits ist die Basis genauso heterogen zusammengesetzt wie die NutzerInnen dieses Hauses. Nun, es fand sich dennoch ein Kompromiss, dass sie unter Vorbehalt für ein halbes Jahr einziehen können und wir danach neu überlegen. Das ist eigentlich für den Selbstverständnisprozess untereinander ganz gut, um heraus zu kriegen, wo sind die Einzelnen offen für Kritik und wie, wo sind die politischen, sozialen und auch kulturellen Schmerzgrenzen. Da wird uns bestimmt noch einiges bevorstehen. Ich denke da an etliche antirassistische und antisexistische Auseinandersetzungen, die ja auch notwendig sind, schließlich sind wir nicht nur »die Guten«.

Zum Schluss wollte ich dir noch was Tolles erzählen, das sind dann so die Momente, die mich für all den Nerv und Stress, den so ein Zentrum zwangsläufig mit sich bringt, u.a. doch »entschädigen«. Vorgestern hatten wir unser politisches Plenum und da kam eine migrantische Frau vorbei, die uns über unsere Alltagsbörse kennen gelernt hat. Du weißt, dass wir eine Alltagsinfobörse haben, worüber Selbstorganisierung des Alltags einerseits, aber andererseits auch wichtige Informationen z.B. über SachbearbeiterInnen bei Ämtern etc. gesammelt und weitergegeben werden und die klappt mittlerweile sehr gut. Nun, diese Frau arbeitet bei einer Zeitarbeitsfirma. Einige aus dieser Firma hatten sich zusammen getan, weil es einige Vorfälle gab (sexistische Anmache, Mobbing, Lohn wurde unkorrekt ausgezahlt, ein paar rassistische Sprüche von Seiten der Chefs. Na ja, das Übliche halt) und sie darauf keine Lust mehr hatten. Sie wollten von uns Ratschläge und Unterstützung. Plötzlich hatte unser Plenum eine ungeheure Dynamik, einige zogen sich zurück, um mit Migrantinnen zusammen ein Flugblatt und eine Presseeinladung zu machen. Andere zogen in unsere Werkstatt um, um Pappschilder und Transparente zu basteln. Und wir alle verabredeten uns am nächsten Morgen, um die Zeitarbeitsfirma zu belagern und gleichzeitig die Presse dahin zu mobilisieren. Dabei »zahlte« sich wieder einmal aus, dass wir eine »Agentur« gegründet hatten, die u.a. gute und persönliche Kontakte zu allen möglichen Pressemenschen im Laufe des letzten halben Jahres aufgebaut hat. Und siehe da: wir waren heute morgen über 50 Menschen und zehn PressevetreterInnen. Die Chefs waren völlig verdutzt und kleinlaut. Ein guter Anfang finde ich. Die dort Arbeitenden fanden es prima und ich repariere schon den ganzen Tag, mit einem zufriedenen Lächeln auf den Lippen über unsere gelungene praktische Solidarität, ein defektes Klo.

Ich hoffe, ich konnte dir einen kleinen Eindruck verschaffen und solltet ihr bei eurem sozialen Zentrum praktische, wie auch ideelle Unterstützung brauchen, fragt einfach an. Wenn wir nicht können, dann können bestimmt andere, denn wir sind weltweit untereinander vernetzt und das nicht nur virtuell.●

BUCHVORSTELLUNG

Unsere Kulturpflanzen sind wir selbst

In den letzten 10.000 Jahren sind unsere Kulturpflanzen entstanden. Vor 150 Jahren setzte die professionelle Pflanzenzüchtung ein. Seither treiben die professionellen PflanzenzüchterInnen die »Einhegung« des Gemeingutes Kulturpflanze munter voran – Gentechnik und Sorten-Einfalt werden bald einmal unseren Speisezettel bestimmen. Doch es gibt Alternativen – wenn wir sie unterstützen! Diesen Beitrag haben wir der in der Schweiz erscheinenden Zeitschrift A-Bulletin entnommen.

von Andrea Heistinger

Bäuerliche und gärtnerische Pflanzenzüchtung

Der Großteil der Kulturpflanzenarten, die wir kennen entsprießt der bäuerlichen Pflanzenzüchtung. Durch Auslese und Vermehrungsarbeit über Jahrtausende entstanden nach und nach nicht nur die einzelnen Kulturpflanzen, sondern auch ihre Vielfalt. Vor einigen tausend Jahren haben Menschen an vielen Orten dieser Erde nutzbare Wildpflanzen erstmals in Kultur genommen. Sesshafte Menschen schufen Gärten und Äcker, in denen sie aussäten, pflegten, beobachteten, die schönsten Pflanzen als Samenträger auswählten und die Saat für das kommende Jahr abnahmen und aufbewahrten.

Kulturpflanzen sind also an Anbau und Vermehrung durch Menschen gebunden. Erst durch das Zutun der Menschen werden Wildpflanzen zu Kulturpflanzen. Ohne das Zutun des Menschen verwildern sie wieder. Ein eindrückliches Beispiel ist die Kopfbildung bei den Kopfsalaten. Wird in der Auslese und Züchtung nicht darauf geachtet, dass der Salat einen festen Kopf bildet, kann Salat diese Eigenschaften innerhalb weniger Generationen wieder verlieren.

Saatgut ist Gemeingut

Gemeingut Kulturpflanze: lokal entstanden, global gewandert.

In lokalen Dorfgemeinschaften weltweit war und ist es üblich, Saatgut untereinander weiterzugeben und auszutauschen. Sei es, weil die Lage eines Hofes eine gute Ausreife der Samen besonders gewährleistet, sei es, dass ein Bauer oder eine Gärtnerin einen besonders grünen Daumen für die Auslese und Weitervermehrung der Sorten hat. Durch das Austauschen und Weitergeben von Saatgut – vom Berg ins Tal, von Dorf zu Dorf – wechseln auch die Anbaustandorte und es kommt immer wieder zu einer »Erneuerung« der Sorte, indem sie sich einem neuen Standort anpassen muss.

In vielen Gemeinschaften findet dieser Austausch von Saatgut nicht nur anlass-bezogen oder zufällig statt, sondern in Form von eigenen Ritualen und Bräuchen. So entstanden Sorten als lokales Gemeingut an konkreten Orten. Immer wieder gelangten Kulturpflanzen in neue Länder und Kontinente: als Mitbringsel im Hosensack, als Exotikum der neu entdeckten Welt oder im Gepäck von MigrantInnen – als Anknüpfungspunkt an die eigene Kultur und Tradition. An neuen Orten unter der Einwirkung einer neuen Agrarkultur, haben die Sorten oft völlig neue Eigenschaften entwickelt. (1)

Drei Beispiele mögen dies veranschaulichen: Der Kürbis zählt zu den Kulturarten, die in Europa nach der Eroberung der Neuen Welt eingeführt wurden. Eine Form unter den Kürbissen ist der in Österreich allgemein bekannte »Steirische Ölkürbis« aus dessen schwarzen, schalenlosen Kernen das Kürbiskernöl gewonnen wird. Diese Form des Kürbis hat sich in der Steiermark als neue Kulturform entwickelt, die in den Herkunftsländern des Kürbis unbekannt war.

Zweites Beispiel: Auch die Ursprungsgebiete des Paprikas liegen in der Neuen Welt. Doch einige Formen sind nicht hier zu finden, sondern ebenfalls in Europa: Die dickfleischigen, milden Gemüsepaprika entstanden in Bulgarien und Ungarn im 19. Jahrhundert.

Ein drittes Beispiel: Um das Jahr 1660 gelangte Saatgut von Blumenkohl-Sorten aus Zypern nach Erfurt. Blumenkohl entwickelte sich in der Region zu einer der wichtigsten Gemüsekulturen. 1820 gab es bereits 12 verschiedene Blumenkohl-Lokalsorten.

Verlust der Vielfalt

Eine Vielzahl von Sorten, die von Gärtnerinnen und Gärtnern, Bäuerinnen und Bauern über die Jahrhunderte in ihren Gärten und Äckern angebaut, genutzt und vermehrt wurden, ist ausgestorben. Die Ursachen dafür sind vielfältig:

- Einführung der Zuchtsorten aus professioneller Pflanzenzüchtung;
- Abwanderung aus der Landwirtschaft;
- Industrialisierung der Landwirtschaft;
- Kriegswirren und Naturkatastrophen.

Genaue Zahlen und genaue Analysen gibt es nicht und kann es auch nicht geben: Eine genaue Inventur der weltweit angebauten Kulturarten und -sorten war vor 100 Jahren genauso wenig möglich, wie heute. So müssen wir uns mit Schätzungen weiterhelfen und diese sind alarmierend (à l'arme! = zu den Waffen!): Laut einer Schätzung der FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations), ging in den letzten 100 Jahren drei Viertel der Kulturpflanzen-Vielfalt weltweit unwiederbringlich verloren. Bezeichnend ist, dass dies genau dem Zeitraum entspricht, in dem sich die professionelle Pflanzenzüchtung etabliert hat.

Pflanzenzüchtung als Profession

Es ist nämlich noch nicht lange her, dass sich ein eigener Berufszweig mit der Saatgutgewinnung und Pflanzenzüchtung beschäftigt und Saatgut also nicht ausschließlich von Bäuerinnen und Bauern vermehrt wird. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts setzte in den industrialisierten Ländern eine Trennung zwischen Anbau und Züchtung von Pflanzen ein. Die Züchtung von Pflanzen wurde zu einer eigenständigen Profession.

Quaderförmige Melonen

Bildunterschrift: Zum Stapeln genial aber hoffentlich kein Beitrag zum fortschreitenden Verlust des Reichtums an Formen, Farben und Geschmack

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Ab der Jahrhundertwende vom 19. ins 20. Jahrhundert bildete sich die naturwissenschaftliche Disziplin der Pflanzenzüchtung heraus. (2) Heute ist es im Land- und Gartenbau üblich, Saatgut im Geschäft zu kaufen. Bei manchen Kulturpflanzen ist die Art und Weise, wie diese vermehrt werden können, unter den Bauern und Bäuerinnen in Vergessenheit geraten.

Die Einhegung des Gemeingutes Kulturpflanze

Saatgut ist eines von vielen Gemeingütern, die in der kapitalistischen Warenwirtschaft eingehegt und privatisiert wurden und werden. Bereits seit Beginn der professionellen Pflanzenzüchtung haben unterschiedlich weitreichende Formen der Einhegung der Allmende Kulturpflanzen stattgefunden. Schritt für Schritt ging eine Gegenseitigkeit im Umgang mit Saatgut verloren und wurden verschiedene Systeme zum Schutz vor anderen potentiellen Nutzern implementiert. Der Gärtner Christian Hiß und der Philosoph Uwe Pörksen haben diese Mechanismen als »Privatisierung der Evolution« bezeichnet. (3)

Die professionelle Pflanzenzüchtung ist auf ein anderes Verständnis von Eigentum als die bäuerliche Pflanzenzüchtung angewiesen: Die Züchtung muss Gewinne abwerfen, die eigenen Sorten müssen vor dem – unbezahlten Gebrauch durch Andere geschützt werden. Damit werden nicht nur die auf dem Acker kultivierten Pflanzen, sondern die Sorte als solche und das Samenkorn als Träger der genetischen Eigenschaften der Sorte mit Eigentumsansprüchen belegt. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts versuchen professionelle Pflanzenzüchter und Saatgutkonzerne auf unterschiedliche Art und Weise – und meist mit Erfolg – Eigentumsansprüche auf Pflanzenzüchtungen zu reklamieren. Die rechtlich weitreichendste Form der Einhegung der Allmende Kulturpflanze ist die Patentierung.

KritikerInnen von Patenten auf Lebewesen argumentieren, dass Patente dazu dienen würden, Erfindungen mit geistigen Eigentumsrechten zu schützen und, dass also Kulturpflanzen – wie alles Leben – nicht erfunden, sondern nur züchterisch verändert werden können. Somit seien Lebewesen nicht patentierbar. Patente sind jedoch nur *eine* Form des Schutzes von neu entwickelten Pflanzensorten. Neben diesem rechtlichen Schutzmechanismus entwickelten Firmen biologische Schutzmechanismen.

Die Hybridzüchtung ist eine dieser Mechanismen: Sie begann in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts in den USA mit der Entwicklung des Hybrid-Maises. Seither hat sie sich auf viele andere Kulturpflanzen ausgedehnt. Für viele Saatgutfirmen sind Hybriden als »Einmalsorten« ökonomisch einträglicher, denn Hybrid-Saatgut ist nur für den einmaligen Anbau geeignet und muss vom Kunden jährlich neu gekauft werden. Aus einer betriebswirtschaftlichen Perspektive könnte man diese Form der Pflanzenzüchtung auch als »Absatz-Sicherungs-Technologie« bezeichnen. Wird eine Hybridsorte weiter vermehrt, spaltet sie sich in verschiedene Formen auf. Die Sorte als solche ist nicht beständig.

Ein weiterer Vorteil für die Firmen liegt in der quasi ubiquitären Gültigkeit dieses »biologischen Sortenschutzes«. Ein rechtlicher Schutz des geistigen Eigentums (Sortenschutz, Patente) ist auf dessen gesetzliche Verankerung angewiesen, der »biologische Sortenschutz« hingegen nicht. In den vergangenen 10 Jahren hat sich die Hybrid-Züchtung auch bei den am Markt erhältlichen Gemüse-Sorten etabliert.

Zur Zeit werden viele samenfeste Sorten von den Sorten-Listen der EU gestrichen, der Anteil der gelisteten Hybridsorten steigt rasant. Zum Beispiel waren im Jahr 1985 204 hybride Karottensorten im gemeinsamen EG-Sortenkatalog gelistet (= 43% aller Karottensorten), im Jahr 1999 lag der Anteil bereits bei 366 Sorten und 73%. Bei Paradeisern, Paprika oder Chinakohl liegen die Anteile mittlerweile bei ca. 80%.

Eine jüngere Züchtungstechnologie, die sich in der Pipe-Line der Life-Science-Konzerne findet, ist die Züchtung von »Terminator-Pflanzen«, die bio- und gentechnologische Monopole über Pflanzen schaffen. Mit Hilfe gentechnologischer Methoden werden Pflanzen so manipuliert, dass die Samen, welche sie ausbilden, nicht mehr keimfähig sind. Die Pflanzen wachsen zwar normal, zur Zeit der Samen-Abreife wird ein eingeschleustes Gen aktiviert, welches die natürliche Keimfähigkeit des Samens zerstört. (4)

Die Befreiung der Pflanzenzüchtung und Kulturpflanzenvielfalt

Die kapitalistische Warenwirtschaft ist darauf angewiesen, dass sie immer wieder neue Lebensbereiche einhegen und zur Ware erklären kann. Auf die Kulturpflanzenzüchtung hat sich dies negativ ausgewirkt. Neben der angesprochenen »Privatisierung der Evolution« hat dies auch dazu geführt, dass sich Züchtungsziele an einseitig technischen Kriterien orientieren:

Zum Beispiel die Eignung der Pflanze für mechanische Ernte-Geräte der industrialisierten Landwirtschaft oder ihre Haltbarkeit im Regal des Supermarktes. Außer Acht gelassen wurde der Geschmack, die Ernährungsqualität oder die Eigenschaft der Pflanzen, sich an regionale Bedingungen anpassen zu können (ihre Eigenschaft, wiederum Samenkörner auszubilden).

Wenn ein Gemeingut eingehegt werden kann, kann es von dieser Einhegung auch wieder befreit werden: Kulturpflanzen wieder als Gemeingut anzueignen, heißt, Wege finden, die die Züchtung der Pflanzen (wieder) als gemeinschaftlich-gesellschaftliche Aufgabe anerkennen.

Meines Erachtens kann nur auf diesem Weg gewährleistet sein,

- dass die Vielfalt der Kulturpflanzen erhalten und weiterentwickelt wird,
- dass es nicht zu einer noch weitergehenden Verquikkung von Pflanzenzüchtung, Agrarchemie und Pharmazie zur Warenwirtschaft der Life-Sciences kommt und
- dass Züchtungstechnologien wie Hybridzüchtung und Gentechnik von unseren Tellern verwiesen werden.

Zwei Beispiele der konkreten Umsetzung dafür seien an dieser Stelle genannt: Der Verein *Arche Noah* und die *Zukunftsstiftung Landwirtschaft*.

Arche Noah – Ein Verein für die Fülle der Kulturpflanzenvielfalt

Der gemeinnützige Verein *Arche Noah* wurde im Jahr 1990 als Arche für am kommerziellen Saatgutmarkt nicht mehr erhältliche Pflanzensorten gegründet. Die Initiative ging von biologisch wirtschaftenden Bauern und Bäuerinnen sowie GärtnerInnen aus. Ausschlaggebend dafür waren mehrere Gründe: Das Verschwinden von samenfesten Handelssorten aus den Sortenlisten zugunsten von Hybrid-Sorten; der Verlust von Lokalsorten, die spezifischen Anbaubedingungen besonders gut angepasst waren; der Verlust des Reichtums an Formen, Farben, Geschmack und Verarbeitungsmöglichkeiten der erhältlichen Sorten.

Die erfolgreiche Tätigkeit von *Arche Noah* basiert auf zwei Grundideen: Zum einen der dezentralen Erhaltung der Sortenvielfalt durch die einzelnen Mitglieder und zum anderen der Erhaltung der einzelnen Sorten durch deren Nutzung. Der Verein zählt mittlerweile cirka 6.000 Mitglieder, welche die Sorten in ihren Gärten anbauen und nutzen oder die Arbeit durch ihren Mitgliederbeitrag unterstützen.

Im jährlich erscheinenden »Sortenhandbuch« bieten ca. 150 Mitglieder Saatgut an, das sie in ihren Gärten geerntet haben. Das Sorten-Handbuch ersetzt solchermaßen den Gartenzaun, über den früher Saatgut und Pflanzen ausgetauscht wurden. Unzählige Sorten werden auf diese Art und Weise vor dem Verlust bewahrt und Kulturpflanzenvielfalt kann immer wieder neu entstehen. Seit 1994 gibt es in Schiltern/Niederösterreich den *Arche Noah Schaugarten*, in dem jährlich Hunderte verschiedene Kulturpflanzen besichtigt werden können. (5)

Die Zukunftsstiftung Landwirtschaft

Die *Zukunftsstiftung Landwirtschaft* ist eine Stiftung, die sowohl in der kritischen Beurteilung der Gentechnik als auch in der Stärkung von Alternativen tätig ist. Mit der Kampagne »SOS – Save Our Seeds« engagiert sich die Stiftung intensiv für die Sicherung eines gentechnik-freien Biolandbaus und wurde zu einem Sprachrohr der KritikerInnen dieser Technologie im deutschsprachigen Raum. Seit drei Jahren engagiert sie sich in der öffentlichen Diskussion mit dem Ziel, die biologische Landwirtschaft als Leitbild künftiger Agrarpolitik zu etablieren.

Da eine biologische Landwirtschaft nur mit biologischen Sorten möglich ist, fördert die Stiftung konkrete Züchtungsprojekte von Getreide- und Gemüsesorten auch finanziell. (6) Denn die Neuzüchtung einer Sorte dauert bis zu zehn Jahren; zehn Jahre, in denen der Züchter/die Züchterin noch nicht von den Früchten der Arbeit leben kann, sondern – ähnlich wie der Komponist eines Auftragswerkes – darauf angewiesen ist, dass andere Menschen an die Früchte seiner Arbeit glauben.

So wichtig es ist, die Aneignungs- und Manipulationsformen der warenförmigen Pflanzenzüchtung aufzuzeigen, so wichtig ist es, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie eine Pflanzenzüchtung, die außerhalb der kapitalistischen Warenwirtschaft angesiedelt ist, aussehen kann.

Andrea Heistinger, freischaffende Agrarwissenschafterin, Erwachsenenbildnerin und Autorin, lebt und arbeitet in Niederösterreich (Schiltern) und in Südtirol.

Näheres zum »Handbuch Samengärtnerei« s. Seite 14

Anmerkungen:

1) Ein aktuelles, ausdruckstarkes Beispiel dafür sind die Internationalen Gärten, welche MigrantInnen verschiedenster Länder gemeinsam bewirtschaften. Siehe www.stiftung-interkultur.de
2) Zur Geschichte der professionellen Pflanzenzüchtung siehe ausführlich Heistinger 2002: Die Saat der Bäuerinnen. Innsbruck.
3) Hiss und Pörksen: Saatgut – Kulturgut einer Region. In: Lebendige Erde Nr. 4/1998, Darmstadt.
4) Siehe dazu: Gurdial Nijar 2001: Patente auf Lebensformen: Bedrohung der biologischen und kulturellen Vielfalt. In Klaffenböck et al (eds.): Biologische Vielfalt. Wer kontrolliert die globalen genetischen Ressourcen? Frankfurt am Main/Wien.
5) Informationen und Veranstaltungskalender siehe www.arche-noah.at
6) ... Andrea Heistinger hat mit Oliver Willing, der diese Aktivitäten der Stiftung koordiniert, ein Interview geführt (Siehe S. xx). Näheres zur Zukunftsstiftung Landwirtschaft siehe www.zs-l.de

MANIFEST VON PORTO ALEGRE

Zwölf Vorschläge für eine andere mögliche Welt

Auf dem V. Weltsozialforum in Porto Alegre haben 19 Persönlichkeiten, darunter die Nobelpreisträger José Saramago (Portugal) und Adolfo Perez Esquirel (Argentinien) sowie der ehemalige Berater des brasilianischen Präsidenten Lula da Silva, Frei Betto, und der Herausgeber der französischen Zeitschrift »Le Monde diplomatique«, Ignacio Ramonet, den Text eines »Manifests von Porto Alegre« veröffentlicht, der nachfolgend im Wortlaut wiedergegeben wird (Arbeitsübersetzung). In den Medien wurde es als programmatisches Dokument des Sozialforums dargestellt. Die Unterzeichner widersprechen dieser Darstellung ausdrücklich und weisen daraufhin, dass dieser Text niemanden anders bindet als sie selbst.

»Seit dem ersten im Januar 2001 in Porto Alegre abgehaltenen Weltsozialforum hat sich das Phänomen der Sozialforen auf alle Kontinente und bis auf die nationalen und lokalen Ebenen ausgeweitet.

Es ließ einen erdballweiten öffentlichen Raum der Bürgerverantwortung (orig.: »citoyenneté«) und der Kämpfe entstehen. Es hat es ermöglicht, Vorschläge für politische Alternativen zur Tyrannei der neoliberalen Globalisierung zu erarbeiten, die von den Finanzmärkten und den transnationalen Konzernen vorangetrieben wird und deren bewaffneter Arm die imperiale Macht der USA darstellt. Durch ihre Verschiedenartigkeit und durch die Solidarität zwischen den Akteuren und sozialen Bewegungen, die sie ausmachen, ist die Bewegung für eine andere Welt (orig.: »altermondialiste«) nunmehr eine Kraft geworden, die im Weltmaßstab Gewicht hat.

In der Vielfalt der aus den Foren hervorgegangenen Vorschläge gibt es eine große Anzahl, die in den Reihen der sozialen Bewegungen eine sehr breite Übereinstimmung zu finden scheinen. Unter diesen haben die Unterzeichner des Manifests von Porto Alegre, die sich in strikt persönlicher Eigenschaft äußern und in keiner Weise vorgeben im Namen des Forums zu sprechen, zwölf identifiziert, die insgesamt sowohl Sinn wie Projekt für den Aufbau einer möglichen anderen Welt ausmachen. Wenn sie verwirklicht würden, würden sie es den Bürgern endlich ermöglichen, sich gemeinsam ihre Zukunft wieder anzueignen.

Dieser Minimalsockel wird der Beurteilung der Akteure und sozialen Bewegungen aller Länder unterbreitet. Ihnen wird es zukommen, auf allen Ebenen – weltweit, kontinental, national und lokal – die nötigen Kämpfe zu führen, damit sie Realität werden. Wir machen uns allerdings keinerlei Illusion über den realen Willen der Regierungen und der internationalen Institutionen, diese Vorschläge spontan in die Tat umzusetzen, selbst wenn sie sich aus purem Opportunismus daraus das Vokabular entleihen.

1. Annullierung der öffentlichen Verschuldung der Staaten des Südens, die schon mehrfach zurückgezahlt worden ist und die für die Gläubigerstaaten, die Finanz-

Anzeige

etablissements und die internationalen Finanzinstitutionen das privilegierte Mittel darstellen, um den größeren Teil der Menschheit ihrer Vormundschaft zu unterwerfen und dort die Not aufrechtzuerhalten. Diese Maßnahme muß begleitet sein von der Rückgabe der gigantischen Summen an die Völker, die ihnen von ihren korrupten Führern entwendet worden sind.

2. Einführung von internationalen Steuern auf finanzielle Transaktionen (insbesondere die Tobin-Steuer auf die Devisenspekulation), auf die Direktinvestitionen im Ausland, auf die konsolidierten Gewinne der transnationalen Unternehmen, auf den Verkauf von Waffen und auf Aktivitäten mit starken Emissionen von

Treibhausgasen. Ergänzt durch eine öffentliche Entwicklungshilfe, die zwingend 0,7% des Bruttoinlandsprodukts der reichen Länder erreichen muss, sollen die so freigesetzten Mittel verwendet werden, um gegen die großen Seuchen (darunter Aids) zu kämpfen und um den Zugang der Gesamtheit der Menschheit zu Trinkwasser, zu einer Wohnung, zu Energie, zu Gesundheit, Pflege und Medikamenten, zur Bildung und zu sozialen Diensten zu gewährleisten.

3. Schrittweise Abschaffung aller Formen von Steuer-, Justiz- und Bankparadiesen, die ausnahmslos Schlupfwinkel der organisierten Kriminalität, der Korruption, des Schmuggels aller Art, des Betrugs und der Steuerflucht, der kriminellen Operationen der Großunternehmen und sogar von Regierungen sind. Diese Steuerparadiese reduzieren sich nicht nur auf einige in rechtsfreien Zonen konstitutierte Staaten; sie schließen auch die Gesetzgebung mancher entwickelten Staaten ein. Zunächst gilt es, die Kapitalflüsse stark zu besteuern, die in diese »Paradise« einfließen oder aus ihnen herausströmen, sowie die Einrichtungen und Akteure finanzieller und anderer Art, die diese Unterschlagungen großen Stils möglich machen.

4. Sicherung des Rechtes jedes Bewohners des Erdballs auf einen Arbeitsplatz, auf sozialen Schutz und auf Rente unter Achtung der Gleichheit von Männern und Frauen als ein zwingendes Gebot der öffentlichen Politik, sowohl national wie international.

5. Kampf, vor allem durch die öffentliche Politik, gegen alle Formen der Diskriminierung, des Sexismus, der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus. Volle Anerkennung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Rechte der jeweiligen Urbevölkerung (einschließlich der Herrschaft über ihre Naturreichtümer).

6. Ergreifung von dringenden Maßnahmen, um der Verwüstung der Umwelt und der Bedrohung durch große klimatische Veränderungen infolge des Treibhauseffekts, die sich in erster Linie aus der starken Vermehrung des Verkehrs und aus der Verschwendung nicht erneuerbarer Energien ergeben, Einhalt zu gebieten. Forderung nach der Verwirklichung bestehender Vereinbarungen, Konventionen und Verträge, auch wenn sie unzureichend sind. Beginn der Verwirklichung eines anderen Typs von Entwicklung, gegründet auf energetischer Zurückhaltung und auf der demokratischen Beherrschung der Naturressourcen, insbesondere des Trinkswassers, in globalem Ausmaß.

7. Förderung aller Formen eines gerechten Handels unter Ablehnung der freihändlerischen Regeln der WTO und unter Einführung von Mechanismen, die es gestatten, im Prozess der Produktion von Gütern und Dienstleistungen schrittweise zu einer Anpassung der Sozialnormen (wie sie in den Konventionen der OIT empfoheln sind) und der Umweltnormen nach oben überzugehen. Völliger Ausschluss der Bildung, des Gesundheitswesens, der sozialen Dienste und der Kultur aus dem Feld der Anwendung des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (AGCS) der WTO. Die Konvention über die kulturelle Verschiedenartigkeit, die gegenwärtig in der UNESCO zur Verhandlung steht, muss ausdrücklich dem Recht auf Kultur und der öffentlichen Politik zur Unterstützung der Kultur den Vorrang einräumen vor dem Handelsrecht.

8. Garantierung des Rechtes auf Souveränität und auf Nahrungssicherheit aller Staaten oder Staatengruppen durch die Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft. Dies muss die völlige Abschaffung der Exportsubventionen für landwirtschaftliche Produkte, vor allem durch die USA und die Europäische Union, und die Möglichkeit der Besteuerung der Importe zur Verhinderung von Dumpingpraktiken nach sich ziehen. Ebenso muss jedes Land oder Ländergruppe souverän beschließen können, die Produktion und die Einfuhr von genetisch veränderten Organismen, die zur Ernährung bestimmt sind, zu verbieten.

9. Verbot jeder Form von Patentierung von Kenntnissen und von lebenden Organismen (sowohl menschlicher wie tierischer und pflanzlicher Natur) sowie jeder Privatisierung von gemeinsamen Gütern der Menschheit (insbesondere des Wassers).

10. Garantierung des Rechtes auf Information und des Rechtes zur Informierung durch entsprechende Gesetzgebungen:

- Stopp der Konzentration der Medien in Riesenkommunikationskonzernen;
- Garantierung der Autonomie der Journalisten im Verhältnis zu den Aktionären;
- Förderung der Presse ohne Gewinnstreben, besonders der alternativen und kommunitären Medien.

Die Achtung dieser Rechte erfordert die Schaffung von bürgerlicher Gegenmacht, insbesondere in der Form von nationalen und internationalen Medien-Beobachtungsstellen.

11. Forderung nach der Liquidierung der Militärbasen von Staaten, die über solche außerhalb ihrer Grenzen verfügen, und Rückzug aller ausländischen Truppen ohne ausdrückliches Mandat der UNO. Dies gilt in erster Linie für den Irak und Palästina.

12. Reformierung und tiefgehende Demokratisierung der internationalen Organisationen, indem in ihnen der Vorrang der Menschenrechte, der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte in der Weiterführung der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte zur Geltung gebracht wird. Dieser Vorrang schließt die Eingliederung der Weltbank, des IWF und der WTO in das System und die Entscheidungsmechanismen der Vereinten Nationen ein. Im Fall des Andauerns der Verletzungen der internationalen Legalität durch die USA Verlagerung des Sitzes der Vereinten Nationen aus New York in ein anderes Land, vorzugsweise des Südens.«●

Porto Alegre, 29. Januar 2005.

Reaktionen zum »Manifest von Porto Alegre«

Auf der deutschsprachigen Internet-Seite des Weltsozialforums wurde unter dem Stichwort »Berichte« folgende Information zur Publikation des »Manifests von Porto Alegre« veröffentlicht (http://weltsozialforum.org/2005/2005.wsf.1/2005.wsf.meldungen/news.2005.10/): »Obwohl Artikel 6 der Prinzipien von Porto Alegre, welche seit dem ersten Weltsozialforum die Arbeitsweise aller Sozialforen festlegen, eine verbindliche Absichtsbekundung im Namen aller Forumsteilnehmer explizit ausschließt, haben 19 Einzelpersonen, darunter Frei Betto, Ignacio Ramonet und Riccardo Petrella, bereits am 29. Januar und damit zwei Tage vor dem offiziellen Ende des WSF in der Weltpresse ein Dokument in Umlauf gebracht, das u.a. über die Deutsche Presseagentur verbreitet nunmehr in vielen Zeitungen als Abschlusserklärung dargestellt wird.

Als Beweggrund für ihr Vorpreschen geben die 19 Intellektuellen an, dass der Antiglobalisierungs-Bewegung oft vorgeworfen werde, dass sie keine konkreten Schritte vorschlage. Um diesen kritischen Stimmen zu begegnen, hätten sie die Initiative ergriffen und zwölf Vorschläge für eine andere Welt unter dem Namen »Manifest von Porto Alegre« veröffentlicht. Wohl wissend, dass es sich hierbei um eine private Erklärung handelt, die nicht im Namen des Forums und auch ohne Zustimmung des internationalen Rates des WSF abgegeben wurde, glauben sie dennoch, in dessen Geist gehandelt zu haben.«

Weitere Reaktionen:

Auf der gleichen WSF-Internetseite wurden eine Reihe von weiteren Stimmen von in Porto Alegre anwesenden Persönlichkeiten zu dem Vorgang veröffentlicht, darunter folgende:

So erklärte u.a. **Candido Grzybowski**, Mitglied des Brasilianischen Internationalen Komitees für das WFS, er sei zwar von Bernard Cassen (»Le Monde diplomatique«) zur Unterzeichnung eingeladen worden, habe dies aber abgelehnt, allerdings nicht wegen Nichteinverständnis mit den Inhalten des Dokuments, sondern wegen der von den Unterstützern verwendeten Methode, es zu starten: »Der Inhalt dieses Vorschlags ist perfekt und ich glaube, dass 80 Prozent der Forumsteilnehmer damit übereinstimmen würden«. Was den Vorschlag nicht annehmbar mache, sei »die Methode, mit der er kreiert und präsentiert worden ist. Das geht gegen den Geist des Forums selbst. Hier sind alle Vorschläge gleich wichtig und nicht nur der einer Gruppe von Intellektuellen, selbst wenn es sehr bedeutende Personen sind«. Die Veröffentlichung sei »ein politischer Fehler« gewesen, »weil es nicht der vereinbarten Methode entspricht und sogar eine Ablehnung durch die Basis des Forums hervorrufen könnte«.

Professor **Kamal Mitra Chenoy**, Mitglied des früheren Indischen Ad-hoc-Organisationskomitees, erklärte, er würde dieses Dokument »als eine Erklärung von innerhalb des Forums, aber nicht des Forums« ansehen. »Selbst wenn 3.000 Organisationen unterzeichnen, wird es keine WSF-Erklärung sein. Um das zu sein, muss es vom Internationalen Rat kommen und zuerst demokratisch einer Debatte vorgelegen haben«.

Flavio Lotti von der italienischen NGO »Tavola della Pace« bezeichnete das »Manifest« als »eine legitime Initiative«, deren Inhalt und Geist er persönlich teile. Seiner Ansicht nach sollte das »Manifest« auf der nächsten Tagung des Internationalen Rats des WSF Ende März diskutiert werden. Es sei an der Zeit, das »Tabu« aufzuheben und das Forum »mehr zu einer globalen politischen Kraft als nur einem Raum für Debatten« zu machen.

Minoru Kitamura vom Japanischen Asien-Afrika-Lateinamerika-Solidaritätskomitee meinte, »ein Konsensdokument könnte akzeptabel sein, aber es sollte alle Ideen enthalten«. Gegenwärtig sehe sich das WSF selbst noch als ein Ort der Förderung von »dezentralisierter Koordination und Vernetzung zwischen Organisationen, die in konkreten Aktionen für den Aufbau einer anderen Welt engagiert sind, auf allen Ebenen von der lokalen bis zur internationalen, aber es hat nicht die Absicht, eine Körperschaft zu sein, die die Welt-Zivilgesellschaft repräsentiert«. Das WSF sei »weder eine Gruppe noch eine Organisation«.

Auch der italienische EU-Parlamentarier **Giuletto Chiesa** (Mitglied der liberalen ALDE-Fraktion im EP, früher Mitarbeiter der »Unità«) war der Ansicht: »Das Weltsozialforum ist ein globales Laboratorium, das nicht aufgegeben werden sollte. Aber es sollte über Festivitäten und Protest hinausgehen. Es sollte eine Struktur für Aktionen haben. Wir können nicht nur sagen: Eine andere Welt ist möglich. Wir brauchen Projekte und müssen Wissenschaftler in die Lösung einbeziehen«.●

20 JAHRE WISSENSCHAFTSLADEN BONN

Gerne zwischen allen Stühlen

Der Wissenschaftsladen Bonn – mit 25 MitarbeiterInnen der größte der 58 Wissenschaftsläden in Europa – bereitet aktuelle Erkenntnisse und wissenschaftliche Forschungsergebnisse verständlich und praxisnah für Bürger auf und beging Ende 2004 seinen 20. Geburtstag. Zukunft, Strategien und Geschichte des Wissenschaftsladen Bonn – ein Interview geführt von Brigitte Peter mit dem Geschäftsführer Theo Bühler

Der Name »Wissenschaftsladen« klingt eher nach verstaubtem Bücherladen als nach innovativer Beratungseinrichtung ...

Theo Bühler: Der Name zeigt, wo wir herkommen: aus den achtziger Jahren, wo überall Läden gegründet wurden, wo sich Bürger zusammenschlossen, Politik »im Kleinen« machen, etwas bewegen wollten. Der Name mag angestaubt klingen. Aber unsere Idee, die Brücke zwischen Wissenschaft auf der einen Seite und Bürgern auf der anderen Seite zu schlagen, ist aktueller denn je.

Wer kennt denn Wissenschaftsläden überhaupt?

In den Niederlanden weiß jedes Kind, was Wissenschaftsläden sind. Und auch bei der EU stehen die so genannten Science Shops hoch im Kurs. Brüssel hat in den letzten Jahren hunderttausende Euro ausgegeben, um Projekte der europäischen Wissenschaftsläden zu fördern. Begründung: Die heutige Wissensgesellschaft funktioniere nur, wenn es neben guten Wissenschaftlern auch gute Wissensvermittler gäbe.

Wieso haben sich die Wissenschaftsläden in Deutschland nicht durchgesetzt?

Der Wissenschaftsladen Bonn hat sich durchgesetzt. Wir sind mit 25 Mitarbeitern und einem Jahres-Umsatz von mehr als 2 Millionen Euro der größte Wissenschaftsladen in Europa, sind am EU-Projekt maßgeblich beteiligt. Die Wissenschaftsladen-Bewegung als solche hat sich in Deutschland nicht behauptet.

Fehlt bei uns die Förderung der öffentlichen Hand?

Das ist nur ein Grund, warum es in den Niederlanden besser läuft. Dazu kommt: Als vor 20 bis 25 Jahren die Umweltbewegung aufkam, entstanden zum einen die Öko-Institute. Das waren die »Revolutionäre«, die in der Öffentlichkeit standen, die den alten Theorien neue entgegensetzten. Zum anderen gründeten sich an zwölf deutschen Unis Wissenschaftsläden mit dem Ziel, Bürgern Ökologie ganz praktisch nahe zu bringen. Wir bekamen viele Anfragen. Aber die Arbeit war vergleichsweise unspektakulär. Eines unserer ersten Projekte war, Waschmittel unter ökologischen Gesichtspunkten zu untersuchen und das Ergebnis zu publizieren.

Geld aus öffentlichen Kassen haben aber nicht die Wissenschaftsläden, sondern Institutionen wie Stiftung Warentest oder die Verbraucherzentrale bekommen ...

... nicht zu vergessen die Transferstellen der Unis. Die müssten eigentlich von der Wirtschaft bezahlt werden, denn sie bereiten in erster Linie Forschungsergebnisse für Unternehmen auf. Wir haben vor einiger Zeit mal die Probe aufs Exempel gemacht und eine »Bürgeranfrage« an die Hochschulen in NRW gestellt: Wenn wir überhaupt eine Antwort bekamen, so war die nicht selten falsch oder die Transferstellen fühlten sich nicht kompetent – trotz Uni im Rücken.

Verbraucherberatung, Öko-Institute, Transferstellen – was will man noch mehr?

Keine Frage: Wissen wird heutzutage genug produziert. Aber es fehlen mehr Organisationen wie wir, die Entwicklungslinien sehen, Informationslücken schließen und diese als Dienstleistung für Bürger zusammenfügen. Beispiel: unser Projekt »Stiftungsnetzwerk«: Wer die Szene kennt, weiß, dass immer mehr Agenda 21-Gruppen angesichts leerer kommunaler Kassen die Luft ausgeht. Gleichzeitig gibt es immer mehr Menschen, die ihr Geld gerne sinnvoll in Stiftungen anlegen möchten. Das zu erkennen und zusammenzubringen, ist unser Ding: In diesem Fall haben wir, gefördert vom Bundesumweltministerium und dem Umweltbundesamt, Leitfäden entwickelt, bieten Workshops und Beratung an, um lokale Gruppen bei der Gründung eigener Bürger-Stiftungen zu unterstützen.

Wo funktioniert das noch?

Ein großes Feld für uns ist der Bereich Arbeitsmarkt und Qualifizierung. Da kommen zwar immer wieder neue Studien über Arbeitslosigkeit von renommierten Instituten heraus. Aber welche von diesen Institutionen hat überhaupt Kontakt zu Arbeitsuchenden oder Arbeitslosen, weiß, was diese bewegt, wo ihre praktischen Probleme liegen? Der Wissenschaftsladen Bonn gibt seit mehr als zehn Jahren jede Woche die Informationsdienste »arbeitsmarkt« heraus, in denen wir die Arbeitsbereiche Umwelt- und Naturwissenschaften sowie Bildung, Kultur und Sozialwesen analysieren und Stellenanzeigen auswerten. Von unseren Abonnenten kann man sicher nicht auf alle Arbeitsuchenden schließen. Aber wir bekommen viele Rückmeldungen, haben dadurch Bodenhaftung und einen Blickwinkel, der sich von dem anderer Institutionen unterscheidet. Unser Pfund ist, dass wir immer auch nah am Alltag arbeiten.

Was tut der Wissenschaftsladen mit diesem Know-How?

Wir haben uns zum Beispiel den Arbeitsmarkt »Erneuerbare Energien« vorgeknöpft, der als Wachstumsmarkt gilt. Das Spannende an diesem Arbeitsmarkt ist: Noch gibt es keinen Arbeitskräftemangel, aber er ist absehbar. Hätten wir daher z.B. einen der üblichen Karrieretage für Uniabsolventen veranstaltet, wäre wohl kaum eine Firma gekommen. Um in Zukunft gut ausgebildete Arbeitskräfte zu haben, müssen sich aber heute schon Bildungseinrichtungen, Unternehmer, Arbeitsämter und auch Arbeitslose aus diesem Wirtschaftsbereich zusammensetzen und sich über künftige Qualifikationsanforderungen und notwendige Bildungsangebote verständigen. Das haben wir mit einer Fachtagung, Branchenworkshops sowie einer Job- und Bildungsmesse im Rahmen der weltweiten Konferenz *Renewables 2004* in Bonn möglich gemacht.

Diese Arbeit würde man als Kontaktmanagement und Wissensmediation beschreiben. Die Angebote im Bereich Umwelt und Gesundheit klingen aber nach wie vor eher nach Verbraucherzentrale.

Die Themenfelder im Wissenschaftsladen Bonn sind über 20 Jahre gewachsen. Die Bereiche Elektrosmog, unbelastete Textilien, gesunde Ernährung, energiesparendes Autofahren, Umweltkommunikation oder auch Baubiologie sind unsere Basis: Felder, die wir schon lange besetzen, Themen, die die Bürger täglich berühren. Das zeigen die Anfragen, die wir erhalten. Wir versuchen dennoch, uns auch bei diesen Verbraucherthemen von anderen Organisationen abzusetzen.

Die Mitarbeiter des Wissenschaftsladen Bonn e.V. (vorne, v.l.n.r.:) Christa Steinhaus, Brigitte Eckert, Anke Valentin, Andrea Muno-Lindenau, Karin Pallenberg, Günter Beuck, Bernd Assenmacher, Margret von der ForstBauer, Antje Lembach, Tuba Amirian (mitte, v.l.n.r.:) Rainer Vogelsang, Sabine Kaufmann, Klaus Trost, Ruth Bozek, Cornelia Voß, Krischan Ostenrath, Brigitte Peter, Andrea Steinhausen, Gabi Fremuth, Andreas Pallenberg (hinten, v.l.n.r.:) Udo Herberz, Olaf Greisler, Theo Bühler, Nina Zastrow, Anne Brown, Tatjana Oelmeier, Norbert Steinhaus, Frank Teller, Katinka Lutze, Tom Klein, Markus Kronenberger

Unser Elektrosmogexperte etwa ist – weit stärker als es Verbraucherorganisationen in der Regel vermögen – sowohl in der Wissenschaft als auch in der Praxis verankert. Er wertet wissenschaftliche Studien aus, geht aber auch zu den Bürgern und misst Strahlenbelastungen vor Ort.

Die Hälfte der Mitarbeiter des Wissenschaftsladen Bonn sind schon über zehn Jahre dabei. Wird die Arbeit nicht irgendwann langweilig?

Das Tolle an unserer Arbeit ist ja gerade, dass wir immer dort einsteigen, wo gesellschaftlich etwas passiert, wo Bürger bzw. Bürgergruppen Unterstützung brauchen – und zwar keine theoretische, sondern ganz handfeste. Für anderes würde der Wissenschaftsladen Bonn im Übrigen auch keine Finanzierung finden.

Traumjob Wissenschaftsladen Bonn also?

Nicht für jeden. Wer einen Chef braucht, der sagt, wo es lang geht, wird bei uns nicht glücklich. Genauso wenig wie der, der ausschließlich wissenschaftlich arbeiten will ... Wenn wir uns auch als Wir-AG und nicht als Ansammlung von Ich-AGs verstehen – ein bisschen Unternehmer sollte man schon sein. Für die Kolleginnen und Kollegen, die in letzter Zeit gekommen sind, ist klar: Sicher ist die Stelle auf Dauer nur, wenn sie durch Projekte refinanziert ist.

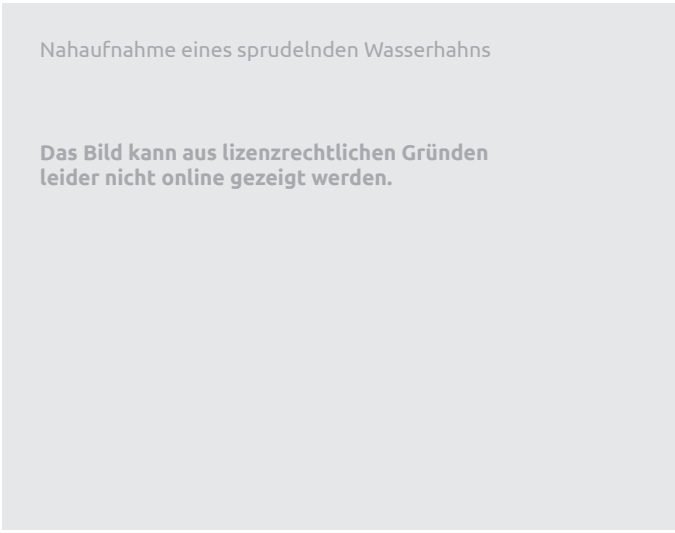
Der Wissenschaftsladen Bonn ist 20 Jahre alt. Was bringt die Zukunft?

Hoffentlich noch ein paar Institutionen mehr, die arbeiten wie wir, die Brücken zwischen verschiedenen Akteuren schlagen – und dabei stets die Bürger im Blick haben. Volkswirtschaftlich sinnvolle Projekte, in denen wir Wissen zusammenbringen können, gibt es noch genug. Was den Wissenschaftsladen Bonn anbelangt: Wir wollen systematisch weitere Informationslücken aufdecken und uns so neue, spannende Themenfelder erschließen.

LOKALER PROTEST GEGEN PRIVATISIERUNG MUSS SICH AUCH GEGEN DAS GATS RICHTEN

»Öffentlich ist wesentlich!«

»Wasser, Gesundheit und Bildung sind keine Ware!« – mit diesem Slogan protestieren weltweit tausende Aktivisten gegen die zunehmende Privatisierung der öffentlichen Grundversorgung. Das internationale Dienstleistungsabkommen GATS fördert Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik weltweit. Deswegen muss sich der Protest gegen Privatisierung auch gegen das GATS richten. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt dafür.



von Christina Deckwirth Das GATS (General Agreement on Trade in Services) ist eines der umstrittensten Abkommen innerhalb der WTO. Als Liberalisierungsabkommen hat es sämtliche Dienstleistungen im Visier, auch die öffentliche Grundversorgung wie das Bildungs- und Gesundheitswesen sowie die Wasserversorgung. Staatliche Auflagen zum Schutz der öffentlichen Dienstleistungen sollen zukünftig als »Handelshemmnisse« gelten. Damit verschärft das GATS den Privatisierungsdruck auf öffentliche Dienste.

Was das bedeutet, zeigen RWE, E.on und Co. Sie stehen bereit zur Übernahme öffentlicher Dienstleistungen, um sie weiter nach dem Prinzip der Gewinnorientierung umzustrukturieren. Zum Beispiel die Wasserversorgung: Die Global Player haben kein Interesse daran, die Preise niedrig zu halten oder die Ärmsten mit Wasser zu versorgen. Sie versuchen mit rigiden Mitteln schnelle Profite durchzusetzen. Das hat Folgen: In Berlin erhöhte das Konsortium aus Veolia und RWE die Wasserpreise in diesem Jahr erneut um 15 Prozent. In Manila fehlte dem französischen Konzern Suez angeblich das Geld, um notwendige Reparaturarbeiten an Wasserleitungen durchzusetzen. In einem Stadtteil brach daraufhin die Cholera aus. Doch darauf nimmt die EU auch in den aktuellen GATS-Verhandlungen keine Rücksicht: Sie fordert von 72 Ländern die weitere Liberalisierung ihres Wassermarktes.

Was hat das GATS mit Privatisierung zu tun?

Privatisierungsbefürworter sitzen in vielen Stadträten. Das lokale Wasserwerk: An E.on verkauft. Die lokale Buslinie: In eine GmbH umgewandelt. Das öffentliche Schwimmbad: Die Preise wurden erhöht. Unterfinanzierte Kommunen verkaufen ihr Tafelsilber und verlieren damit langfristig Einnahmen aus kommunalen Unternehmen. Liberalisierungsdruck kommt zusätzlich vom Bund und von der EU. Zum Beispiel durch eine neue EU-Richtlinie: Die geplante Bolkestein-Richtlinie soll Regulierungen europaweit in Konkurrenz setzen – und greift damit auch in den Schutz der Daseinsvorsorge ein. Kurzum: Privatisierung in Deutschland wird auf vielen Wegen durchgesetzt – auch ohne GATS. Dennoch ist das GATS nicht weit entfernt. Denn die Konzerne, die sich in den Kommunen in Deutschland einkaufen, sind dieselben, die auch das GATS vorantreiben. Für sie gilt: Expansion in Deutschland macht fit für das große Geschäft auf dem Weltmarkt. Das GATS ist dabei der Türöffner und bietet »Rechtsschutz« für den Ausverkauf öffentlicher Dienstleistungen weltweit.

Auch in den Ländern des Südens kennen die Menschen Privatisierungsprozesse länger als es das GATS gibt. Der IWF und die Weltbank trieben die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen schon seit den 1980er Jahren durch rigide Kreditauflagen voran. Dies ruft Widerstand hervor. So sagte im November 2004 die Bevölkerung in Uruguay in einem Referendum ein deutliches »Nein!« zur geplanten Wasserprivatisierung. Das GATS steht der Weltbank und dem IWF hilfreich zur Seite – indem es deren Politik in international bindendes Recht festschreibt. Es macht Liberalisierung unumkehrbar und erhöht dadurch den Druck zur Privatisierung.

Der richtige Zeitpunkt für Protest

Seit 2000 wird das GATS neu verhandelt. Mit dem Scheitern der letzten WTO-Ministerkonferenz in Cancún im September 2003 gerieten zunächst auch die GATS-Verhandlungen ins Stocken. Nur wenige Entwicklungsländer beteiligten sich an den Verhandlungen. Dies verwundert nicht, schließlich haben sie nichts zu gewinnen, sondern nur viel zu verlieren. Ihrer öffentlichen Infrastruktur droht der Ausverkauf durch die Global Player aus der EU und den USA. Nun werden den »zögerlichen« Ländern neue Daumenschrauben angelegt. Im Mai 2005 sollen neue Liberalisierungsangebote vorliegen. Die EU drängt mit allen Mitteln darauf, auch die ärmsten Entwicklungsländer in den GATS-Verhandlungen zu weit reichenden Liberalisierung zu bewegen. Das bietet Anlass genug und ist der richtige Zeitpunkt, um auch die Proteste gegen Privatisierung mit dem Protest gegen das GATS zu verbinden. Dabei muss deutlich werden, dass nur eine öffentliche und wirksam demokratisch regulierte Bereitstellung Versorgungsgerechtigkeit und -sicherheit in sensiblen Bereichen wie der Grundversorgung sicherstellen kann. Denn: Öffentlich ist wesentlich!

Christina Deckwirth ist freie Mitarbeiterin bei WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung, www.weed-online.org) und aktiv in der AG Welthandel und WTO von Attac.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

medico international

Droht nach dem Tsunami die Hilfe?

Zerstörtes Fischerdorf an der indischen Ostküste Foto: Community Health Cell

Mitarbeiterin eines Nothilfeteams und Überlebende im Gespräch Foto: medico

Hilfe zur Selbsthilfe oder als Selbsthilfe?

Unter solchen Umständen nimmt es nicht wunder, wenn Hilfe sich vielfach am Ende in das Gegenteil dessen verkehrt, was sie zu beabsichtigen vorgibt. Nicht zuletzt aufgrund der Überfinanzierung, unter der einige der Hilfsorganisationen nun leiden, droht ein »Drauflos-helfen«, dass sich gar nicht mehr darum schert, was die Menschen vor Ort brauchen. Der Druck, möglichst rasch umfangreiche Mittel umzusetzen, wird dazu führen, möglichst teure Projekte zu fahren. Statt lokale Fachkräfte zu beschäftigen, wird eigenes Personal entsandt werden, statt für die Sicherstellung eines Basisgesundheitsdienstes zu sorgen, werden vorzeigbare spezialisierte Krankenhäuser gebaut werden. Niemand, so Dr. Bala von der srilankischen Sektion von »Health Action International« sei bislang bereit gewesen, ihm die Kosten seines Mobiltelefon zu übernehmen, alle wollten stattdessen teure Baumaßnahmen finanzieren. Für die Koordinierung einer von den lokalen Gesundheitsinitiativen selbst getragenen Hilfe ist das Handy unverzichtbar gewesen; dagegen hat es für eine Hilfe, die darum bemüht ist, nach außen sichtbar zu werden, keine Bedeutung.

Dass die Befürchtungen der Partner, nun von der Hilfe überrannt zu werden, nicht aus der Luft gegriffen sind, belegen einschlägige Erfahrungen aus dem Kosovo. Da nämlich hat die massive und keineswegs uneigennützige Präsenz ausländischer Hilfsstrukturen in nicht unerheblichem Maße dazu beigetragen, dass die Reste der kosovarischen Zivilgesellschaft, die der Vertreibungspolitik Milosovics entgehen konnten, endgültig an den Rand zu drängen. Aus unabhängigen Intellektuellen, Menschenrechtsaktivisten und Experten für Primary Health Care wurden Fahrer, Dolmetscher und Angestellte im Dienst der Hilfsorganisationen. Nicht Hilfe zur Selbsthilfe war das Ergebnis, sondern neue Abhängigkeiten und in der Folge Enttäuschung sowie die ungewollte Förderung mafiöser Strukturen. Als der Autor während einer Anhörung im Bundestagsauschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe diesen Sachverhalt darlegte, gab es zunächst betretenes Schweigen und dann die vielsagende Bemerkung eines Abgeordneten: »Macht nichts, Hauptsache wir haben geholfen«.

Hilfe als Legitimationsstrategie

Wenn heute von Hilfe die Rede ist, geht es kaum noch um die nachhaltige Überwindung von Not und Unmündigkeit, sondern meist nur noch um das Abfedern jener Schäden, die eine auf wachsende Ungleichheit und Spaltung gründende Weltordnung unerbittlich und tagtäglich produziert. Das gilt auch für den Umgang mit Naturkatastrophen, wie der Flutwelle im Indischen Ozean. Katastrophen bestehen immer aus zwei Teilen: dem Ereignis (die Flut, das Erdbeben, etc.) auf der einen und der Verletzbarkeit der Menschen auf der anderen Seite. Das Ereignis mag nicht beeinflussbar sein, der mangelnde Schutz aber ist es ganz gewiss. Auf Hawaii haben Tsunamis ihren Schrecken verloren und auch die alljährlich über Florida hinweg fegenden Hurrikans hinterlassen keine nachhaltigen Schäden mehr. Frühwarnsysteme, Versicherungen und andere Formen der Rücklagen, rechtzeitige Evakuierungen und staatliche Beihilfen geben Schutz selbst noch in der größten Not. Auf solche Sicherungen können die Bewohner Sri Lankas oder Indonesiens nicht zurückgreifen. Treten dort Katastrophen ein, müssen noch immer Trinkwasseraufbereitungsanlagen umständlich und teuer eingeflogen werden.

Der lange Zeit hoch im Kurs stehende Grundsatz: »Gib dem Hungernden einen Fisch, und er ist einen Tag satt; lehre ihn fischen, und er wird immer satt sein«, wirkt heute merkwürdig angestaubt. Wer im Angesicht eines hungernden Kindes nach den Ursachen des Hungers fragt, gilt in den Augen der Öffentlichkeit wenig glaubwürdig. Die heutigen Helfer halten sich nicht erst lange mit den Hintergründen einer Krise auf, sondern packen unmittelbar zu. Wo früher die Vorstellung einer anderen Welt zum Handeln motivierte, herrscht heute ein unpolitischer Pragmatismus, der sich nicht einmischen, keine Partei ergreifen will. Daraus erklärt sich auch der Bedeutungszuwachs der humanitären Hilfe gegenüber der Entwicklungszusammenarbeit. Auf bedenkliche Weise wird Hilfe immer mehr aus ihrem sozialen Kontext herausgelöst und von technischen Erfordernissen überlagert. Effiziente Versorgungswege sind gefragt, leistungsfähige Abwicklungskapazitäten, nicht aber die Beziehung zu den Opfern von Katastrophen, die zu bloßen Hilfsempfängern degradiert werden.

Für die Vorstellung, die große Teile der Öffentlichkeit von einer glaubwürdigen Hilfe hat, steht emblematisch das Bild des weißen Hubschrauberpiloten, der vor einigen Jahren, als Mosambik von einer katastrophalen Überschwemmung heimgesucht wurde, ein neugeborenes schwarzes Baby aus einem umfluteten Baum rettete. Genau dieses Bild symbolisiert die von außen einschwebende und meist gleich wieder verschwindende Hilfe. In ihr scheint es keinen Kontext mehr zu geben und so auch keine Gesellschaftlichkeit. Nur noch die Rettung des Einzelnen ist möglich, während die katastrophale Ordnung der Welt, die so sehr der Rettung bedürfte, wie in Zement gegossen, unveränderbar wirkt.

Und so scheint es, dass in der Hilfe noch immer auch das Gegenteil von globaler Verantwortung angelegt ist. Nicht das Bemühen um nachhaltige Veränderung kommt in ihr zum Ausdruck, sondern die Rechtfertigung der bestehenden Verhältnisse. Eine Welt, die in Reiche und Arme gespaltet erscheint, ruft Empörung hervor und gibt Anlass zu Kritik. Eine Welt, die auf der einen Seite Helfer kennt und auf der anderen Hilfsbedürftige, wirkt weniger anrüchig, fast schon beruhigend.

Nachbarschaftshilfe

Ob in Mosambik, in Afghanistan oder heute an den Küsten des Indischen Ozeans, überall funktionieren soziale Gemeinschaften auf der Grundlage eines komplexen Systems von Regeln, Abmachungen, informellen Beziehungen, Verwandtschaftsverhältnissen, Clan-Strukturen und wechselseitigen Verpflichtungen. Es wäre völlig absurd zu glauben, dass ein solches Beziehungsgefüge von einer Sekunde auf die andere verschwinden würde, nur weil sich eine Katastrophe ereignet hat. Ganz im Gegenteil: alle Erfahrungen zeigen, dass es vor allem die lokalen sozialen Strukturen sind, die bei der Überwindung von Katastrophen und dem Wiederaufbau die zentrale Rolle spielen.

In den 50er-60er Jahren untersuchte die amerikanische »Akademie der Wissenschaften« systematisch das Geschehen, das sich rund um plötzlich eintretende Katastrophen ereignet. Sie fand heraus, dass sich schon in der Impact-Phase, also dem Moment des Unglücks, sog. ad hoc Führungspersönlichkeiten hervortun, die maßgeblich die nachfolgenden Phasen, die Phase der Inventur (wie ist Hilfe möglich? wo sind Angehörige und Freunde?) sowie die Phase der Rettung (was ist zu tun?) gestalten. Höchst selten verharrten die Überlebenden von Katastrophen in Schockhaltung oder Panik, sondern waren – wie es ein Mitarbeiter von UNDRO, der damaligen UN-Katastrophenhilfsbehörde, die heute in das UN-Büro für humanitäre Angelegenheiten (OCHA) aufgegangen ist, formulierte – in erstaunlicher Weise unternehmungsfreudig. Auch in Indien sind es die Leute selbst gewesen, die in Nachbarschaftshilfe den weitaus größeren Teil der Lasten getragen haben, die zur Ersten Hilfe notwendig waren. Hunderte von Freiwilligen konnte das indische »Peoples Health Movement«, mobilisieren, die sich unmittelbar nach der Katastrophe auf den Weg gemacht haben.

Hilfe braucht eine Vision und bedarf der Legitimation

Solche Erkenntnisse werden von Politikern, Journalisten, aber auch von Hilfeorganisationen immer wieder souverän missachtet. Die Opfer von Katastrophen erscheinen in den Bildern, die von Katastrophen um die Welt geschickt werden, fast immer nur als eine hilflos zusammengekauerte Masse menschlichen Unglücks, nicht aber als handelnde Personen. Die Vorstellung komplett hilfsloser Menschen, die nur darauf warten, von außen versorgt zu werden, ist gut fürs Geschäft, bringt Auflage und Spenden, ist aber ein Mythos. Sartre sprach in diesem Zusammenhang von einem »rassistischen Humanismus«, der daraus resultiert, dass das Elend der Welt nicht vor dem Hintergrund der eigenen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Dominanz verstanden wird, sondern allein als Problem des Südens. Die Lösung scheint dann allein in der »humanistischen Aktion« zu liegen, in der wohlmeinenden Hilfe für die armen Menschen im Süden, die leiden, weil sie eben so sind.

Hilfe, die dem Anspruch der Überwindung von Not und Unmündigkeit genügen will, muss deshalb zuallererst sich selbst prüfen, ihren eigenen Motiven nachforschen. Da Hilfe immer zielgerichtet ist, bedarf sie einer gesellschaftspolitischen Vision. Für medico international und seine Partner im Süden ist diese in den beiden großen Internationalen Menschenrechtspakten von 1967 niedergeschrieben.

Darüberhinaus muss Hilfe, so sie in notleidenden Menschen nicht bloße Objekte von paternalistisch übergestülpter Hilfe sehen will, von eben diesen Menschen legitimiert sein. Hilfe mischt sich ein und bedarf deshalb der Legitimation. In der ärztlichen Praxis ist es der Patient, der sich mit dem Verlangen um Hilfe an einen Arzt wendet. In einer Notsituation am Unfallort ist es unter Umständen das Gesetzbuch, das zur Hilfeleistung verpflichtet. Aber was und wer legitimiert all die Helfer, die sich in fremde Katastrophengebiete aufmachen, ohne von den Geschädigten bzw. deren Institutionen und Organisationen gerufen worden zu sein? Widerspricht es nicht auch moralischen Grundsätzen, wenn die Opfer medial in Szene gesetzter Katastrophen viel Unterstützung erhalten, während die Leidtragenden der vielen sogenannten vergessenen Katastrophen unbeachtet bleiben?

Wie eine Hilfe aussehen kann, die sich mit den Menschen, denen sie beistehen will, verbindet, hat kürzlich die indische Sektion der »Peoples Health Movement« erläutert. In voller Länge ist die Erklärung auf der Homepage von medico international www.medico.de nachzulesen. Sie verweist auf den Grundsatz der Partnerorientierung, die Bedeutung des politischen, sozialen und kulturellen Kontextes, die Notwendigkeit, alle im Spiel befindlichen Interessen zu kontrollierten, und verlangt, auf integrierte Förderungsprogramme zu achten, also den Wiederaufbau im Kontext von Gesundheit, Bildung, Einkommen, Kultur, der Respektierung der Menschenrechte und der Stärkung der Selbstorganisation zu planen. Die Erklärung endet mit dem Appell:

Selbst massive Häuser hielten den Fluten nicht stand Foto: medico

»So wie wir alle gemeinsam ins Neue Jahr gestartet sind, um auf die asiatische Tsunami-Katastrophe zu reagieren, lasst uns auch weiterhin eine starke Gemeinschaft gegen die ständigen Tsunamis der Kriege und Besatzung bilden, gegen die ökonomische Globalisierung, gegen die ungerechte Weltwirtschaftsordnung und eine Entwicklung, die für Zukunftsvernichtung steht, nicht aber für Nachhaltigkeit«.

Denn die Welt, so möchte man ergänzen, leidet nicht an zu wenig Hilfe, sondern an Verhältnissen, die Hilfe in einem immer größer werdenden Maße notwendig machen.●

Das nackte Leben im brasilianischen Para

medico international

Brillen als Wahlkampfgeschenk

Dr. Nathan Kamlioth arbeitet seit vielen Jahren in medico-Projekten in Mittelamerika. Einen Monat lang reiste er nun durch Para und besuchte Siedlungen des Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (MST), der »Bewegung der Landarbeiter ohne Boden«. Das Gespräch führte Katja Maurer.

Para ist einer der ärmsten Bundesstaaten Brasiliens. Was kannst Du uns von der Gesundheitssituation erzählen?

Hat das brasilianische Gesundheitssystem schon im reicheren Süden seine Defizite, lässt sich die Situation im Norden kaum beschreiben. Es fehlt einfach an allem. Als ich dort war, fanden gerade Kommunalwahlen statt. Die Parteien gingen auf Stimmenfang und schenkten jedem Wähler eine Gratissprechstunde: Gibst du mir deine Stimme, gebe ich dir eine Brille. Die Gesundheitsposten aber werden nur einmal monatlich mit Medikamenten beliefert, die dann in zwei Tagen aufgebraucht sind. Deshalb horten die Leute ihre Arznei und betreiben ohne ärztliche Hilfe Selbstmedikation. Denn wegen der Armut und der Gewalt lassen sich in Para kaum Ärzte nieder – selbst wenn höchste Gehälter gezahlt würden. Krankenhäuser gibt es nur in Belem, das ist 500 Kilometer entfernt. Für die Armen eine unbezahlbare Entfernung.

Was heißt das konkret?

Einmal ging ich mit einem Mädchen aus einem MST-campamento (1), das seit 14 Tagen heftige Kopfschmerzen hatte, nach Eldorado de Carajas, wo seit wenigen Wochen ein junger Arzt arbeitete. Er saß vor dem Krankenhaus, die Hände in völliger Verzweiflung über dem Kopf zusammengeschlagen. Er erzählte, dass er gerade ein Kind versorgen musste, das von einem Lastwagen überfahren worden war. Es gab keinen Anästhesisten. Dann erzählte er, dass er am Wochenende so viele schwere Stich- und Schussverletzungen behandeln musste, dass er nur noch eins wolle – verschwinden.

Weil es keine hochwertigen Diagnosegeräte gibt, überwies er das Mädchen in ein anderes Krankenhaus. Wir verbrachten Stunden damit, einen Transport zu organisieren. Auch das gelang nur wegen der Wahlen: der Präfekt stellte uns einen Benzingutschein für den Krankenwagen aus, den der Tankstellenbesitzer einlöste, weil er für die Wahlen kandidierte.

Wie sieht die Gesundheitssituation in den MST-Ansiedlungen aus?

Es fehlen die grundlegenden Dinge. Oft ist das Wasser verschmutzt, der Müll wird nicht gut entsorgt, die hygienischen Bedingungen sind schlecht. Überall wird Brandrodung betrieben, was zu gefährlichen Atemwegserkrankungen führt. Und trotzdem geht es den Menschen dort besser als in den umliegenden Dörfern. Es gibt ein Minimum an sozialer Infrastruktur, weil das MST politischen Druck ausübt. In den campamentos gibt es engagierte Lehrer, mit denen ich Fortbildungen zur Gesundheitsförderung organisiert habe.

Welche Gesundheitsprogramme könnten hilfreich sein?

Das MST integriert Gesundheitsförderung in seine Bildungsarbeit. Doch fehlt eine Didaktik, die die alltägliche Realität der Menschen berücksichtigt. Hier könnte man mit einfachsten Mitteln etwas erreichen. Außerdem brauchen die Menschen, wenn sie auf das offizielle Gesundheitssystems angewiesen sind, unbedingt Unterstützung, um ihre Rechte in Anspruch nehmen zu können. Dies kann über sogenannte »casas de apoio« erfolgen, in denen die Patienten kostenlos übernachten und Vertrauensleute finden können, die sie in die Krankenhäuser begleiten, um sicherzustellen, dass sie fair behandelt werden. Diese Erfahrungen nutzt das MST, um in den kommunalen Gesundheitsräten Druck auszuüben. Denn das staatliche Gesundheitssystem muss in die Pflicht genommen werden, seine Angebote zu verbessern.●

medico unterstützt in Brasilien unter anderem die Ausbildung von indigenen Hebammen in Acre. Die Unterstützung von Projekten, die sich für das Recht auf Gesundheit einsetzen, soll fortgesetzt und ausgebaut werden – insbesondere in Kooperation mit dem MST.

1) Im MST zusammengeschlossenen Menschen stammen in der Regel aus den Elendsvierteln der Städte und besetzen brachliegende Ländereien, um sich dort gemeinsam eine neue Existenz aufzubauen. Die aus den Besetzungen hervor gehenden Ansiedlungen werden bis zu ihrer rechtlichen Anerkennung »campamento«, danach »assentamento« genannt.

Wiederaufbau in Mullaittivu, Sri Lanka

Foto: medico

medico GESUNDHEITSPROJEKTE – EINE AUSWAHL

Afghanistan: Rehabilitationsprogramm für Kriegsopfer (AABRAR). Minenräumung und Minenaufklärung (OMAR). Kulturförderung (Kabura).
Angola: Soforthilfe für intern vertriebene Familien. Integriertes Minenaktions-Programm Moxiko. Psychosoziale Rehabilitation und Stärkung lokaler Initiativen (CAPDC).
Brasilien: Ausbildung indigener Hebammen (GMI / UNI). Jugend- und Kulturzentrum Casa do Boneco. Abwassersanierung Porto do Trás (AMPT).
Cap Verde: Ausstattungshilfe für die Sozialverwaltung von Ribera Grande.
Chile: Menschenrechtsarbeit (CODEPU).
Guatemala: Psychosoziale Betreuung für Überlebende des Völkermords der 1980er Jahre (ECAP). Fortbildung von Menschenrechtspromotoren (REMHI). Zahnmedizinische Basisgesundheitsprogramme in ländlichen Gemeinden (ACCSS).
El Salvador: Förderung eines von Kriegsversehrten betriebenen Prothesenzentrums (PODES).
Mosambik: Psychosoziale Betreuung für Opfer von Gewalt in ländlichen Gemeinden. Psychosoziale Betreuung für Betroffene der Überschwemmungen.
Irak / Kurdistan. Unterstützung kurdischer Flüchtlinge aus dem Iran (Komala). Förderung von Basisgesundheitsdiensten im ländlichen Raum (KHF).
Israel / Palästina: Medizinische Soforthilfe für isolierte Dörfer in der West Bank (PMRS). Förderung von Mobilen Kliniken (PHR).
Libanon: Diverse Programme für palästinensische Flüchtlinge, Ausbildung von Gesundheitsaktivistinnen, Basisgesundheitsprogramme (PARD). Ausbildung von Krankenpflegern (NAMSC). Jugendarbeit (ARCPA).
Nicaragua: Integrale selbstbestimmte Entwicklung der Gemeinde El Tanque. Ökologischer Landbau, Bewässerungsanlage, Kreditfonds, Erwachsenenbildung, Gemeindeentwicklung, psychosoziale Arbeit (COOPCOVE und MEC).
Südafrika: Förderung von Selbsthilfegruppen der Apartheidopfer (Khulumani). Psychosoziales Gemeindeprogramm in gewaltgeprägten Gemeinden (SINANI). Förderung ehemaliger Kombattanten der Anti-Apartheid-Bewegung (DACPM). Unterstützung von AIDS-Aktivisten in Durban.
Westsahara: Nahrungsmittelhilfen für die sahrauischen Flüchtlinge in Algerien. Vollständige Versorgung mit allen essentiellen Arzneimitteln (CRS). Spielgeräte für Kinder und Jugendliche (UJSARIO).

DIE medico-TSUNAMI PROJEKTE

Nothilfe

Unmittelbar nach dem Tsunami nahm *medico* Kontakt zu den Partnerorganisationen im globalen Netz des *People's Health Movement* auf, in dem wir Mitglied sind (http://phmovement.org/). Alle hatten bereits vielfältige Hilfsmaßnahmen gestartet, Tausende Freiwillige waren bereits im Einsatz. Die Nothilfe-Unterstützung von medico reichte von der Finanzierung von Medikamenten und medizinischer Ausrüstung für Krankenhäuser bis zur Förderung von psychosozialen Freiwilligen-Teams.

Rehabilitation und Wiederaufbau

Bereits verabredet sind erste Wiederaufbauprojekte im Bundesstaat Andra Pradesh an der indischen Küste, die der *New Liberation, Education and Economical Development Trust* durchführen wird. *New LEED* arbeitet bereits seit geraumer Zeit vornehmlich in Gemeinden der Dalit (»Unberührbare«). Der gemeindestärkende Ansatz spielt bei den Rehabilitationsmaßnahmen eine zentrale Rolle. Ein Anliegen ist es, durch gemeinsame Rehabilitationsprogramme beispielsweise der Frauen, die Kastenstrukturen in Frage zu stellen. Wie *New LEEDS* arbeitet auch die *Community and Rural Development Society (CARDS)* mit Dalit-Gemeinden. *CARDS* wird in sieben Dörfern in Andra Pradesh Gemeindezentren aufbauen, in denen Gesundheitsdienste und Bildungseinrichtungen Unterkunft finden werden.

Wiederaufbauprojekte für Tsunmai-Überlebende werden auch die *Social, Economical and Environmental Developers (SEED)* in Sri Lanka durchführen, die seit vielen Jahren bereits Wiederansiedlungsprojekte für Bürgerkriegsflüchtlinge unterstützen. Gegen die Ideologie des »ethnisch« definierten Bürgerkriegs setzt *SEED* auf eine Gemeindebildung, die Demokratie, Beteiligung und Inrechtsetzung der Minderheiten verteidigt.

Tsunami-Watch global und lokal

Mit den freien Journalisten des Netzwerks *indiadisasters.org* in Indien und dem *Movement for National Land and Agricultural Reform (MONLAR)* in Sri Lanka ist die Einrichtung eines elektronischen Informationsaustauschs über die aktuelle politische Situation und rund um Hilfsmaßnahmen ebenso gesammelt und veröffentlicht werden. Dabei wird die Unterstützung der Betroffenen etwa im Kampf um den Zugang zu Land und zum Meer im Mittelpunkt stehen.●

ÜBER medico international

medico international arbeitet seit 1968 als sozialmedizinische Hilfsorganisation in den drei Kontinenten des Südens. Sämtliche Aktivitäten von m.i. sind auf die Förderung und Unterstützung von Initiativen ausgerichtet, die für die Verbesserung der Gesundheit eintreten und kämpfen. Dabei begreift m.i. Gesundheit nicht einfach als physisches, sondern als ein soziales, ökonomisches, kulturelles und politisches Problem. Gesunde Lebensverhältnisse werden nicht nur von Ärzten, Arzneimitteln und Krankenhäusern bestimmt, sondern zuerst von ausreichender Ernährung und Einkommen, von menschengerechten Wohnverhältnissen. Zur Sorge um die Gesundheit gehört auch der Kampf um selbstbestimmte Entfaltungsmöglichkeiten der einzelnen und der sozialen Gruppen, die Entwicklung und Förderung einer lebendigen Kultur und die Schaffung und Anerkennung gleicher sozialer Rechte für alle.

medico arbeitet ... mit Partnern

Die Hilfe, die medico leistet, ist mehr als die Bereitstellung von Hilfsgütern in Notsituationen. Wir verstehen unsere Arbeit als Teil eines umfassenden sozialen Handelns, das die Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit zum Ziel hat.

Dabei geht es um eine solidarische und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Menschen, die für uns eigenständige Partner und nicht »Hilfsempfänger« sind. Ausgangspunkt sind die politischen und sozialen Ziele, die wir mit unseren Partnerorganisationen im Süden teilen. Der stete Erfahrungsaustausch, die Offenheit im Umgang mit den Partnern und die beständige Reflexion bestehender Abhängigkeiten und eigener Interessen gehören dabei selbst zu diesen Zielen.

medico arbeitet ... für Veränderung

Kriege und Notlagen fallen nicht vom Himmel. Sie haben Gründe, nach denen zu fragen ist. Deshalb muss Hilfe, die den Status quo überwinden will, Strategien entwickeln und Wege aufzeigen.

Für humanitäre Krisen gibt es keine humanitären, sondern nur politische Lösungen. Für uns ist Hilfe Teil eines sozialen Handelns, das für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und die Respektierung der Menschenrechte streitet – und dies gemeinsam mit den Opfern von Not und Gewaltherrschaft.●

NICARAGUA: EL TANQUE

medico international

Über-Leben in Zeiten der Globalisierung

Am 29. Oktober 1998 zog Hurrikan Mitch eine Spur der Verwüstung durch Mittelamerika. Mehrere Tausend Menschen kamen ums Leben. Das Naturunglück wurde zum Symbol für die Katastrophe schlechthin. Denn Mittelamerika zählt im neoliberalen Marktwert vorzugsweise als Standort für die Maquilla-Industrie und als Herkunftsregion von Arbeitsmigranten.

Walter Schütz, Nicaragua ● In Nicaragua kostete allein die durch Mitch ausgelöste Schlammlawine am Vulkan Casita 2.500 Menschen das Leben. Das Ausmaß der Katastrophe war menschengemacht. Aus der Ebene vertriebene Kleinbauern betrieben am Casita Subsistenz-Wirtschaft. Die Rodung der Bäume am Hang war ein Grund für die Erosion, die die Lawine so todbringend machte. Das Leben in Erwartung der nächsten Katastrophe – so könnte man Alltag in Nicaragua nicht erst seit Mitch buchstabieren.

medico unterstützte von Anfang an die Opfer der Mitch-Katastrophe, mit dem Ziel diesen katastrophalen Teufelskreis zu überwinden. Es geht darum, gemeinsam mit den Überlebenden der Katastrophe eine dauerhafte Existenzperspektive aufzubauen. So entstand El Tanque – als eine Insel der Vernunft, die ohne internationale Unterstützung nicht denkbar wäre. Ein Stück Globalisierung von unten.

Die Vorgeschichte. Über 200 nicaraguanische Bauernfamilien – Überlebende des Erdrutsches am Casita hatten im Dezember 1998 brach liegendes Land in der Ebene zwischen León und Posoltega besetzt. Mit der Unterstützung von *medico international* errichteten sie provisorische Zelte. Die Anfangszeit des neuen Dorfes »El Tanque« war heroisch. Wie haben es die schwer traumatisierten Menschen, die oftmals unzählig viele Angehörige beim Unglück verloren hatten, nur aushalten können in der brennenden Sonne, in notdürftigen Verschlägen, unter Androhung der erneuten Vertreibung? Der Kampf um die Sicherung von El Tanque war lang: der Bau der Häuser, die endlosen politischen und juristischen Auseinandersetzungen um die Landtitel, die psychosoziale Arbeit, der Kampf gegen die Unwissenheit mit Alphabetisierungskampagnen, die Stärkung der kommunalen Strukturen. All das und vieles mehr wäre zu berichten, um zu verstehen, warum ein Experiment, das eigentlich zum Scheitern verurteilt war, nun doch zu gelingen scheint.

Denn während viele Nicaraguanerinnen und Nicaraguaner unter dem Zwang der ökonomischen Verhältnisse in die USA, nach Mexico und insbesondere nach Costa Rica abwandern, um mit schlechten Jobs zu überleben, sind in El Tanque die meisten Menschen geblieben. Von 800 Bewohnern sind nur acht nach Costa Rica gegangen. Und einer ist zurückgekehrt. Die Erfahrung von El Tanque zeigt, dass es auch für die Ärmsten eine selbstbestimmte Lebensperspektive geben kann.

Das Ding mit den Taschenrechnern ...oder wie lernen Bauern Zinseszinsrechnung

Auf dem Weg in eine gesicherte Existenz lauern viele Unwägbarkeiten. In Seminaren und workshops haben die Bewohner von El Tanque deshalb überlegt, wie es gelingen könnte durch Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion zu überleben. Vieles wurde berücksichtigt: der Bau von Wasserleitungen, die Anschaffung von gemeinsam zu nutzenden Maschinen, die Anleitung durch Agronomen. Nur eines nicht: Die Tatsache nämliche, dass viele Tanqueros nicht lesen, nicht schreiben und nicht rechnen können.

Für einen Menschen mit einer soliden Grundbildung ist es schwer nachvollziehbar, wie ein Analphabet seine Umwelt erlebt. Die Geschichte von Cristobal Fletes verdeutlicht das. Cristobal Fletes ist Bauer aus El Tanque. Er hatte wie andere Bauern aus dem von *medico* finanzierten Kreditfonds Geld erhalten, um eine nachhaltige, ökologische Landwirtschaft zu betreiben. Der Kreditfonds ist essentiell, denn die Kleinbauern von El Tanque betreiben im wesentlichen Subsistenzwirtschaft und haben so gut wie kein Kapital. Zu Beginn jedes Agrarzyklus erhalten sie z.B. einen Warenkredit für Saatgut, das die Genossenschaft dann in großen Mengen einkauft. Innerhalb von sechs Monaten zahlen sie mit einem Teil der Ernte oder in bar zurück. Auch Cristobal Fletes wollte eines Tages im März seine Schuld begleichen. Er ging in das Gebäude der Genossenschaft, das im neu errichteten Ortskern gleich neben der Schule, dem Kindergarten, dem Rancho und dem Spielplatz liegt. Überrascht und empört verließ er gleich wieder die Genossenschaft, weil ihm der Buchhalter mitgeteilt hatte, dass er zu spät sei und einen Monat mehr an Zinsen zu zahlen habe. Im April hatte sich sein Zorn gelegt und er versuchte es erneut. Dass man jetzt noch mehr Zinsen von ihm verlangte, brachte ihn vollends gegen die Genossenschaft auf: »Ihr seid Diebe, ihr wollt uns nur das Geld aus der Tasche ziehen.« Cristobal nährte fortan im ganzen Dorf das Misstrauen gegen die Genossenschaftsleitung. Auf Versammlungen wetterte er und brachte Gerüchte im Umlauf. Durchaus mit Erfolg.

Nun ist klar, dass der Fonds sehr günstige Kredite vergibt und auch keine Wucherzinsen verlangt. Damit sich der Kreditfonds auf Dauer selbst trägt, ist die Einhaltung der Rückzahlungsauflagen von großer Bedeutung. Die Genossenschaft versuchte die Transparenz über ihre Arbeit zu verstärken, um den Gerüchten, die Cristobal verbreitete, entgegenzuwirken. Aushänge mit exakten Bilanzen wurden hinter Glaskästen ans Genossenschaftsgebäude gehängt. Protokolle, Mitteilungen, Einnahmen-Ausgaben-Rechnungen wurden veröffentlicht. Doch es half nichts. Das Misstrauen blieb.

Nach und nach wuchs die Erkenntnis, dass es in El Tanque viele Analphabeten gibt. Es fiel auf, dass die gedruckten Materialien nicht genutzt wurden oder dass Mitglieder der Genossenschaftsleitung ihre Kinder als Helfer zu Vorträgen mitbrachten. Eine Erhebung brachte es an den Tag: 56 Prozent der erwachsenen Bewohner von El Tanque sind Analphabeten. Auf einem Planungsseminar wurde die Einrichtung eines Alphabetisierungskurses und eines Kurses zur Erlangung des Hauptschulabschlusses gefordert. Nun war klar, woran bislang der Kampf gegen das Misstrauen gescheitert war – an der fehlenden Bildung.

150 Erwachsene im Studierzirkel

Wenige Wochen nach dem Planungsseminar saßen über 150 Erwachsene im Alter von 16 bis 68 Jahren in den Studierzirkeln und ließen sich alphabetisieren. Ihre Lehrer waren vor allem junge Sekundarstufenschülerinnen aus dem Dorf. Die Texte stellte das Erziehungsministerium, *medico international* die sonstigen Materialien und die Lese-Brillen. Nur zwei erwachsene Schüler standen die sechs Monate des Kurses nicht durch. Alle anderen erhielten danach ein Zeugnis des Ministeriums, dass sie erfolgreich alphabetisiert wurden und das Recht hätten an einem zweijährigen Kurs teilzunehmen, um den Hauptschulabschluss nachzuholen.

Fortsetzung auf Seite 10

Überleben in Zelten nach der Landbesetzung Foto: Julieta Bendana, medico international

Erster Schritt in die Normalität: Häuser statt Zelte Foto: Julieta Bendana, medico international

BAUEN UND LERNEN

Juán Mungia Hernandez hat in El Tanque das Maurerhandwerk gelernt. Er hat seine Ausbildung mit einem Maurer-Diplom abgeschlossen. Nicht alle, die am Kurs teilnahmen, haben das geschafft. Während seiner Ausbildung hat er die Schule im Gemeindezentrum errichtet und nun bereits mehrere Häuser auch außerhalb des Dorfes gebaut. Er besitzt mit seiner Frau und seinem Kind ein Haus und ein Grundstück in El Tanque. So kann er von der Landwirtschaft und der Arbeit als Maurer überleben. Für ihn, so sagt er, sei die Maurer-Ausbildung ungeheuer wichtig gewesen. Nur in El Tanque hätte er dazu die Gelegenheit gehabt. Klar, sei das Leben nach wie vor schwer. Auch wenn in der Straße, in der er wohnt, nun Strom vorhanden sei. Für die Zukunft hofft er vor allen Dingen darauf, dass der Kreditfonds weiter existiert, damit die Anschubfinanzierung für die Landwirtschaft funktioniert.●

ICH KENNE NUN MEINE RECHTE

Donna Luisa Laguna ist bis heute eine der Aktivistinnen von El Tanque. Als sie noch auf dem Berg lebte, sorgte sie vor allen Dingen für ihre Familie mit acht Kindern. Die Mitch-Katastrophe hat sie aus der kleinen Welt herauskatapultiert. Donna Luisa hat das Desaster bewältigt, indem sie bereits in den Notunterkünften begann, die Überlebenden zu organisieren. Dort sei es ihr psychisch teilweise sehr schlecht gegangen, sie habe oft unaufhörlich geweint. Mit der Unterstützung von Josefina Ulloa, die seit dem Unglück die Überlebenden begleitet und mit der Frauenorganisation »Maria Elena Cuadra« bis heute im Tanque psychosoziale Arbeit macht, habe sie aber neue Kraft gefunden. Sie kenne nun ihre Rechte als Frau. Donna Luisa betreibt nicht nur eine gutgehende Landwirtschaft. Sie war auch von Anfang an aktiv in den Gemeindestrukturen. Das hat ihr Respekt von Frauen und Männern eingebracht. Sie wurde zur Sprecherin der Kooperative gewählt. Und seit sie am Alphabetisierungskurs teilgenommen hat, präsentiert sie sich am liebsten mit Brille und Kugelschreiber.●

CHRONIK EINER NICHTANGEKÜNDIGTEN ENTWICKLUNG

Der Kampf um Land reflektiert die Armutsgeschichte Nicaraguas

Vorgeschichte. In den 40er und 50er Jahren des 20. Jahrhunderts werden immer mehr nicaraguanische Kleinbauern gewaltsam aus dem fruchtbaren Tal zwischen León und Chinandega vertrieben. Im Tal macht sich Großgrundbesitz und Plantagenwirtschaft breit. Einer von ihnen ist der Großgrundbesitzer Luis Arguello. Ihm gehört auch die Hazienda El Tanque. Kurz vor dem Sturz Somozas nimmt er bei einer Staatsbank Hypotheken auf seine Ländereien auf und transferiert mehr als 1,2 Millionen $ ins Ausland. 1979 flieht er in die USA und wird US-Staatsbürger. Die Hazienda »El Tanque« geht in Staatseigentum über.

29. Oktober 1998. Hurrikan Mitch rast durch Mittelamerika. Allein am Vulkan Casita in Nicaragua ersticken in einer Schlammlawine 2.500 Menschen. Die Regierung Nicaraguas erklärt den Casita zum Risikogebiet und enteignet die Kleinbauern entschädigungslos. Zwei Wochen später beschließen 274 Kleinbauernfamilien, 1.500 traumatisierte Menschen, die Besetzung der 350 Hektar großen Staatshazienda El Tanque als Vergeltung für die entschädigungslose Enteignung der Böden auf dem Casitagebiet. medico international unterstützt sie mit dem allernotwendigsten Material.

1999. Die Menschen hausen bei brütender Hitze in Dreck und Staub unter ihren Plastikplanen. Auf vielen Versammlungen werden Pläne geschmiedet darüber, wie das künftige Dorf aussehen soll. Doch erst die massive Kritik von deutschen Bundestagsabgeordneten und die Erwähnung der desolaten Situation von El Tanque auf der Geberkonferenz in Stockholm bringen die nicaraguanische Regierung dazu, Garantien für die Landbesetzer abzugeben.

Von 1999 bis 2003 entstehen mit Spenden von medico und einer Dreijahresförderung des Bundesministerium für Zusammenarbeit und Entwicklung 181 Häuser in Nachbarschaftshilfe. Hausbrunnen werden gebohrt. Ein Drenagensystem für ganzjährige Bewässerung wird entwickelt. Neben Mais und Bohnen werden Hirse, Reis und Kochbananen angebaut. Die Familien erlernen den Gemüseanbau, Viehzucht wird begonnen. Gleichzeitig wird versucht in Einzeltherapie, Gruppen- und Gemeindearbeit, die Mitchtraumata aufzuarbeiten. Ein Kleinkreditsystem wird entwickelt. Es werden erste Landwirtschafts-Maschinen angeschafft. 18.000 Bäume werden angepflanzt. Aus der Brache wird ein lebendiges Dorf. Doch noch ist nichts gesichert.

Die Titelfrage ist ungeklärt. medico ringt mit der Alemán-Regierung. Der ehemalige Besitzer Arguello mobilisiert den erzkonservativen Jesse Helms und die US-Botschaft. Er will die Länderei zurück. Nach drei Jahren härtester Auseinandersetzung gelingt es kurz vor den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2002 die Vergabe der Titel durchzusetzen. Niemand kann den Bewohnern von El Tanque ihr Land mehr streitig machen. Ein historischer Moment der Wiederaneignung, dem eine neue Geschichte folgt: Das Ringen um ein gutes Leben.●

medico international

FORTSETZUNG VON SEITE 9

Der zweijährige Kurs für den Hauptschulabschluss fing gut an. Mehr als 130 erwachsene Schülerinnen und Schüler beteiligten sich. Doch es dauerte nicht lange, da warfen immer mehr Teilnehmer das Handtuch. Als es nur noch achtzig waren, begann die Ursachenforschung. Viele hatten aufgehört, weil sie das Lehrmaterial des Erziehungsministerium nicht interessierte. Es war irgendwo in einem klimatisierten Büro entworfen worden, standardisiert für Stadt und Land. Die Tanqueros fanden sich in den Lerninhalten nicht wieder. Dass ihnen diese Materialien noch in einem hierarchischen Frontalunterricht nahegebracht wurden, noch dazu von Lehrerinnen, die selbst noch halbe Kinder sind, brachte viele erst Recht zum Verzweifeln.

Autoritäres Erziehungswesen

Wir beschlossen, eine eigene Unterrichtsmethodik zu entwickeln. Es wurden Lernziele für sieben Unterrichtseinheiten formuliert, die an die praktischen Alltagsnotwendigkeiten eines Bauern anknüpften. Auch die Methodik wurde trotz des anfänglichen Widerstandes der Erwachsenenbildnerin verändert. Statt im Frontalunterricht wie Unwissende behandelt zu werden, sollten die Erwachsenen den Unterricht so weit wie möglich selbst gestalten. Für die Lehrerinnen, die nichts anderes als das autoritäre Erziehungswesen Nicaraguas kannten, war das ein Gräuel. Schließlich stimmten sie trotzdem zu. Da wurden Fähnchen aufgestellt und die Längen und Breiten des Hektars und der Manzana abgelaufen. An ihren müden Beinen spürten die Teilnehmer was die größere Fläche ist. Oder es wurde die Sackwaage aus der Genossenschaftslagerhalle geholt und das Körpergewicht gewogen. Lustig wurde es, als das ideale Körpergewicht gemessen und errechnet wurde. Jeder Zentimeter über einhundert Zentimeter der Körpergröße darf ein Kilo Körpergewicht sein. Da wurde heftig über die Dicken und die Dürren gelacht.

Die Erwachsenen-Fortbildung zeigt erste Erfolge. Vor ihrer Teilnahme am Kurs wurde beispielsweise Doña Mariana in schöner Regelmäßigkeit vom Aufkäufer über das Ohr gehauen. Für 200 Kürbisse etwa, die sie mit Tröpfchenbewässerung außerhalb der Saison gezogen hatte, bot er ihr folgende Bezahlung an: 3 Cordobas für 5 Kürbisse. Damals tat Doña Mariana alles, damit der Aufkäufer nicht merkte, dass sie das nicht rechnen konnte. Und diese Rechnung war wirklich kompliziert: 200 durch 5 mal 3. Das wären also 120 Cordobas gewesen. Der Aufkäufer wusste, dass sie nicht rechnen konnte, und gab ihr stattdessen nur 80 Cordobas. Sie protestierte. Aber sie musste sich aufgrund ihrer mangelnden Rechenkenntnisse geschlagen geben. Der Händler zog grinsend mit den Kürbissen davon. Heute passiert das Doña Mariana nicht mehr. Sie zückt ihre Geheimwaffe, von denen es 120 im Projekt El Tanque gibt: ihren Taschenrechner. Einer mit großen Tasten, damit ihre an die Feldarbeit gewohnten Finger ihn auch bedienen können. 200:5x3 ist heute schnell gerechnet. Seither hat sich der Aufkäufer nicht mehr blicken lassen.

Cristobal Fletes am Flipp-Chart

Und Cristobal Fletes? Er nimmt ebenfalls an der Erwachsenenbildung teil. Außerdem ist er inzwischen im Komitee zur Gemeindeentwicklung aktiv. Er hatte seine große Stunde als Großspender aus Deutschland zu Besuch kamen. Mithilfe von Flipp-Charts erklärte er ihnen den Projektverlauf auf. Die Katastrophe mit der Schlammlawine 1998, die 2.500 Menschen unter sich begrub. Er berichtet, wie die Überlebenden erst in Notunterkünften, dann fast ein Jahr unter Plastikplanen hausten. Er schilderte die Landbesetzung und den zähen Kampf um die Landtitel, der sich endlos hinzog und viele verunsicherte. Er berichtete vom Häuserbau in Nachbarschaftshilfe und von der ersten Aussaat, der Gründung der Genossenschaft, dem Aufbau des Gemeindezentrums mit Schulgebäuden, Gesundheitsposten, Verkaufsladen, Kindergarten, Genossenschaftsbüro, Lagerhalle. Als Cristobal schließlich zur Erwachsenenbildung kam, sagte er: »Und dank der Volkserziehung kann ich heute das alles vortragen und von meinem Flippchart ablesen«. Er zeigte dabei seine schiefgewachsenen Zähne und lachte bis hoch in die Augenwinkel. So ist es doch gelungen, das Vertrauen von Cristobal Fletes wieder zurückzugewinnen.●

Spielende Kinder im Dorfzentrum — Foto: Julieta Bendana, medico international

WASSER FÜR DEN SOMMER

Fredy Abendaño Alvarez gehört zu den Gründervätern von El Tanque. Er war für viele in den schwierigen Anfangs-Jahren ein Mensch, an dem sie sich orientierten. Damals, als die Hitze auf die Zeltplanen knallte und nirgendwo ein Baum oder Strauch war, der Schatten bot; als der Kampf um die Landtitel verloren zu gehen drohte und manche aufgaben und wegzogen. Fredy war damals Vorsitzender der Kooperative. Er blieb und glaubte, dass es möglich wäre eine neue bäuerliche Existenz aufzubauen. Eines Tages verließ Fredy El Tanque und ging als Wächter nach Costa Rica. Hierher gehen die meisten Nicaraguaner als Arbeitsmigranten. Ein Jahr später kehrte er jedoch nach El Tanque und zu seinem alten Traum zurück. Mit dem Geld, das er verdient hatte, konnte er seine Schulden zahlen und noch weiteres Land pachten. Vielleicht wird er doch noch der erfolgreichste Landwirt des Dorfes. Gerade arbeitet er an einem Bewässerungssystem für seine Felder, das ihm auch den Anbau im Sommer erlaubt. Dann wäre dreimal im Jahre Erntedank.●

LANDTITEL AUCH FÜR FRAUEN

Maria Elena Díaz, Bäuerin, hofft für ihre Kinder — Foto: medico

Maria Elena Díaz lebt mit ihren drei Kindern in El Tanque. Dass auch die Frauen den Landtitel erhalten haben, ist für sie eine der größten Errungenschaften. Über die Frage, was mit Haus und Hof geschieht, wenn ein Paar sich trennt, gab es so heftige Auseinandersetzungen in der Gemeinde, dass manche fürchteten, alles könne daran scheitern. Nun aber ist geregelt, dass beide gleichberechtigt Anspruch auf die Titel haben. Die Kommune entscheidet im Einzelfall und im Interesse der Kinder. Maria Elena Díaz wollte sich deshalb auch auf ihrem Mais-Feld fotografieren lassen. Denn mit ihrem Einkommen aus dem Anbau von Gemüse und Mais kann sie mit ihren Kindern existieren. Wichtig ist, dass ihre drei Kinder direkt im Dorf zur Schule gehen können. Als sie noch auf dem Casita lebte, war der Fahrweg zur Schule zu weit. Früher träumte sie davon, ein Lehrerstudium zu beginnen. Doch dafür reicht das Geld nicht.●

ES WAR EINE WÜSTE

Mariana González Centino erinnert sich noch gut an den Zustand von El Tanque, als sie das Land besetzten. Es war eine Wüste. »Heute ist es dagegen eine so schöne Gemeinde«, sagt Doña Mariana. Die Mutter von acht Kindern hat es sich besonders herrlich hergerichtet. Bei einem Besuch in Deutschland, bei dem sie über die Mitch-Katastrophe berichtet hatte, entdeckte sie den wunderschönen Rasen, den die Deutschen vor ihren Häusern haben. Nun hat auch sie nicht nur einen Gemüsegarten, ein Feld zum Maisanbau, und Kleinvieh, sondern auch einen prächtigen Rasen. Trotzdem vermisst Mariana ihr Leben auf dem Berg. Dort waren die Gemeinden natürlich gewachsen. Nicht alles sah gleich aus. Vor allen Dingen waren die klimatischen Verhältnisse besser. Es gab immer einen erfrischen Wind und viele schattenspendende Bäume. Mariana hat viele Verwandte während des Unglücks verloren. Auch eine Tochter kam ums Leben. Nur deren Sohn Manuel überlebte. In El Tanque hat der damals 12jährige zum ersten Mal in seinem Leben eine Schule besucht. Mittlerweile hat der 15jährige die 6. Klasse absolviert und man hat ihm ein Stipendium in Kanada angeboten. Aber auch in El Tanque steht ein Haus für ihn. Er muss nur den schönen Rasen von Doña Mariana überqueren.

Mariana González Centino vermisst den Berg und liebt doch ihr neues Dorf — Foto: medico international

COUPON

medico international
– Hilfe im Zeichen globaler Verantwortung
Burgstraße 106, D-60389 Frankfurt/Main
Tel. (0 69) 944 38-0. Fax 43 60 02
E-Mail: info@medico.de
Weitere Infos unter www.medico.de

Kontonummer 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01

Ich möchte medico international gerne unterstützen und mehr über die Arbeit erfahren.

☐ Bitte schicken Sie mir kostenlos allgemeine Informationen zur Projekt- und Kampagnenarbeit von medico international.

☐ Bitte schicken Sie mir kostenlos
☐ Exemplare des vierteljährlich erscheinenden medico-Rundschreibens.

☐ Ich möchte den E-Mail-Newsletter von medico erhalten.

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ, Ort:

E-Mail:

☐ Ich möchte medico-Fördermitglied werden. Jährlicher Beitrag mindestens 120 Euro, für Leute mit geringem Einkommen (Studierende, Erwerbslose, Azubis) 60 Euro. Weil es nicht nur Bankgebühren spart, sondern für alle Beteiligten einfacher ist, erteile ich medico bis auf Widerruf eine Einzugsermächtigung. Wenn mein Konto nicht gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Bitte buchen Sie
☐ monatlich
☐ vierteljährlich
☐ jährlich
☐ Euro von meinem Konto ab.

Jahresbeitrag gesamt
☐ Euro
☐ Beginn ab Monat

Kontonummer:

Bankleitzahl:

Geldinstitut:

Name, Vorname:

Straße:

PLZ, Ort:

Datum, Unterschrift:

Bitte ausfüllen oder zurückfaxen an medico international, Burgstraße 106, 60389 Frankfurt, Fax (069) 436002

GENOSSENSCHAFTSFINANZIERUNG

Nutzerorientierung statt Investororientierung

Grundsätzlich befinden sich Genossenschaften in Deutschland in einem ernsten Dilemma, wenn sie mehr Kapital benötigen, als die Mitglieder bereit oder in der Lage sind, aufzubringen. Dies hängt mit den genossenschaftstypischen Regelungen der Kapitalaufbringung zusammen. Durch sie gibt es für Investoren wenig Anreize, eine Beteiligung einzugehen. Die Gründe liegen in der Ausrichtung der Genossenschaft. Sie ist nutzer- und nicht investororientiert.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Das Dilemma der Genossenschaft, ausreichend Eigenkapital zusammen zu bekommen wird oft als strukturelle Schwäche von Genossenschaften bezeichnet. In Wirklichkeit stellt dies aber weder einen »Konstruktionsfehler« noch eine »verstaubte Tradition« aus der Vergangenheit dar. Es spiegelt einfach nur die für die Genossenschaft charakteristische Ausrichtung als personenbezogene, nutzerorientierte Organisation wider. Durch diese gilt es als selbstverständlich, dass die Kontrolle bei den Mitgliedern als Nutzer der gemeinsam erbrachten (Dienst-)Leistungen liegt und nicht bei den Investoren.

Quellen der Kapitalbeschaffung

Im Wesentlichen stehen Genossenschaften zur Kapitalbeschaffung drei Quellen zur Verfügung:

- Kapitalbeiträge der Mitglieder (Geschäftsanteile, Darlehen, verzögert ausgezahlte Dividende, Rück- oder Nachvergütung, Genussrechte);
- unverteilte Überschüsse, die in die Reserven eingestellt werden;
- Fremdmittel (Kredite, übertragbare Partizipationsscheine, Beiträge externer Investoren);
- ergänzend können noch die Haftungsverpflichtungen der Mitglieder (Nachschusspflichten, Bürgschaften, Haftsummen) genannt werden.

Sollen für die Finanzierung Lösungen gefunden werden, die mit dem Genossenschaftsmodell konform gehen, müssen diese vorrangig an der Attraktivität und Flexibilität von Geschäftsanteilen ansetzen. Die Mitglieder sind hinsichtlich der Bedeutung der Geschäftsanteile für die Arbeit der Genossenschaft intensiv zu informieren. Andernfalls entscheiden sich die meisten von ihnen nur für eine möglichst geringe Mindestbeteiligung (Bagatellbeteiligung). Die Genossenschaft muss dann auf erhöhte Zuweisungen von Überschüssen an die Reserven setzen. Schnell entsteht so ein sich selbst verstärkender Effekt: Übersteigt das Reservekapital auf Dauer den Betrag des Nennwerts der Geschäftsanteile erheblich, sehen die Mitglieder diesen letztlich als wertlos an.

Staffelbeteiligung der Pflichtanteile

Eine angemessene Methode, eine Relation von Nutzen durch die Genossenschaft und Anteilszeichnung herzustellen, stellt die Pflichtstaffelbeteiligung dar. Das bedeutet, die Mitglieder müssen im Verhältnis zur Inanspruchnahme der Leistungen der Genossenschaft Anteile zeichnen. Üblich ist dies vor allem bei Wohnungsbaugenossenschaften, die oftmals Anteilszeichnungen in der Satzung im Verhältnis zur genutzten Wohnfläche festschreiben.

Ähnliches lässt sich auch bei Selbsthilfegenossenschaften, beispielsweise bezogen auf das gezahlte Gehalt, einbringen. Mitglieder müssen dann in Relation zu der erreichten wirtschaftlichen Existenzsicherung (Förderauftrag Arbeitsplätze zur Verfügung stellen) Anteile zeichnen. Um die unmittelbare finanzielle Belastung des einzelnen mitarbeitenden Mitglieds dabei in Grenzen zu halten, kann die Einzahlung auf eine Mindesteinzahlung für den einzelnen Geschäftsanteil, 10% des Nennwerts, beschränkt bleiben. Die Auffüllung erfolgt dann über Rückvergütungen, Kapitalbeteiligungsdividende und/oder Formen der Erfolgsbeteiligung.

Erfolgsbeteiligung der Mitarbeitenden

In eine ähnliche Richtung, nämlich die Beschäftigung in der Genossenschaft in den Vordergrund stellen, geht die Einführung einer Erfolgsbeteiligung für die Mitarbeitenden. Erfolgsbeteiligung wird als Oberbegriff für alle Beteiligungsformen verwendet, bei denen die Mitarbeiter zusätzlich zu Lohn und Gehalt eine erfolgsabhängige Zuwendung erhalten. Rechtlich wird die Erfolgsbeteiligung über das Arbeitsverhältnis begründet. Dagegen liegen die Rechtsgrundlagen der Kapitalbeteiligung im Gesellschafts- und Schuldrecht.

Die Erfolgsbeteiligung kann als sinnvolle Ergänzung einer Genossenschaftsbeteiligung genutzt werden, indem die Erfolgsanteile zur Finanzierung der Kapitalbeteiligung dienen. Damit lassen sich die Vorteile beider Beteiligungsformen für eine Genossenschaft realisieren. Dies ist allerdings mit einem Vorbehalt zu betrachten. Erfolgsbeteiligungen können in diesem Fall nicht oder zumindest nur zu einem Teil ausgezahlt werden, was bei Selbsthilfegenossenschaften in der Aufbauphase, bei denen teilweise nur sehr geringe Einkommen ausgezahlt werden, eine schwer vertretbare Variante darstellt.

Genossenschaftskonforme Gestaltung

Trotz vielfältiger Überlegungen Finanzierungen für Genossenschaften und Genossenschaftsgründungen zu entwickeln, sollten sich GründerInnen darüber im Klaren sein, nur wenn die Finanzierungsfrage genossenschaftlich gelöst wird, hat das Modell Genossenschaft langfristig eine Chance. Der Genossenschaftswissenschaftler Hans-H. Münkner formuliert dies so:

● »Die einzige zuverlässige Grundlage für Genossenschaften ist ihre organisierte Mitgliedergruppe, in der die Mitglieder ihre Rollen als Miteigentümer, Mitentscheidende/Kontrollierende und Nutzer übernehmen.

● Wenn die Kapitalbeteiligung der Mitglieder proportional zur Nutzung der genossenschaftlichen Einrichtungen und Dienstleistungen gestaltet wird, kann der Konflikt zwischen Kapitalgebern und Nutzern in Bezug auf die Verteilung der Überschüsse minimiert werden.

● Entmachtung des Kapitals kann nur mit den Beteiligungen der Mitglieder und deren Zustimmung praktiziert werden.

● Nur wenn Mitglieder/Nutzer das Kapital bereitstellen, sind Nutzerkontrolle und Selbstverantwortung realisierbar.

● Genossenschaftliche Geschäftsanteile müssen in ihrer vielfältigen Rolle als wichtige Elemente der Genossenschaftsstruktur verstanden werden. Genossenschaften brauchen eine Geschäftsanteilspolitik, die so gestaltet sein muss, dass sie die genossenschaftliche Ausrichtung der Organisation und ihrer Mitglieder verstärkt und Verteilungskonflikte in der Genossenschaft vermeidet.«●

Ausführlicher zu diesem Thema ist die empfehlenswerte Veröffentlichung von Hans-H. Münkner / Günther Ringle: Perspektiven für die genossenschaftliche Finanzierung, Hamburg 2002.

Foto: Michael Scheuermann

Eine der Initiatorinnen, Heide Marie Garthe, erläutert das Konzept der Genossenschaft SAGES, einer Serviceagentur für Senioren (s. Seite 13)

Informieren und Qualifizieren zur Finanzierung

Die innova eG begleitet Erwerbslose bei der Neueinrichtung dauerhafter Arbeitsplätze in Genossenschaften. Zentraler Baustein der Arbeit ist das Durchführen von Fortbildungen. Während der Qualifizierung wird das Wissen erworben, das erforderlich ist, um gemeinsam mit anderen ein Unternehmen zu führen. Bausteine der Information beispielsweise über die Finanzierung von Genossenschaften können auch als eigenes Seminar bzw. als Vortrag »gebucht« werden.
Genauere Informationen:
innova eG, Konstantinstr. 12, 04315 Leipzig, Telefon: 0341 / 68 10 985, Telefax: 0341/ 68 11 786, Email: info@innova-eg.de, www.innova-eg.de

KFW-GRÜNDUNGSFÖRDERUNG

Statt Einzelkämpfer bleiben: Erfolgreich im Team starten

Der statistische Befund ist eindeutig. Rund zehn Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland sind selbstständige Unternehmer. Jedoch: Die Hälfte davon beschäftigt nicht einmal einen Mitarbeiter, sondern ist im wörtlichen Sinne Einzel-Unternehmer. Schlechte Aussichten auf einen Job. Doch, warum sollte man den Spieß nicht einfach umdrehen? Wenn der Firmenchef auf zusätzliches Personal verzichtet, heuert man eben bei der eigenen Firma an und wird »Mit-Unternehmer«. Die Rechtsform der Genossenschaft bietet hierzu die Möglichkeit. Auch für sie gibt es im Angebot der KfW Mittelstandsbank Finanzierungen.

Holger Schwabe, Red. Genossenschaften ● Wie der Start der Unternehmensgründung formal auch aussieht, Geld kostet eine Existenzgründung immer. Und am nötigen Startkapital mangelt es den weitaus meisten Unternehmern in spe ebenso wie vielen Genossenschaftsgründern. Denn, auch relativ kleine Vorhaben können sich leicht auf über 100.000 Euro summieren. Wenn es also am nötigen »Kleingeld« fehlt, ist die *KfW Mittelstandsbank* die richtige Adresse. Mit den Förderkrediten der *KfW* lassen sich so ziemlich alle Dinge günstig finanzieren, die bei einer Existenzgründung auf der Einkaufliste stehen.

Einige Regeln sind allerdings zu beachten. Zum einen gilt das sog. Hausbankprinzip. Es besagt, dass alle Anträge auf Förderkredite immer von dem Kreditinstitut bei der *KfW* einzureichen sind, mit dem die (zukünftige) Genossenschaft Geschäftsbeziehungen unterhält – eben seiner Hausbank. Sie ist es, die das Projekt generell auf seine Wirtschaftlichkeit begutachtet und auch die vorhandenen Sicherheiten bewertet. Von ihrem Votum hängt es ab, ob und aus welchem Programm die *KfW Mittelstandsbank* die nötigen Gelder zur Verfügung stellen kann. Außerdem muss die angestrebte Tätigkeit (mindestens) den Lebensunterhalt und den Kapitaldienst für die Kredite erwirtschaften.

Förderung von Genossenschaften

Und ein drittes: Der Antragsteller muss im Sinne der Förderrichtlinien unternehmerisch tätig sein, d.h., er muss dauerhaft mindestens 10% der Geschäftsanteile halten und als Mitglied der Geschäftsführung unternehmerische Entscheidungen treffen. Da diese Bedingung aber in der Praxis mit den speziellen gesellschaftsrechtlichen Regelungen der Genossenschaften kollidiert, sind einzelne Mitglieder von Genossenschaften bei der *KfW Mittelstandsbank* nicht antragsberechtigt. Wohl aber, und das begründet die Möglichkeit der Finanzierung mit der *KfW*, die Genossenschaft als Gesellschaft, als Unternehmen.

Eine Förderung setzt voraus, dass die jeweilige Genossenschaft als gewinnorientiert wirtschaftendes Unternehmen ausgerichtet und im Bereich der gewerblichen Wirtschaft tätig ist. Berücksichtigt man dies, steht einer Förderung mit Darlehen der *KfW* grundsätzlich nichts im Wege. Welche Mittel letztlich fließen, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Zu nennen wäre hier etwa das Investitionsvolumen und der Verwendungszweck der Gelder, aber auch die Bonität der Gründer und die vorhandenen Sicherheiten. Erst wenn in einem ausführlichen Finanzierungsgespräch alle Punkte diskutiert sind, fällt die Entscheidung, aus welchem Programm die Mittel fließen werden. Eine pauschale Finanzierungslösung gibt es nicht. Hier daher stichpunktartig drei der üblichen Finanzierungsvarianten.

Kleinkredite groß nutzen

Für besonders kleine Gründungen bzw. für die Finanzierung schon bestehender Genossenschaften bietet die *KfW Mittelstandsbank* ihre Programme StartGeld und Mikro-Darlehen an. Das erstgenannte StartGeld kann Aufwendungen bis zu einer Höhe von 50.000 Euro abdecken, beim Mikro-Darlehen sind es 25.000 Euro. Beide Fördertöpfe können sowohl für die Finanzierung von Investitionen als auch für laufende Aufwendungen geleert werden. Während das Startgeld (zehn Jahre Laufzeit, zwei Jahre tilgungsfrei) nur für die eigentliche Gründung in Anspruch genommen werden kann, ist das Mikro-Darlehen (sechs Jahre Laufzeit, sechs Monate sind tilgungsfrei) noch bis zu drei Jahren nach dem Start eine gute Finanzierungsquelle. Beiden ist gemeinsam, dass man mit ihnen auch eine (vorerst) nebenberufliche Tätigkeit als Unternehmer finanzieren kann.

Da es bei nicht so groß geratenen Projekten häufig an den nötigen Kreditsicherheiten mangelt, beinhalten beide Förderprogramme eine obligatorische 80-prozentige Risikoentlastung der Hausbank durch die *KfW* – eine so genannte Haftungsfreistellung. Diese Regelung ermöglicht die Finanzierung von Erfolg versprechenden Vorhaben, die ansonsten mangels Sicherheiten keine Chance gehabt hätten.

Klassisch günstig: Fremdkapital

Wer dagegen größere Volumina finanzieren muss, für den ist der Unternehmerkredit der *KfW Mittelstandsbank* die richtige Lösung. Dieses bankübliche absichernde Darlehen ist derzeit sehr gefragt. Allein im letzten Jahr wurden rund 22 Prozent mehr Mittel vergeben als noch 2003. Ein Grund dafür dürfte, neben dem günstigen Zinssatz, die flexible und unbürokratische Programmgestaltung sein. So können auch große Summen schnell bewilligt und der Genossenschaft zur Verfügung gestellt werden. Die Laufzeit beträgt maximal 20 Jahre, bis zu drei tilgungsfreie Anlaufjahre sind möglich. Neben Investitionsgütern können auch laufende Aufwendungen finanziert werden.

Bis zu einer Höhe von 1 Mio. Euro kann der Unternehmerkredit den gesamten Finanzierungsbedarf abdecken. Der zu zahlende Zins richtet sich nach der individu-

EXPERTENRAT

Fragen zu den Förderkrediten und zum Serviceangebot der KfW Mittelstandsbank beantwortet das Berater-Team des Infocenters. Sie erreichen es Montag bis Freitag von 07:30 -18:30 Uhr, bundesweit zum Ortstarif unter (01801) 241124. Oder Sie senden eine E-Mail an: infocenter@kfw.de
Informationen zu allen Programmen finden Sie unter www.kfw-mittelstandsbank.de

Fortsetzung auf Seite 12

GLS-BANKINSTRUMENTE

Für junge Genossenschaften Finanzierungspartner sein?

Die GLS, wie sie oftmals verkürzt genannt wird, besteht seit über 30 Jahren. Sie ist insbesondere im Bereich ökologischer und sozialer Gruppenvorhaben aktiv. Bekannt wurde sie zuletzt durch die Übernahme des Bankgeschäftes der Ökobank in Frankfurt. Ihre Geschäftsfelder sind: Schulen, Kindergärten, Heilpädagogik, Geistesleben, Ausbildung, Kunst, Kultur, Wohnprojekte und Ökologie, nicht zuletzt die ökologische Landwirtschaft. Ökologie, Selbstverwaltung, Soziales: Finden da neu gegründete Genossenschaften nicht einen idealen Bankpartner? Nur bedingt, denn die GLS ist keine Universalbank und nicht auf allen Geschäftsgebieten tätig.

Rolf Novy-Huy, Red. Genossenschaften ● Erfolgreich und eingespielt ist die Zusammenarbeit der GLS Gemeinschaftsbank mit Hauptsitz in Bochum bei den Wohngenossenschaften, etwa der Münchener WOGENO oder der Berliner SelbstBau eG. Bei Genossenschaften auf gewerblichem Gebiet wird die Bank nur dann aktiv, wenn es sich um eine Initiative handelt »die durch ihr Vorhaben in kultureller, sozialer oder ökologischer Hinsicht positiven gesellschaftlichen Beitrag leisten will«. Hier gilt auch die Einschränkung, dass die Bank im Geschäftsfeld der Initiative über ausreichende Kenntnisse verfügt oder sich diese Kenntnisse in überschaubarer Zeit aneignen kann.

So werden Gründungsinitiativen im Bereich Naturkost-Naturwaren sicher schnell auf Gesprächsbereitschaft stoßen, dafür aber etwa beim ökologischen Heizungsbauer oder Produzenten nur sehr bedingt. Zu bedenken ist, dass eine Bank mit Filialen in Bochum, Hamburg, Stuttgart und Frankfurt nur begrenzt den bei der Firmenkundschaft gewünschten und notwendigen persönlichen Kontakt halten kann. Schließlich wird von der Hausbank üblicherweise eine angemessene »Begleitung« der unternehmerischen Aktivitäten erwartet.

Ungewöhnliche Instrumente

Für die passende Klientel hat die GLS Gemeinschaftsbank eG ungewöhnliche Finanzierungsinstrumente zur Hand. Die Leih- und Schenkgemeinschaft, wie der Name bereits ausdrückt, ist eigentlich ein Instrument aus dem gemeinnützigen Bereich. Es wird als reine »Leihgemeinschaft« auch zur Vorfinanzierung von Gesellschaftsanteilen verwendet. Dabei nimmt der Einzelne, je nach seiner wirtschaftlichen Kraft, einen Betrag von bis zu 3.000 Euro auf. Die Gemeinschaft haftet insgesamt für die Rückzahlung der Darlehenssumme. Eine genaue Prüfung der Initiative wird als genauso wichtig angesehen, wie die Tatsache, dass sich die Leihgemeinschafts-Kreditnehmer über ihr unternehmerisches Tun im Klaren sind. Mit diesem Instrument kann eine junge Genossenschaft ihre Eigenkapitalbasis stärken und sie wird dadurch kreditwürdiger. Der Leihgemeinschaftskredit selbst ist Angelegenheit der Kreditnehmer und hat in den Büchern der Genossenschaft nichts zu suchen.

Handelt es sich um ein Sicherheitenproblem, so stellt der Bürgschaftskredit eine interessante Variante dar. Auch hier bleibt der Einzelbetrag der Bürgschaften auf 3.000 Euro beschränkt. Für die Rückzahlung steht das Unternehmen ein. Nur bei Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers wird der Bürge in Anspruch genommen. Gerade Projekte, die nicht über ausreichende »harte« Sicherheiten verfügen, können so aus der Kraft ihres Umfeldes und der Überzeugung ihrer Unterstützer/innen gegebenenfalls doch ein Darlehen erhalten. Der Bürge haftet grundsätzlich bis zur Rückzahlung der Kredite.

Überschaubare Laufzeiten

Beide Finanzierungsformen sind für eine Finanzierung über drei bis fünf Jahre ausgelegt, da sich erfahrungsgemäß sowohl das Engagement in einer Leihgemeinschaft, wie auch die Haftung über eine Bürgschaft auf einen überschaubaren Zeitraum erstrecken soll. Langfristige

Die Unterschrift unter die Satzung ist der eigentliche Gründungsakt (s. Seite 13)
Foto: Michael Scheuermann

Darlehen, auch unter Nutzung der Kreditprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau, vergibt die Bank selbstverständlich auch.

Im Bereich von kleinen und kleinsten Existenzgründungen arbeitet die GLS mit dem DMI zusammen, dem Deutsches Mikrofinanz Institut. Dies ist eine Initiative, die sich noch im Aufbau befindet. Anträge sollen an die Gründer/innenzentren gestellt werden, nicht an die Bank, von deren Seite der GLS Mikrofinanz Fonds zur Akquisition der notwendigen Mittel aufgelegt wurde. In diesem Zusammenhang wird Wert darauf gelegt, dass die Existenzgründer/innen durch das Gründungszentrum intensiv begleitet werden. So soll verhindert werden, dass sie mit ihrem Vorhaben mangels kaufmännischer/frauischer Kenntnis in Kürze vor dem »Aus« stehen. Details dazu könnten unter: www.microlending-news.de nachgelesen werden.

Abbildung des Umfeldes

Der Darstellung der Initiative und der Aktiven wird ein besonderer Stellenwert eingeräumt. Im Vergleich zum/zur Einzelkaufmann/frau ist gerade das Umfeld eines Projektes wichtig, wie beim Bürgschaftskredit beschrieben. Denn nicht nur die banktechnisch notwendigen Sicherheiten sind abzubilden, sondern auch der Vertrauenshintergrund, den der einzelkämpfende Existenzgründer nur schwierig »rüber bringen kann«. Warum sollte sich eine Bank nicht davon beeindrucken lassen, wenn dreißig, vierzig oder fünfzig Bürgen zum Ausdruck bringen: Ja, das Projekt finde ich gut, zu dieser Führungsgruppe habe ich Vertrauen.

Also: keine Bank »für alle Fälle«, aber eine Bank »mit besonderen Möglichkeiten«, wenn Kunde und Bank zueinander passen. Den Kontakt zur GLS und weitere Einzelheiten stehen auf der Website des Finanzinstituts unter www.gls.de/kredite. Unter anderem befindet sich dort eine Liste der notwendigen Unterlagen.●

SICHERHEITEN

Für die Beantragung von Krediten benötigt die Gründungsgenossenschaft: Sicherheiten, Sicherheiten, Sicherheiten! Das deutsche Bankensystem wird hinsichtlich seiner Fähigkeit und Bereitschaft zur Übernahme von Risiken regelmäßig überschätzt. Neben einem guten Konzept, detailliert und gründlich erarbeiteten Planzahlen und überzeugenden persönlichen Fähigkeiten, wird eine Gründung nur dann möglich sein, wenn ausreichende Sicherheiten zur Verfügung stehen. Die Deutsche Ausgleichsbank bietet zwar Haftungsfreistellungen und Existenzgründungskredite an, für welche die Hausbank nur teilweise haftet. Ganz ohne Sicherheiten wird es aber nicht gehen.

EIGENKAPITALVERSTÄRKUNG

Genussrechte – günstiges Kapital von Kunden und Lieferanten

Genussrechte sind eine Finanzierungsform, die es Genossenschaften genauso wie anderen Betrieben ermöglicht, von ihren Kunden, Lieferanten, Geschäftspartnern oder Mitarbeitern Kapital aufzunehmen. Das Genussrechtkapital stärkt das Eigenkapital und belastet das Unternehmen in schwierigen Zeiten nicht mit Zinsen oder Kapitalkosten. Auch die Anleger genießen Vorteile.

Gernot Meyer*, Red. Genossenschaften ● Eine Genossenschaft benötigt bei der Gründung ebenso, wenn der Betrieb vergrößert werden soll, fast immer Fremdkapital zur Finanzierung. Auf den ersten Blick erscheint der einfachste Weg, Bankdarlehen als Investitionskapital aufzunehmen. Bei nicht ausreichenden Sicherheiten und Eigenkapitalquoten halten sich Banken jedoch zunehmend bei Finanzierungswünschen kleiner und mittelständischer Unternehmen zurück. Sie selber scheuen Risiken und unter dem Vorwand von Basel II setzen sie immer engere Grenzen für die Kreditbewilligungen.

Privatdarlehen könnten für Genossenschaften analog vieler anderer Betriebe eine Alternative sein. Entsprechend sprachen in der Vergangenheit einige Umwelt- und Selbstverwaltungsbetriebe Kunden an, sich mit Darlehen für die Entwicklung des Betriebes zu engagieren. Der Zinssatz war für beide Seiten günstig, zum Teil gab es Rabatt beim Einkauf oder bei der Inanspruchnahme von Dienstleistungen.

Foto: Michael Scheuermann

Die erste Mitgliederversammlung erfordert zahlreiche Abstimmungen, um über Satzungsbestimmungen und Gremien zu beschliessen (s. Seite 13)

Dieses Modell besticht durch seine Einfachheit, weist aber einen entscheidenden Nachteil auf: Laut dem Kreditwesengesetz sind solche Modelle nur in sehr geringem Umfang erlaubt und zwar bis 12.500 Euro Gesamtdarlehen oder bis fünf Darlehensgeber. Bei größerem Volumen droht die Aufforderung vom Bundesaufsichtsamt für das Finanzwesen, alle Darlehen innerhalb kurzer Zeit zurückzuzahlen, wie dies im Herbst 2003 einem Naturkostladen in Nordrhein-Westfalen widerfuhr. Außerdem bilden solche Darlehen keine solide Basis für eine längerfristige Finanzierung, da sie in der Regel kurzfristig kündbar sind und gegenüber einer Bank nur Fremdkapital darstellen, die Eigenkapitalquote also nicht verbessern.

Beteiligung institutioneller Anleger

Für herkömmliche Unternehmen, insbesondere mit innovativer technologischer Ausrichtung, kommen manchmal Beteiligungsgesellschaften als Kapitalgeber in Frage. Meistens sind es von Banken gegründete Beteiligungs- und Venture Capital Gesellschaften, die nach eingehender Prüfung vorübergehende Beteiligungen anbieten. Sie wollen aber auch in gewissem Umfang mitreden, eine gute Rendite und in der Regel nach einigen Jahren mit Gewinn wieder aussteigen. Für Unternehmen mit ökologischer oder sozialer Ausrichtung, zu letzteren können die meisten neuen Genossenschaften zugeordnet werden, bietet OekoGeno eG entsprechende Beteiligungen an (www.oekogeno.de). Sie ist die Fortführung der ehemaligen Ökobank.

Als letztes soll hier auf Genussrechte verwiesen werden. Sie sind eine Lösung für Betriebe mit guten Kunden- und Geschäftsbeziehungen. Hinter diesem Begriff steckt eine Anlage- oder Beteiligungsform, die es auch neuen Genossenschaften ermöglicht, von ihren Kunden, aber auch Lieferanten, Geschäftspartnern und sogar Mitarbeitern auf elegante, seriöse und faire Weise Beteiligungskapital aufzunehmen, um Projekte zu finanzieren.

Vorteile von Genussrechten

Folgende Vorteile einer Genussrechtsbeteiligung ergeben sich für das ausgebende Unternehmen bzw. die ausgebende Genossenschaft (bei entsprechender Formulierung der Genussrechtsbedingungen):

● Das Genussrechtskapital hat etwa den gleichen Wert für die Genossenschaft wie Eigenkapital. Bei der Kreditvergabe wird es – bei entsprechend langfristiger Anlagedau-

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 11

ellen wirtschaftlichen Lage (Bonität) und den Sicherheiten des Antragstellers. Aus der Kombination beider Größen ergibt sich dann der zu zahlende Zinssatz. Auch hier gilt: Es gibt keine pauschale Lösung, sondern der Einzelfall wird betrachtet. So ist sichergestellt, dass kein Unternehmen mit seinem Zins mehr Risikoprämie zahlt, als seine individuelle Situation dies erfordert.

Kapital für das Unternehmen

Eine dritte Finanzierungsform bietet sich mit der Produktfamilie Unternehmerkapital an. Hierbei stellt die *KfW* den Unternehmen Mezzaninekapital zur Verfügung. Die aus der Architektur stammende Bezeichnung beschreibt eine Darlehensform, in der sich die Vorteile von klassischem Fremdkapital und Eigenkapital bündeln. Prägnantes Merkmal ist der Verzicht auf die Stellung von Sicherheiten. So bleiben vorhandene Besicherungsmöglichkeiten frei zur Einwerbung von zusätzlichen Fremdmitteln. Den auf diese Weise finanziell gut ausgestatteten Unternehmen ist eine deutlich erfolgreichere Entwicklung möglich als Firmen mit lediglich finanzieller »Grundausstattung«. Und Unternehmenswachstum bedeutet Chance auf mehr Gewinn, also auch mehr Eigenkapital.

Für Genossenschaften kommt diese Art der Finanzierung nur infrage, wenn sie sich schon mindestens zwei Jahre am Markt bewährt haben. Die Finanzierung von Genossenschaftsneugründungen ist mit dem Programm Unternehmerkapital nicht möglich.

Gut und rechtzeitig beraten

Da sich jedes Finanzierungsvorhaben, sei es nun eine Gründung oder für ein bestehendes Unternehmen, vom anderen unterscheidet, ist eine individuelle, gründliche und rechtzeitige Information das A und O. Die *KfW Mittelstandsbank* bietet zu ihren Möglichkeiten, ein Unternehmen einschließlich Genossenschaften optimal zu finanzieren, eigens Beratung an. Rund um die Uhr im Internet, von Montag bis Freitag über ihr Infocenter sowie in den drei Beratungszentren Frankfurt, Berlin und Bonn. Außerdem führt sie bundesweit an über 50 Standorten Beratungstage durch.

Gut vorbereitete Genossenschaftsgründer erhöhen ihre Chance, bei einer Finanzierung auch ihre Hausbank mit ins Boot zu holen, beträchtlich. Eine Unternehmensfinanzierung ist eine Partnerschaft auf Dauer. Sie lebt von der gegenseitigen Offenheit und vom Verständnis für den (Geschäfts-)Partner. Und ganz wie bei einer richtigen Ehe »in guten wie in schlechten Zeiten«. Sollte es also, trotz einer guten Finanzierung, einmal eng werden, dann führt ein rechtzeitiges Gespräch und energisches Handeln von Genossenschaft und Bank das Unternehmensschiff noch am ehesten wieder in ruhiges Fahrwasser.●

SERVICEGENOSSENSCHAFT FÜR SENIOREN

Mit Selbsthilfegenossenschaften Ich-AGs auf die Plätze verweisen

Von der Arbeitsagentur wegen fehlender Arbeitsplätze schwer zu vermitteln, haben Langzeitarbeitslose aus der Region Freiburg ihr Schicksal selbst in die Hand genommen. Am 9. März gründeten sie auf genossenschaftlicher Basis in Freiburg die Serviceagentur für Senioren (SAGES). Ob Fenster putzen, Gemüse schneiden, Rasen mähen, Schnee schippen oder Wäsche waschen, mit haushaltsbezogenen Dienstleistungen wollen sie älteren und bedürftigen Menschen dringend benötigte Hilfen im Alltag aus einer Hand anbieten. Weitere Betriebsfelder sind Mobilitätshilfen und Kontaktpflege.

Michael Scheuermann, Red. Genossenschaften ● »Die Genossenschaftsgründung ist nicht gerade der einfachste Weg, aber dennoch wohl überlegt, um unsere Marktchancen im Raum Freiburg effektiv zu nutzen«, betont Heide Marie Garthe, eine der Initiatorinnen der Gründung. »Wir bringen unsere Fähigkeiten gleichberechtigt ein, schaffen eigene Arbeitsplätze und profitieren ebenso gleichberechtigt vom Erfolg unserer Arbeit«. Die genossenschaftliche Satzung garantiert, dass dies auch so bleibt. Dabei stehen nicht die Gewinnmaximierung im Vordergrund, sondern der Aufbau eigener Existenzen und deren Sicherung in schwierigen Zeiten, so Garthe.

Risiken verteilen

Für den Schritt in die gemeinsame Selbständigkeit sei von Vorteil, dass durch diese Unternehmensform das finanzielle Risiko des Einzelnen auf möglichst viele Schultern verteilt werde. Auch könnten Kunden eine Mitgliedschaft mit der SAGES-Genossenschaft eingehen und so Dienstleistungen günstiger erhalten sowie selbst Einfluss auf die Unternehmensgeschicke nehmen. Ebenfalls seien Fördermitgliedschaften möglich und willkommen. Kooperationen mit möglichst vielen anderen Dienstleistern gehören zum Selbstverständnis von SAGES.

»Die 27 Initiatoren befinden sich in guter Tradition mit vielen noch heute erfolgreich agierenden Genossenschaften«, erklärt Sonja Menzel vom Vorstand der innova eG, die SAGES bei der Projektentwicklung unterstützt. »Unser genossenschaftliches Ziel ist es, deutschlandweit die Gründung von Selbsthilfegenossenschaften zu fördern«. Ebenso wie die Gründer der SAGES-Genossenschaft sich durch ihr Engagement selbst aus der Arbeitslosigkeit befreien wollten, seien vor über 100 Jahren Genossenschaften des Banken- und Wohnungswesens, der Produktion, Landwirtschaft und des Konsumbedarfs unter schwierigsten Bedingungen gestartet. Häufig aus Eigeninitiative von Not leidenden Bevölkerungsteilen in den schnell wachsenden Industriezentren und auf dem Land für die Sicherung notwendiger Grundbedürfnisse geschaffen, waren sie letztlich erfolgreich bei der Linderung damals weit verbreiteter Armut.

Externe Unterstützung

Um genossenschaftliche Selbsthilfeprojekte nachhaltig zu unterstützen, steht Gründungswilligen die Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften, innova, mit Hauptsitz in Leipzig, zur Seite. Sie ist selbst Genossenschaft und wurde eigens für den Zweck der Verbreitung des Genossenschaftsgedankens und die konkrete Unterstützung von Gründungsinitiativen 2001 ins Leben gerufen. innova vermittelt die wirtschaftlichen und rechtlichen Grundlagen für Genossenschaftsgründungen, Gruppentrainings und entwickelt gemeinsam mit den Initiatoren tragbare Geschäftskonzepte, die auch vor der strengen Aufsichtsbehörde, dem genossenschaftlichen Prüfungsverband, bestand haben. Die innova eG betreut derzeit deutschlandweit 20 Projekte, gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) aus Mitteln des EQUAL-Programm der Europäischen Union.●

Bei geheimen Wahlen erfolgt die Abstimmung über einzusammelnde Wahlzettel — Foto: Michael Scheuermann

FORTSETZUNG VON SEITE 12

er – wie Eigenkapital behandelt. Damit erhält der Betrieb ein besseres Rating der Bank, eine höhere Kreditwürdigkeit und günstigere Konditionen.

● Das Genussrechtskapital haftet mit, stärkt also das Eigenkapital und belastet das Unternehmen in schwierigen Zeiten nicht mit Zinsen oder Kapitalkosten. Dafür muss ein schriftlicher Rangrücktritt vorliegen, wenn keine Verlustbeteiligung vereinbart ist, damit es als haftendes Eigenkapital anerkannt wird.

● In guten Jahren kann sich die Genossenschaft eine höhere Vergütung der Genussrechtsinhaber dagegen gut leisten.

● Die Vergütungen an die Genussrechtsinhaber (Zinsen und Boni) lassen sich als Betriebskosten absetzen.

● Die Genussrechtsbeteiligten haben kein Mitspracherecht bei Unternehmensentscheidungen. Wenn sie also nicht gleichzeitig auch Genossenschaftsanteile zeichnen, bleibt die Lenkung des Unternehmens ganz in der Hand der bisherigen Genossenschaftsmitglieder.

● Die Genussrechtsinhaber sind – bei entsprechender Formulierung der Bedingungen – nicht an den stillen Reserven oder dem ideellen Firmenwert beteiligt.

● Freiwillig kann man die Genussrechtsbeteiligten einen Beirat wählen lassen, dessen Vorschläge haben jedoch nur empfehlenden Charakter.

Chancen der Anleger

Folgende Vorteile und Risiken ergeben sich für die Genussrechtsbeteiligten:

● Sie verfügen über eine langfristige, solide Geldanlage mit in der Regel besserer Rendite bzw. Verzinsung, als wenn das Geld bei einer Bank angelegt wird.

● Es handelt sich bei der Anlage in eine neue Genossenschaft um eine direkte Geldanlage in einem Unternehmen mit speziellen in der Satzung genauer beschriebenen Förderungszielen. Auf diese Weise kann der »ethische« Charakter einer solchen Geldanlage gut gesichert und überprüft werden.

● Die Anlage ist zudem regional und transparent, in einem Betrieb, bei dem die Anlegerin oder Anleger selber Kunde (Lieferant, Mitarbeiter) ist, bei dem sie/er die Verantwortlichen kennt und als meist zufriedener Kunde oder Partner der Arbeitsweise und Leitung der Genossenschaft vertraut.

● In Verlustjahren bekommt der Anleger keine Zinsen. Je nach Vereinbarung erhält er eine anteilige, vorab vereinbarte Verlustzuweisung. Diese wird aber im nächsten Gewinnjahr wieder ausgeglichen. Auch die vereinbarte Mindestverzinsung wird dann nachgeholt.

● Nur bei Insolvenz des Unternehmens besteht die Gefahr des vollständigen Verlustes oder eines großen Teils der Einlage, die im Rang hinter Banken und Lieferanten zurücktritt, aber vor den Genossenschaftsanteilen bedient wird.

Einer der späteren Aufsichtsräte stellt sich in der Gründungsversammlung den Mitgliedern vor — Foto: Michael Scheuermann

Wichtige Voraussetzungen

Voraussetzung für die Vergabe von Genussrechten ist, dass der Betrieb eine feste Kapitalbasis hat und bilanziert, was für Genossenschaften grundsätzlich zutrifft. Zudem sollte keine Überschuldung beziehungsweise kein Negativ-Kapital vorliegen. Bei großen traditionellen Genossenschaften, insbesondere Volks- und Raiffeisenbanken sind Genussscheinmodelle bekannt und haben sich aus deren Sicht bewährt. Für kleinere, neue Genossenschaften erscheinen jedoch die Kosten für den rechtlichen und redaktionellen Aufbau, Vertrieb usw. von solchen als Wertpapiere verbrieften Genussscheinen in der Regel zu hoch.

Wenn sie aber eine gute Verbindung mit ihren Kunden, Lieferanten oder Kooperationspartnern pflegen, sollten sie versuchen, einen günstigeren Weg einzuschlagen: private, nicht verbriefte Genussrechte, wie sie oben beschrieben wurden. Diese sollten nicht öffentlich über Prospekte, sondern nur persönlich angeboten werden, damit keine Prospekthaftung und Anmeldungspflicht beim Bundesaufsichtsamt für das Finanzwesen mit ungleich höheren Kosten und Auflagen entsteht.

Das Genussrecht liegt genau im Bereich zwischen Eigenkapital und Fremdkapital. Es gibt kein Genussrechtsgesetz und daher einen großen Gestaltungsspielraum. Gerade deshalb ist es aber wichtig, auf rechtlich gesicherte Erfahrungen zu bauen. Von der genauen Formulierung der Genussrechtsvereinbarungen hängt ab, wie die Ziele von Unternehmer und Anleger optimal erreicht werden und ob die vertragliche Basis gesichert ist. Dazu ist unbedingt die Mitarbeit eines auf diesem Gebiet erfahrenen Anwaltes erforderlich.

Modell für kleine Genossenschaften

In Zusammenarbeit mit einem Rechtsanwalt hat die Unternehmensberatung Gernot Meyer ein Genussrechtsmodell entwickelt, das folgende Vorteile bietet:

● Die Anleger erhalten eine Mindestrendite z.B. 3 Prozent.

● Wenn die Genossenschaft entsprechenden Gewinn erwirtschaftet, steigt die Rendite auf bis zu 8 Prozent. Der Zins kann in bar oder als Bezug von Ware oder Dienstleistungen mit ggf. zusätzlichem Einkaufsrabatt bezogen werden.

● Der anlegende Kunde kennt i.d.R. genau den Betrieb und die Menschen, denen er sein Geld anvertraut.

● Die Laufzeit beträgt z.B. 7 Jahre, danach jährliche Verlängerung oder Auszahlung.

● Für die Genossenschaften sind die Zinsen Kosten. Sie können für den Fall, dass sie in Form von Ware oder Dienstleistungen vergütet werden, wieder als Umsatz verbucht werden.

● Für die Genossenschaft zählen die Genussrechte bei entsprechender Gestaltung (schriftlicher Rangrücktritt) gegenüber Banken wie Eigenkapital.

● Die Anleger haben, solange sie nicht auch die Mitgliedschaft in der Genossenschaft erwerben können oder wollen, kein Mitspracherecht. Sie werden aber jährlich zu einer Informations- und Genuss-Veranstaltung eingeladen.

● Für Mitglieder stellt der Erwerb von Genussrechten die Möglichkeit dar, über die Pflichtanteile hinaus ihrer Genossenschaft weiteres Eigenkapital zur Verfügung zu stellen, das aber besser verzinst wird als die Genossenschaftsanteile und gleichzeitig mit weniger Risiko versehen ist.

● Eine solche Teilhaberschaft des Kunden hilft außerdem, die Kundenbeziehung zu vertiefen. Genussrechtsbedingungen bieten die Möglichkeit, sie individuell nach der Situation des jeweiligen Unternehmens und seiner potenziellen Anleger auszurichten. Dies sollte genutzt werden.

Berechnungen vorlegen

Mit Hilfe einer Szenarioberechnung lassen sich die mittel- und längerfristigen Auswirkungen für das Unternehmen bzw. die Genossenschaft und für die Anleger des jeweiligen Modells anschaulich darstellen und verständlich machen. Dies hilft, auch Skeptiker zu überzeugen.●

* Inhaber der gleichnamigen Unternehmensberatung in D-82377 Penzberg, Karlstraße 21
Tel. (0 88 56) 93 48 01, Fax 93 48 02, Mobil 0172-8116014
E-Mail: info@GernotMeyer.de
Web: www.GernotMeyer.de

Neue Frauenbewegung in Niedersachsen

Die anzuzeigende Veröffentlichung ist ein Sammelband mit zwölf Beiträgen zur Geschichte der Frauenbewegung in acht niedersächsischen Städten. Sie ist ein Beitrag zur Geschichtsschreibung eines wichtigen Stranges der neuen sozialen Bewegungen in einem Flächenland – etwas abseits der weit besser dokumentierten Geschehnisse in den Metropolen. Der Zeitraum umfasst dabei, je nachdem ab welchen Zeitpunkt in einer Stadt von einer Frauenbewegung gesprochen werden kann, die Jahre von heute bis Anfang der 1980er (z.B. Nienburg) oder gar Anfang der 1970er (z.B. Hannover, Braunschweig, Osnabrück). Göttingen, Oldenburg, Neustadt/Rübenberge und Norden in Ostfriesland sind die anderen Städte, aus denen berichtet wird.

Die neue Frauenbewegung hat vor allem die Beziehungsmuster und die Herrschaftsstrukturen der Privatsphäre ins Zentrum ihrer Kritik gerückt und dabei die vielfältigen Formen der Diskriminierung von Frauen thematisiert. Nach der Phase der Bewusstwerdung (und -machung) und der der öffentlichen Kritik an patriarchalen Verhältnissen, erfolgte die der Schaffung von staatlichen und selbstverwalteten Einrichtungen zur Zurückdrängung dieser Diskriminierungen und zur Stärkung von Frauen und ihren Bedürfnissen.

Die Diskussionskultur, die Institutionalisierungsprozesse, die Konjunkturen der verschiedenen Themen in den Frauenszenen der Städte werden nachgezeichnet: Wer ist potentielle/r Bündnispartner/in, wie staatsnah will frau sein, geht es um Feminismus oder »nur« um Frauenpolitik? Sehr viele Ereignisse, wie Demonstrationen, Ausstellungen und die Gründungs- und Schließungstermine von Einrichtungen werden akribisch aufgelistet. Wird zu Beginn noch mit viel Elan ehrenamtlich gearbeitet, treten bald die typischen Ermüdungserscheinungen ein, die in den Ruf nach Institutionalisierung und bezahlter Arbeit münden. Die Einrichtung eines Frauenhauses oder -zentrums ist überall ein Zwischenschritt, die Einsetzung der ersten kommunalen Frauenbeauftragten ein Meilenstein in der Entwicklung der lokalen Frauenbewegungen, die sich schließlich oftmals in immer größere Spezialisierungen hinein ausdifferenzieren.

Alle Beiträge stammen von Zeitzeuginnen und so fallen die Beiträge parteiisch aus, was ein Vor- wie ein Nachteil ist. Positiv sind die Kenntnisse und das Engagement der Autorinnen, die den Beiträgen deutlich anzumerken sind. Negativ ist, dass die Problematik der Zeitzeugenschaft und der selektiven Wahrnehmung und Überlieferung überhaupt nicht thematisiert wird, obwohl (oder gerade weil?) das Buch von einer History Marketing Agentur mitproduziert wurde. Dass hier vielleicht auch Geschichte von den Siegerinnen, von denen, die noch dabei sind, und deshalb einen bestimmten Blickwinkel haben, geschrieben wird – wie übrigens auch in den meisten anderen Beiträgen zur Geschichte der neuen sozialen Bewegungen – wird gar nicht thematisiert.

Die Bewertung der erreichten Ziele der Frauenbewegung fällt umso positiver aus, je institutionalisierter die Autorinnen heute sind, die Göttinger FrauenLesben liefern im Gegensatz dazu mit ihrem Beitrag leider nur eine Aufzählung von Ereignissen und vergeben die Chance einer politischen Bilanzierung. Der Beitrag aus Norden neigt dazu, die Bedeutung der Autorin für die Konstitution der lokalen Frauenbewegung zu überschätzen. Er zeigt aber deutlich, – wie auch der Beitrag zu Stadt und Landkreis Nienburg –, wie wichtig aktive Persönlichkeiten und engagierte Bündnispolitik und Öffentlichkeitsarbeit gerade in kleineren Städten sind.●

Bernd Hüttner

Karin Ehrich/Kornelia Krieger (Hg.): »Bin zur Frauengruppe! euer Liesel« Die Neue Frauenbewegung und ihre Impulse in Niedersachsen, Verlag Hoffmann und Hoyer, Kirchlinteln 2003, 194 S., 14 EUR

Protestbewegungen in Österreich

Robert Foltin stellt mit seinem Buch eine faktenreiche Geschichte der neuen sozialen Bewegungen in Österreich zur Verfügung. Parallel dazu nennt er die Ereignisse und Entwicklungen der *großen*, österreichischen und internationalen Politik – soweit sie Auswirkungen auf die Entstehung, das Wirken oder den Zerfall der verschiedenen sozialen Bewegungen in Österreich hatten. Mit Definitionsfragen hält Foltin, der ausdrücklich keine akademische Arbeit liefern will, sich sympathischerweise nicht lange auf, er begreift die neuen sozialen Bewegungen als Produkt und als Ursache der Krise des fordistischen Modells: Durch die Expansion des staatlichen Sektors (der in Österreich noch größer ist als in der BRD), die Krise der patriarchalen Kleinfamilie und eine allgemeine kulturelle Liberalisierung wurden die Bedingungen für abweichende Lebensstile und Politikmodelle besser.

Foltins Blickwinkel wird dabei von seinem fast 30 Jahre währenden Aktivismus in der undogmatischen radikalen Linken geprägt. Folglich nehmen gesellschaftliche Konflikte an denen diese Strömung der Linken aktiv(er) beteiligt war, einen größeren Raum ein, als andere. Foltin referiert »1968«, die kommunistischen Gruppen, die Entstehung von Kinderläden und die Kämpfe um Wohnhäuser und politisch-kulturelle Zentren. An anderen Auseinandersetzungen – außerhalb Wiens – etwa gegen das Atomkraftwerk in Zwentendorf oder das Wasserkraftwerk in Hainburg – beteiligen sich auch andere, gemäßigtere Strömungen. Das Buch hat auch eine gewisse geografische Schlagseite, finden doch die meisten der referierten Ereignisse in Wien statt, der Rest des Landes wird kaum berücksichtigt.

Die besonderen Bedingungen linker Politik in Österreich dürfen bei der Lektüre nie aus den Augen verloren werden: Die Arbeiterklasse ist noch mehr verstaatlicht als in Deutschland, es gibt eine absolut moskautreue Kommunistische Partei, die KPÖ, die Grünen sind nur in den ersten ein, zwei (und nicht wie die Grünen in der BRD, die ersten neun, zehn) Jahre links. Geschichtspolitische Kontroversen, etwa zur Vergangenheit des Bundespräsidenten Waldheim, spielen und spielten in der politischen Linken eine Rolle. Die Nationalideologie begreift Österreich, das ja lange weder in der NATO, noch in der Europäischen Union war, als erstes Opfer des Nationalsozialismus. So konnten unter dem Vorwand, man sei 1938 ja schließlich von Deutschland besetzt worden, die Zeit des aktiven und breiten nationalsozialistischen Mittuns erfolgreich »bewältigt« werden.

Breiten Raum nehmen die Proteste gegen die schwarz-blaue Regierung im Jahre 2000 und die sogenannte Globalisierungsbewegung ein. Diese begreift Foltin in Anlehnung an Negri/Hardt als Multitude und knüpft große Hoffnungen an sie, da durch diese beiden Bewegungen eine gewisse Neubegründung linker Politik in formaler und inhaltlicher Hinsicht passiert sei. Eine Chronologie sowie ein nützliches Literatur- und Zeitschriftenverzeichnis schließen den Band ab, der insgesamt als ein gelungener Überblick bewertet werden muss, der die LeserInnen in die teilweise fremd anmutende, teilweise allzu bekannte kleine Welt der linken Opposition in einer postfaschistischen Gesellschaft führt.●

Bernd Hüttner

Robert Foltin: Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich; Edition Grundrisse, Wien 2004, 352 S., 18 EUR, www.grundrisse.net

Geigerzähler: Dagegen!

Schon im Kindesalter wurde Pauls musikalische Begabung entdeckt und staatlich gefördert. Er musste Geige spielen lernen. Statt der Liebe zur klassischen Musik erwachte in ihm jedoch bald eine Vorliebe für den Punkrock – eine immer noch anhaltende Liebesbeziehung. Ein paar Jahre lang bearbeitete er bei der Friedrichshainer Punkband »Köterkacke« die Geige. Nachdem er damit bewiesen hatte, dass auch eine Geige mit Punkrock vereinbar ist, begann er auf Solopfaden unter dem Namen »Geigerzähler« zu wandeln.

Nach unzähligen (spontanen) Gigs in linken Kneipen und auch kürzlich in einer Arbeitsagentur anlässlich der Agenturschluss-Aktion hat er sich in der Berliner Scene einen Ruf erspielt, den er mit seinem in Eigenproduktion November 2004 herausgebrachten Debütalbum »Dagegen!« sicher festigen wird. Bereits vor zwei Jahren hat »Geigerzähler« einen Vorgeschmack auf sein musikalisches Schaffen mit einem Samplerbeitrag (Die »Linken« von heute) auf der Soli-CD der anarchosyndikalistischen FAU für die »International Solidarity Conference 2002« gegeben.

In einem ironisch-kritischen Stil greift Geigerzähler sowohl die typischen Marotten der linken und Punkrock-Subkultur (Punkerliebe, Stagnation, Sein wie sie) als auch tagesaktuelle Geschehnisse wie die Arbeitsmarktpolitik der rot-grünen Bundesregierung (Deine Firma, Ballade von der Senkung der Lohnkosten) auf. Es sind Themen wie Arbeitslosigkeit, linke Debatten, Plenastrukturen und die Nähe einiger Alt-Linker zur Esoterik, die ihn bewegen und ankotzen. Die Songs treffen zielgenau ins Schwarze, aber manchmal verfällt »Geigerzähler« leider auch in oberflächliche Äußerungen. *»Liebst du Sharon oder Arafat – Ich sag dir – du kannst mich mal«* (aus dem Song: Lasst mich in Ruhe).

Neben seinen eigenen Songs finden sich noch drei literarische Klassiker in seinem Repertoire (Erich Mühsam, Frank Wedekind, Kurt Tucholsky) und ein paar Coverversionen (»Fluchtweg«: Black Riding Underground, »Köterkacke«: Truppen von morgen).

Trotz kleinerer Schwächen ist ein nettes Album für Menschen aus dem linken und anarchistischem Spektrum dabei herausgekommen. »Geigerzähler« kommentiert gekonnt auf eine ironisch-witzige Weise jenseits von studentisch-linken Terminologien die Zustände der Gesellschaft und der Szene.●

Chaos Maurice Schuhmann für LPA

CD im Eigenvertrieb, 5 EUR
Kontakt / Bestellung: hundekot@gmx.net

Peripherie und globalisierter Kapitalismus

Mit diesem Sammelband kritischer Reflexionen zur Geschichte und Gegenwart von Entwicklungsdenken, Entwicklungspolitik und emanzipatorischen Sichtweisen auf die internationalen Beziehungen zwischen Staaten, zwischen Institutionen, zwischen Gruppen und den Menschen selbst erfolgt offensichtlich ein Versuch, die Debatte um einen progressiven Internationalismus neu voranzutreiben. Etliche der Kapitel sind klar und deutlich formuliert – allein der einführende Beitrag über die Begrifflichkeit und dahinterstehende Logik von Entwicklung zeigt, wie wichtig eine solche kritische Reflexion ist. Die weiteren Kapitel führen das aus. Leider fehlt die Kür, denn statt einer notwendigen Beleuchtung konkreter Handlungsspielräume verlieren sich die letzten Beiträge in Wiederholungen altbekannter marxistischer Positionen. Das ist schade, denn die kritischen Texte des Buches werden sicherlich von den meisten AkteurInnen in NGOs usw. mitgetragen ohne jegliche selbstkritische Ebene, dass die Praxis allzu häufig genau so aussieht, wie es im Buch richtig kritisiert wird.●

Jörg Bergstedt

Gerlach, Olaf u.a.: Peripherie und globalisierter Kapitalismus, 2004, Brandes & Apsel in Frankfurt, 348 S., 25 EUR

Nach der Globalisierung

Sehr stark aus der Sicht von entwicklungspolitischen NGOs zieht der Autor ein Fazit bisheriger Nord-Süd-Politik und der Effekte neoliberaler Globalisierung. Die ersten Kapitel sind lesenswert als Einstieg in die Probleme und die sich weiter verschärfenden Reichtums- und Machtgefälle auf dem Globus. Doch schon hier deutet sich an vielen Stellen an, dass der Autor nur die Ausführung von Marktwirtschaft und demokratischem Rechtsstaat kritisiert, während er von besseren Regierungen, Weltinstitutionen und zum Teil sogar mehr zentraler Steuerung das Gute erhofft. »Dass Wachstum den Armen nützt, bestreiten die Globalisierungskritiker nicht«, vereinnahmt er die ganze Breite der Protestbewegung für eine bemerkenswert oberflächliche Analyse von Wachstumslogik. Widersprüche treten auf: So geißelt er die neoliberale Orientierung, wirbt aber gleichzeitig für das Kyoto-Protokoll, dass erstmals marktwirtschaftliche Mechanismen in die Luftverschmutzung einführt. Absurd scheint das abschließende Kapitel mit den entwicklungspolitischen Leitlinien der Arbeitsgemeinschaft von sechs großen Schweizer Hilfswerken. Hier wird die Agenda 21 hochgelobt – trotz deren neoliberaler Orientierung, rassistischer Klischees und der Werbung für Atom- und Gentechnik. Selbst Kriege sind akzeptiert, wenn sie nur dem Guten dienen. Insofern ist das Buch ein bemerkenswertes Beispiel für die analytische Verwirrung, die heute in den meisten NGOs dominiert – mangels eigener Ziele und einem emanzipatorischen Verständnis von globaler Politik.●

Jörg Bergstedt

Peter Niggli: Nach der Globalisierung, 2004, Rotpunkt in Zürich, 140 S., 11,50 EUR

Fast Food Gesellschaft

Eric Schlossers Reportage über die nordamerikanische Fertigessenindustrie ist seit einigen Sommern einer der absoluten Bestseller innerhalb der sozial interessierten Jugend der USA. Sie wissen genau: ohne die Bereitschaft der US-Amerikaner einen großen Teil ihres Einkommens für Fastfood auszugeben, wären die Schnellrestaurants nie zu dem Milliardengeschäft geworden, das sie heute sind.

Gemessen an der enormen Umweltbelastung, die die heutige Fertigessenkultur produziert, kamen die Erfinder der Fastfoodketten einst ebenso naiv wie unschuldig zu ihrem Geschäft: Carl Karcher etwa war ein deutschstämmiger Bauernjunge aus Ohio, den sein Onkel 1937 als Verkäufer in sein Saatgut- und Viehfuttergeschäft nach Kalifornien holte. Dort am Stadtrand von Los Angelos kaufte Carl zu Beginn des Autozeitalters an einem Highway-Zubringer ein Restaurant, eine Würstchenbude und gründete bald den ersten »Drive-In«. 1997 gehörte sein Unternehmen zu den vier größten Fastfoodketten der USA. – Ähnlich begannen die Brüder McDonald 1937 mit einem Drive-In-Geschäft, in dem drei Kellnerinnen Kochwurst verkauften. 1948 stellten sie um auf Papiergeschirr und Selbstbedienung: Beginn der Fließbandproduktion im Verpflegungswesen. Im gleichen Jahr gründete William Rosenberg für Arbeiter in Boston einen Doughnut-Verkaufsstand, woraus Dunkin'Donuts wurde. 1952 entstand bei Salt-Lake-City Kentucky-Fried-Chicken und ein Jahr später gründete Keith Cramer in Florida das erste Burger-King-Geschäft.

Seit 1973 sinken in den USA die Löhne, inflationsbereinigt sogar um 40%. Immer mehr Ehefrauen müssen mitverdienen, die langen Wege ins Vorortdomizil machen häusliches Kochen seither unmöglich. 1970 gaben die Amerikaner 6 Milliarden für Fastfood aus, im Jahr 2000 sind es bereits 110 Milliarden Dollar. Die US-Bürger lassen mehr Geld in Fastfoodläden als in Buch- und Musikläden, Kinos oder an Zeitungskiosken zusammen. Die entsprechenden Profite ließen mit den Fastfoodketten eine Lebensmittelindustrie groß werden, die die amerikanischen Landwirte zu abhängigen defacto-Lohnarbeitern machte, immer mehr Farmer in den Ruin drängt und eine umweltschädigende Agrarwirtschaft fördert. Zudem wurde die Fleischverarbeitung zu einem der gefährlichsten Berufe überhaupt. Die kaum eingearbeiteten Arbeiter, oft Analphabeten, die als Mittelamerikaner englische Warnhinweise nicht lesen können, schneiden sich beim Schlachten unter Hochdruck am Fließband nicht selten Finger und Gliedmaße ab, holen sich dabei schwere Krankheiten oder vergiften sich nachts beim Säubern der Schlachthäuser.

Auch den Konsumenten bekommt der Konkurrenzstress zwischen den nur noch 13 großen Life-Industrie-Betrieben nicht sonderlich. Täglich erkrankt einer von 100 Fastfood-Futterkrippen-Besuchern in den USA an einer Lebensmittelvergiftung, nicht selten mit Todesfolge. Ein extrem hoher Prozentsatz der Hackfleisch-Proben enthielten Mikroben, die durch Fäkalien verbreitet werden. »In Fleisch steckt Scheiße.« sagt Eric Schlosser drastisch. (S.280) Es handelt sich um neue Krankheitserreger, Coli-Bakterien, wie z.B. das Bakterium E. coli 0157:H7 die man – ähnlich dem HIV-Virus – noch kaum kennt. 1993 starben in Seattle vor allem Kinder an blutigem Durchfall durch dieses Bakterium – Folge des Verzehrs von Fleischklöpsen aus Fastfood-Etablissements.

Zwar kommen Coli-Bakterien im menschlichen Verdauungstrakt in großen Mengen vor und sind für unsere Verdauung unabdingbar. Aber das fragliche E.coli-0157:H7 Bakterium scheint ein entgleistes Bakterium zu sein, eine Mutation, die ein starkes Gift ausscheiden kann: das Verotoxin oder Shiga-Toxin.

Hauptursache dieser neuen Krankheit ist die Massentierhaltung in den so genannten »feedlots«: Hier stehen hunderte von Rinderviechern dicht gedrängt, angekettet, zur Bewegungslosigkeit verurteilt buchstäblich in ihrer eigenen Scheiße. Sie bekommen schlechtes Wasser zu trinken und werden kaum gewartet. Überdies wurden sie – zumindest zum BSE-Jahr 1997 – zu guten Teilen als Abfallkübel mißbraucht. Die Rinder bekamen etwa die Abfälle aus Geflügelfabriken einschließlich von Sägespäne und alten Zeitungen, wie beispielsweise 1994 in Arkansas.

Da die Fleischindustrie die Wahlkämpfe der Republikanischen Kongreßabgeordneten finanziert, konnte sie bisher größere Schadensersatzanforderungen stets erfolgreich abwehren... Kurzum: ein lesenswertes Buch über die kruden Machenschaften einer aus dem Ruder gelaufenen Großindustrie.●

Elisabeth Meyer-Renschhausen

Eric Schlosser: Fast Food Gesellschaft – Die dunkle Seite von McFood & Co., Riemann: München 2002, 23,90 EUR

Handbuch Samengärtnerei

Noch vor einem halben Jahrhundert war das über Generationen zusammengetragene Wissen um Erhaltung und Auslese im Gemüsebau bei der Landbevölkerung weit verbreitet. Entsprechende Bücher hatten hohe Auflagen. Eines der letzten Bücher zum Gemüse-Samenbau, das auf dem deutschen Markt erschien, ist das Buch von Karl Reichelt: Der Gemüsesamenbau im landwirtschaftlichen Betrieb aus dem Jahr 1946. Danach war das Thema der Samengewinnung für den Buchmarkt nicht mehr interessant. Das Wissen über Vermehrung und Auslese wurde zum Spezialwissen einiger weniger Züchterinnen und Züchter, die in der Sortenzüchtung angewandten Methoden zu Firmengeheimnissen.

Ingeborg Haensel – Autodidaktin und eine der Vorreiterinnen in der Erhaltung und Auslese von Gemüsesorten – hatte im Jahr 1974 das Büchlein von Karl Reichelt bestellt, um die Grundlagen der Saatgutvermehrung zu erlernen. Der Verlag sandte ihr das Buch mit folgendem Schreiben zu: »Sehr geehrte Frau Haensel, wir danken für Ihre Karte vom 11.8.1974 und übersenden Ihnen kostenlos unser letztes Exemplar (sog. Ladenhüter) »Der Gemüsesamenbau«. Mit freundlichen Grüßen C.V. Engelhard & Co.« Dieses Exemplar wanderte dann jahrelang als Kopiervorlage von einem Samengärtner zum nächsten. Drei Jahrzehnte später gibt es nun das Handbuch Samengärtnerei, überzeugend ausgestaltet mit traumhaft schönen Bildern.

Zum Aufbau des Buches:

Vorneweg auf 40 Seiten das kleine Einmaleins des Gemüse-Samenbaus.

Dann, botanisch nach »Familien« geordnet, folgen die einzelnen Gemüse. Und zu jedem Gemüse nebst Bildern die Kapitel: zur Samengewinnung nötige Zutaten, Beschreibung des Gemüses, Bestäubungsbiologie, Samenbau und Samenernte, Pflanzen-Krankheiten und -Schädlinge, Sortenmerkmale und Auslesekriterien, Kultur- und Züchtungsgeschichte.

Im Anhang finden sich: Organisationen, welche die Kulturpflanzenvielfalt erhalten / Biologisches Saatgut – Züchtung, Vermehrung und Handel / Handel mit biologischem Saatgut / Organisationen, die sich politisch für Kulturpflanzen-Vielfalt engagieren / Informationen über ökologisches Saatgut im Internet / Informationen und Untersuchungen zur Pflanzengesundheit / Schaugärten / Zubehör für die Saatgutgewinnung / Bestäuber-Insekten / Gärtnereibedarf (Kulturschutzgitter, Abdeck- Vlies, Rankgitter u.a.) / Bezug von und Information zu biologisch-dynamischen Präparaten / verwendete und weiterführende Literatur / Erklärung von Fachbegriffen / Stichwortverzeichnis.

Das Wissen zur Saatgutvermehrung ist die Grundlage der Sortenerhaltung schlechthin. Dieses Buch vermittelt die dazu nötige Fachkunde kompakt und übersichtlich. Es versteht sich auch als Wegweiser zur weiteren Entwicklung der Kulturpflanzenvielfalt.

Im Buch zusammengefasst sind die jahrelangen Erfahrungen von Arche Noah und Spezie Rara. Dazu kommen spezielle Erfahrungen zu einzelnen Kulturpflanzen vom Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzen-Vielfalt und dem Verein Dreschflegel haben die Texte zu den einzelnen Kulturpflanzen um die Erfahrungen aus ihren Gärten ergänzt. Das Handbuch Samengärtnerei soll Lust machen, Saatgutvermehrung und Züchtung in eigenen Gärten selber zu versuchen. Es gibt klare, praktikable Anleitungen für AnfängerInnen ebenso wie für Erfahrene.●

Siehe auch unseren Beitrag in dieser Ausgabe S. 4.

Handbuch Samengärtnerei. Sorten erhalten, Vielfalt vermehren, Gemüse genießen. Andrea Heistinger, Arche Noah, Pro Spezie Rara (Hrsg.) 416 Seiten, 250 Abb., fest gebunden Loewenzahn Verlag 2004. 39 EUR, SFr 67.50, ISBN 3-7066-2352-8

PROJEKTE

Ein kommunitäres Projekt wär schön!
Nach dem Motto: bauen-wohnen-arbeiten: leben
Wir, m 51 und w 48 suchen MitmacherInnen für ein gemeinsam weiter zu gestaltendes Ganzes. Bieten schon mal Wohnen und Selbstversorgung, Backofen, Offenstall, Folienhaus, Holzwerkstatt, Obst- und Gemüseanbau, Alternativ-Laden, Kinderbetreuung, weiter ausbauen und renovieren nach Bedarf, gerne an ALG II-Betroffene wie uns.
Ziel: gemeinnütziges kreatives Selbsthilfeprojekt
24 km nordöstlich von Osnabrück genau zwischen Münster und Bremen liegen zwei Häuser, 6 km voneinander entfernt. Beide sind etwas über hundert Jahre alt und haben **A** 20x12 und **B** 18x12qm Grundfläche, ansonsten noch jedes ein kleineres Scheunengebäude.
Haus A ist einst gewerblich (als Bäckerei und Lebensmittelladen mit Schankwirtschaft) genutzt worden. Es liegt dafür verkehrsgünstig an einer Bundesstraße. Viel Verkehr aber ein Restgartengrundstück von 900qm zur Erholung, vorne ein Parkplatz. Es hat eine fertige 95 qm Wohnung im Obergeschoss, noch weitere Ausbaukapazität. Ehemalige Gewerbeflächen sind zum Teil renoviert. Ofenheizung.
Haus B liegt an der Bahnstrecke, ansonsten aber ganz nett im Grünen. Es ist landwirtschaftliches Gebäude mit 900qm Garten und 0,8ha dazugepachtetem Land (Weide und »interkultureller« Acker) direkt daneben. Haus mit 125qm fertiger Wohnung, Zentralheizung (+Öfen möglich) und noch eine dreiviertel fertige dann bewohnbare Fläche von ca. 100qm, davon größere Diele. Ausbaukapazität außerdem. Scheune hat einen Offenstall mit Reitplatz, Tierhaltung möglich aber nur in kleinem Rahmen.
Betroffen von Hartz IV verkleinern wir uns wohnungsmäßig und suchen MitmacherInnen, mit denen wir alles zu einem Projekt verbinden können, das einmal möglichst selbstbestimmte Arbeits- und Wohnmöglichkeiten schafft.
Haus C wäre dann noch ein leerstehender Hof in nächster Nähe zu **B** mit ca. 1,5ha Weide angrenzend (evtl. mehr im Ort) ganz günstig zu pachten (oder kaufen). Dort ist satt Platz für bio-bäuerlichen Bedarf. Das Dach ist sehr ok. Allerdings sonst noch im Urzustand zum Komplettrenovieren. Hallen- u. Freibad sind genau nebenan! MitmacherInnen, die einen kleinen Traktor, ein 2. Pony, eine Motorsäge, eine Tischlerfräse, einen Bauwagen oder/und viel Optimismus mitbringen: klasse
✆(0 54 72) 21 27 oder
buntervogel@gmx.net

Ahoi, wir sind eine Familie mit 3 kleinen Kindern und suchen eine bunte Kommune (links-alternativ) in Süddeutschland. Grün drum herum wäre schön.
✆(0 79 51) 27 92 10

ESPERO
Forum für eine libertäre Gesellschaft
Literatur für eine freie und solidarische Welt
Lysander Spooner
Die Verfassung besitzt keine Autorität
62 Seiten, 5 Euro
Dr. Ulrich Klemm
Francisco Ferrer. Ein libertärer Schulreformer
30 Seiten, 5 Euro
Uwe Times
Gesammelte Schriften von 1955 - 2002
288 Seiten, 18,50 Euro
http: /www. alibro.de

Z Zeitschrift Marxistische Erneuerung
16. Jahrgang, Nr. 61, März 2005, 224 Seiten
Kampfplatz Betrieb – Anpassung oder Widerstand?
Doppe – Widerstand, soziale Bewegungen und Gewerkschaften im Kapitalismus der Gegenwart / Mayer – Arbeitskampf bei Siemens / Düe – Autoindustrie: Reagieren oder agieren? / Krull – VW: Wie weiter nach den „fetten" Jahren? / Dörhöfer – Gewerkschaften in der Informations- und Telekommunikationsindustrie
Wohin treiben die USA?
Bader – Neokonservatismus, Think Tanks und New Imperialism / Barrow – Der amerikanische Kulturkampf
Marx-Engels-Forschung
Kopf – „Das Kapital" Bd. III in der MEGA / Hecker – Engels Umgang mit Marx' Manuskripten zum zweiten Band des „Kapital"
Und: Peter – Fortschritt oder Rückschritt? / Braun – Ansatzpunkte emanzipatorischen Handelns (II) / Peters – Der chinesische Transformationsprozess
Sowie: Berichte, Buchbesprechungen
Z Einzelpreis: 9,50 Euro (zzgl. Vers.); im Abo: 32,- Euro; Auslandsabo 38,- Euro (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Abo zu reduz. Preis (Studenten usw. gegen Nachweis): Euro 25,-. Ausland: Euro 32,-. Bezug: über E-mail, Buchhandel (ISSN: 0940-0648) oder direkt:
Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt / M.-Tel./Fax 069 / 53 05 44 06
www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail: redaktion@zme-net.de

graswurzel revolution

Zeitung für linke Debatte und Praxis
ak testen: 3 für 5 €
Infos + Bestellungen: www.akweb.de

○ Bücher ○ Videos ○ CD-Rom
WWW.J5A.net
[internet]versand
j5A - just 5 Argumente:
zukunftsfähig, engagiert, parteilich, überzeugend, wirksam
[angeklickt + bestellt]
Postfach 15 01 61
40078 Düsseldorf
eMail info@j5A.net

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT
PF 102062 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 885006 Fax 821116
express-ofp@t-online.de
In akt. Ausgabe (2/05) u.a.:
- Michael Schöfer: »Biedermänner und Brandstifter im Glashaus«, zum neuerlichen (Neo-)Nazismus-Diskurs
- Anton Kobel: »Streik und Boykott«, Kunden und Beschäftigte – Gemeinsam erreichen wir mehr
- HL: »Führungsschwäche?«, Anmerkungen zur Tarifrunde im Öffentlichen Dienst
- Joachim Hirsch: »Was ist eigentlich deutsch an der Deutschen Bank«, eine Globalisierungsfarce
- »An den Grenzen des Tarifvertrags«, Gespräch mit Werner Sauerborn und Bernd Riexinger
- Michael Quetting: »Kopf hoch«, Kommentar zum Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst
- bahn von unten: »Fahrplanänderung durch Weichenumstellung«, Basis will Bahn-Abschluss nicht
- Hans-Gerd Öfinger: »Tarifflucht verhindert – Prost!«, erfolg. Streik bei Mannheimer Eichbaum-Brauerei
- Wolfgang Schaumberg: »Bekenntnishafte Leerformeln«, über den Oktober-Streik bei Opel und die radikale Linke

○ Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 10 Euro (ggf. Vk.)

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

jW- FESTLESEWOCHEN
junge Welt
Millionen im A...
3 Wochen gratis*
Es gibt sie, die Alternative zu bürgerlichen Printmedien:
Die parteiunabhängige marxistische Tageszeitung junge Welt. Vor zehn Jahren wurde ihr Erscheinen eingestellt. Nach acht Tagen gelang es, die jW wieder herauszugeben – in Eigenregie der Belegschaft. Zur ökonomischen Unterstützung wurde damals die Genossenschaft LPG junge Welt e.G. gegründet, die mitterweile Herausgeberin und Mehrheitseigentümerin der Zeitung ist. Gute Anlässe, ihnen völlig unverbindlich ein dreiwöchiges Testabo zu schenken. Das endet automatisch, also ohne daß Sie es abbestellen oder kündigen müssen. Bezahlt wird Ihr Testabo von den Leserinnen und Lesern der jungen Welt. Allerdings: Danach hätten wir einige Fragen an Sie. So wüßten wir gerne, was Ihnen an der jungen Welt gefallen hat und was nicht. Und ob Sie sich vorstellen können, die junge Welt zu abonnieren. In den drei Festlesewochen werden Sie eine Reihe guter Gründe dafür erfahren. Denn wir wollen Sie nicht mit einem schicken Staubsauger oder einer tollen Kaffeemaschine überzeugen, sondern mit diesem dreiwöchigen Testabo einer gut gemachten, unverwechselbaren linken Tageszeitung.
* Das Angebot gilt nur bis zum 18. Juni 2005 und nur im Inland (BRD)
○ **Ja, ich will die Tageszeitung junge Welt für drei Wochen testen. Das Testabo endet automatisch.**
Telefon
Vorname
Name
E-Mail
Straße, Hausnummer
Postleitzahl, Ort
◆ Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Str. 33, 10178 Berlin, oder faxen an die Nummer 0 30/53 63 55-44
◆ Bitte beachten Sie, daß eine optimale Bearbeitung nur dann möglich ist, wenn Ihre E-Mail-Adresse bzw. Telefonnummer vollständig und korrekt eingegeben sind. Wir garantieren, daß die Daten nur zu diesem Zweck genutzt werden.
Weitere Informations- und Bestellmöglichkeiten:
◆ www.jungewelt.de
◆ 0 30/53 63 55-80

ROBERT FOLTIN
UND WIR BEWEGEN UNS DOCH
SOZIALE BEWEGUNGEN IN ÖSTERREICH
EDITION GRUNDRISSE | BEWEGUNG OE, WIEN 2004
354 SEITEN, 18 EURO
ISBN 3-9501925-0-6
BESTELLUNGEN AN: EDITION.GRUNDRISSE@GMX.NET
WWW.GRUNDRISSE.NET, WWW.ANARCHISMUS.AT

... und noch mehr antworten zu: grundeinkommen, kriegskommunismus, soziale bewegungen in slowenien, globalisierungskritik & „struktureller antisemitismus", ökosozialismus findet ihr in der # 13.
www.grundrisse.net. probenummer: grundrisse@gmx.net
grundrisse
zeitschrift für linke theorie & debatte. wien

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
✆ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über die CONTRASTE-Endredaktion. Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Endredaktion. Kontakt:
contraste@t-online.de

Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch nach Möglichkeit per E-Mail: contraste@t-online.de

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dieses per E-Mail kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den einmal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ✆ (03 51) 802 99 23, **E-Mail: info@abfallgut.de; 06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ✆ (03 46 91) 5 24 35, **E-Mail:** richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ✆ (0 30) 612 38 27, **E-Mail:** ricabuch@acor.de, Internet: www.ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ✆ (0 30) 216 91 05, **E-Mail:** post@elisabeth-voss.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ✆ (038305) 6 00 13, **Fax 6 00 14, E-Mail:** kuema-ostseh-redaktions bureau@t-online.de, **Internet:** www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ✆ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail:** hilmarkunath@web.de; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ✆ (04 21) 557 90 56, **E-Mail:** bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ✆(04205) 77 99 66, **Fax** 77 99 65, **E-Mail:** torkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ✆ (0551) 488 62 27, **E-Mail:** k.f.boehne@web.de; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück**, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ✆ (05402) 73 73, **E-Mail:** packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ✆ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, **Fax 640 31 98, E-Mail:** h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ✆ (0221) 31 57 83, **E-Mail:** arianedettloff@ina-koeln.org; **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, netz Hessen, c/o Cavallaro, Gabelsberger Str. 32, ✆ (069) 670 62 71 **E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, ✆ (06221) 16 24 67; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ✆ (06272) 36 48, **Fax** 35 59, **E-Mail:** stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Im Esper 22, ✆ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail:** peter.streiff@netz-bund.de; **Portugal:** Kurt Regenauer, Dieter Poschen, ✆ 00351-289 793 560, **E-Mail:** contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ✆ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, **E-Mail:** genossenschaft@t-online.de; **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ✆**Fax (06 21) 30 38 13; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, **E-Mail:** leh@zorrow.de **und 27321 Thedinhausen**, Uwe Ciesla, Finkenburg, **E-Mail: finkenburg@verden-info.de; Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ✆(06401) 90 32 83, **Fax 90 32 85, E-Mail:** projektwerkstatt@apg.lahn.de; **Selbstorganisation im Alltag, 35037 Marburg**, Marc, Wannkopfstr. 13, **E-Mail:** the.element@gmx.de, Espi, **E-Mail:** piratenutopie@uni.de; **Fairkehr, Lothar Galow-Bergemann**, ✆(0711) 560294, **E-Mail:** Galow-Bergemann@t-online.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ✆ (06221) 16 24 67; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
✆ (06221) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@t-online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt. Wir richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, die Kommune Niederkaufungen kennen zu lernen und sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen wollen.
Termin: 22.-24.4.2005
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de

LOS GEHT'S 2005

Kapitalismus überwinden, selbstbestimmt leben, Gemeinschaften gründen
Diese Gesellschaft braucht Alternativen. Gemeinschafts-Interessierte treffen Gleichgesinnte zum Austausch und zur Initiierung neuer Gruppen. Bestehende Gemeinschaften stellen sich vor und beantworten Fragen zu ihrer Praxis.
Vom 13. bis 18. Mai 2005 findet in der Kommune Waltershausen das Los geht's 2005 statt, Mitveranstalter: Villa Lokomuna und die Kommune Niederkaufungen.
Information & Anmeldung:
Kommune Niederkaufungen
Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 8 00 70
www.losgehts2005.de

28. BUKO

Von innerer und äußerer Landnahme
Umkämpfte Räume:
Arbeit – Biopolitik – Kolonialismus
Internationalismuskongress zum Thema innere und äußere Landnahme. Vom 5. bis zum 8. Mai findet der 28. Kongress der Buko in Hamburg statt.
Weitere Infos, Anmeldemöglichkeiten und das Programm des Kongresses sind zu finden unter www.buko.info und in der Beilage zum Kongress in dieser CONTRASTE.

AG SPAK

Neue Genossenschaftsformen – Entwicklungsstand und Gestaltungsbedarf
Auf dem Wochenendseminar werden neue Genossenschaftstypen (Multistakeholdergenossenschaften, Sozialgenossenschaften, Selbsthilfegenossenschaften usw.) in parallelen Arbeitsgruppen vertiefend behandelt. Es geht um fünf verschiedene neue Genossenschaftstypen, die erst noch einer Umsetzung harren oder noch zusätzlichen Gestaltungsbedarf haben. Die TeilnehmerInnen sollen sich in Arbeitsgruppen an der Weiterentwicklung der vorgestellten Ideen beteiligen. Eingeführt wird die Tagung mit einer vergleichenden Betrachtung der Genossenschaftsgründungswelle am Ende der achtziger Jahre mit der heutigen Situation.
Weitere Informationen:
www.innova-eg.de
Termin: 17.-19.6.2005 in Ilmenau

Anleitung zum Mächtigsein
Wie gelingt es, mächtige bürgerschaftliche Organisationen aufbauen und zu erhalten? Was können wir vom Community Organizing (CO) lernen?
Welche Art von Macht organisiert CO? Die Fähigkeit zum gemeinsamen Handeln!
Was ist einzigartig am CO, was unterscheidet es fundamental von Bürgerinitiativen?
Über den Umgang mit privaten und öffentlichen Beziehungen und dem Selbstinteresse.
Wie werden organisierte Menschen und organisiertes Geld zum lokalen Machtfaktor?
4-Augen-Gespräche und Beziehungskultur in der Organisation, die »Geheimwaffe« des CO.
Strategie und Taktiken in der Auseinandersetzung.
in Kooperation mit foco e.V.
(www.fo-co.info)
Termin: 20.-22.5.2005
Wasserburg/ Bodensee

»Arbeit, Arbeit, Arbeit« Forumtheater-Workshop
mit Fritz Letsch, Theaterpädagoge
Mit den bewusstseinsbildenden Methoden des Theater der Unterdrückten nach Augusto Boal wollen wir entlang der Thematik der schlecht verteilten und mythologisch beladenen Arbeit als Dilemma unserer Kultur arbeiten. »Arbeit, Arbeit, Arbeit« wirkt wie Knechtschaft und Überlastung, bei gleichzeitigem Bewusstsein des Leerlaufs und der Stagnation im Land. Wenn nur 5% der Angestellten mit ihrer Arbeit glücklich sind, könnte sich im Land doch etwas ändern? Aber sie fassen noch fester an die Schaufel, die ihnen weggenommen werden könnte.
Welche Mythen halten die alten autoritären Strukturen fest, wo sind die Veränderungsansätze moderner Unternehmensführung und Selbstorganisation? Wir erarbeiten die generativen Themen der Beteiligten, um zu Szenen der Veränderung zu kommen. Diese untersuchen wir nach Energiepunkten für Veränderung und nach Beteiligungsmöglichkeiten des Publikums.
Gemeinsam wird die Dokumentation des Erlebten zusammen mit vorhandenen Materialien zu einer eigenen Arbeitsgrundlage gestaltet.
(siehe http://fritz-letsch.de)
Termin: 10.-12.6.2005
Wasserburg/ Bodensee

Entdecke den Clown in dir
mit Elke Maria Riedmann
Humor wird inzwischen als Therapie im Krankenhaus eingesetzt. Doch auch Führungskräfte in sozialen Einrichtungen und in der Wirtschaft nutzen Clownsseminare als Möglichkeit, neue Fähigkeiten der (Selbst-)Wahrnehmung und Führung zu trainieren.
Mit was wir uns an diesem Wochenende »beschäftigen«: Gefühle – Gefühle kennt jeder – kann sich jeder hineinfühlen – in ein »Traurigsein« – in ein »Fröhlichsein« – in ein »Beleidigtsein« oder »Gekränktsein« – ein »Angsthaben« – umso echter die Gefühle gespielt oder ausgedrückt werden, ... umso schöner ist die Figur, der Clown ... sich blamieren ... kann man üben und lernen bis es Spaß macht. Schwächen zeigen ... mit einer reifen Ehrlichkeit. »So dumm bin ich« und mit »Mut zur Hässlichkeit« ... (was zum Beispiel Kleidung betrifft) ... übertreiben ... bis ins Lächerliche.
Termin: 24.-26.6.2005
Wasserburg/ Bodensee
Information & Anmeldung:
agspak, Dieter Koschek, Dorfstr. 25,
88142 Wasserburg/Bodensee
☎/Fax (0 83 82) 8 90 56
E-Mail: agspak@t-online.de
Web: www.agspak.de

WIENER KONGRESS

Bewegung findet statt
Von 11.-17. Mai 2005 soll Wien zum Ausgangspunkt einer Neuordnung Europas werden. Eine Neuordnung, die sich an den Interessen und Bedürfnissen der Menschen – also vor allem auch unseren – orientiert und nicht einer kapitalistischen Verwertungslogik unterliegt.
Die Idee ist ein Kongress mit internationaler Beteiligung zu aktuellen linksradikalen Auseinandersetzungen. Während des Kongresses sollen überall in Wien dezentral verschiedene politische und kulturelle Veranstaltungen und Aktionen stattfinden – auf Grundlage antiautoritärer nichthierarchischer Strukturen.
Aktueller Anlass ist für uns der drohende Verlust linker und selbstorganisierter Infrastruktur in Wien. So wurde das EKH, das einzige autonome Zentrum in Österreich von der früheren Eigentümerin, der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) an rechtsextreme Spekulanten verkauft, das selbstorganisierte Studierendenbeisl TÜWI steht vor dem Aus, zahlreiche weitere Projekte und linke Initiativen sind durch den Verlust von Räumen und einen zunehmenden gesellschaftlichen Rechtsruck bedroht.

Do it Yourself ...
... meint nicht: Dass alles von selbst geht.
... meint: Dass so viel wie möglich von Einzelnen autonom und selbstständig durchgeführt wird. Für den Wiener Kongress gefragt sind Selbstorganisation und Kreativität der TeilnehmerInnen, um vorhandene Räume zu füllen und neu/e zu besetzten. Die Palette der geplanten und möglichen Themen ist groß: Unterdrückung (Kontrollwahn, Kriminalisierung, Rechtshilfe, nichtkommerzielle Kulturveranstaltungen), Häuserkampf (Autonome Zentren, Geschichte, aktuelle und vergangene Kämpfe, aktueller Stand, Erfahrungen, Perspektiven und gesetzliche Grundlagen), Medien und Kommunikation (Unterdrückung im Netz, sicherer Datentransfer, Zeitungsworkshop), Indymedia (ein IMC soll helfen, den Kongress zu dokumentieren), Faschismus/Antifaschismus, (Theorie und Praxis, Faschismustheorien), Migration und staatliche Rassismen (Schubhaft, europäischer Festungsbau, Antirassistische Perspektiven, Rassismus und Drogen), Selbstorganisation von MigrantInnen, Antikapitalistische Bewegungen (z.B. G8 von Genua bis Schottland, Kriminalisierung und Perspektiven), Aneignung, Imperialismus, Antisemitismus in der Linken, Anarchismus, Feministische Theorie, »Familien«politik, eine Frauentagung, Drogenpolitik, DIY (das Konzept selbst steht zur Diskussion), Arbeitskampf, Tierbefreiung, Klassenkampf von oben und von unten, Entnazifizierung in Österreich, (politische) Situation in Osteuropa, Krieg und Frieden, Food not Bombs, Musik, Bands, Freeparties usw.
Die Themen sind nicht ausschließend und können nach Belieben erweitert und verändert werden. Um die Planung für Interessierte sichtbar zu machen, sollten kurze Präsentationen der Inhalte auf der Kongresshomepage veröffentlicht werden (Vorschläge an wienerkongress@gmx.net mailen). Es wird Räume geben, die mit Inhalten und Veranstaltungen gefüllt werden können, bevorzugt wird jedoch auch hier so weit wie mögliche Selbstorganisation – wobei eine Koordination des zeitlichen Ablaufes in der Vorbereitung u.a. im Rahmen der offenen Treffen den Ablauf erleichtern soll. Benötigt werden neben inhaltlichen Inputs: interessierte TeilnehmerInnen, finanzielle Unterstützung und Bereitstellung diverser Ressourcen, Bewerbung des Kongresses (pdfs zur Vervielfältigung auf der Homepage), ÜbersetzerInnen, Räume & (Not)Schlafstellen, Vokü̈s usw.
Vorläufiger Zeitplan: Ab Mittwoch, 11. Mai 2005 wird es einen/mehrere Infopunkte geben, als Anlaufstelle für von auswärts Anreisende, Vergabe von Schlafplätzen usw. Dort besteht auch die Möglichkeit, Informationsmaterialien aufzulegen oder autonom organisierte Veranstaltungen bekannt zu machen. Von Donnerstag bis Sonntag werden Diskussionen, Vorträge und Workshops stattfinden. Die Inhalte sollen mittels unabhängiger und im Zuge des Kongresses produzierter Medien und diverse Aktionen an die Öffentlichkeit gebracht werden. Am Freitag, dem 13. ist traditioneller Weise der Tag des zivilen Ungehorsams (siehe www.f13.at). Für Sonntag, den 15. Mai ist eine Großdemo unter dem Motto »Eat the Rich« geplant. Am Montag und Dienstag sollen weitere Aktionen und Demos stattfinden, die sich z.B. gegen Gefängnisse und Kirche richten könnten. Während der Kongresstage wird ein Vielfältiges Programm mit Konzerten, Ausstellungen, Straßenfesten, Infocafes, Lesungen und vielem mehr für einen entsprechenden kulturellen Rahmen sorgen. Überall ist Raum zur Vernetzung, zum Austausch und zum Kennen lernen.
Weitere Informationen:
http://wienerkongress.info
Kontakt: wienerkongress@gmx.net

SOMMERAKADEMIE

»Global – Regional – Lokal – Zwischen Konkurrenz und Kooperation«
Bereits zum vierten Mal veranstaltet Attac Österreich die Sommerakademie. Attac Österreich ist eine junge NGO und Teil einer internationalen globalisierungskritischen Bewegung. Nähere Infos sind zu finden unter www.attac.at.
Die Attac-Sommerakademie steht allen Interessierten offen, die zentralen Ziele sind Weiterbildung und Vernetzung. Plenarreferate und -diskussionen sollen die Wissensbasis verbreitern, Workshops bieten zusätzlich Raum für Fragen, Diskussionen und Kreativität. Das Rahmenprogramm sorgt dafür, dass soziale Komponenten und Spaß nicht zu kurz kommen. Veranstaltungsort wird Ebensee in Oberösterreich sein, der genaue Termin ist der **13. bis 17.7.2005**.

STIFTUNG SALECINA

Frauen-Geschichte(n)
Wegbereiterinnen der Frauenbewegung mit Gisela Notz, Sozialwissenschaftlerin und Historikerin, Bonn und Marlies Leibitzki, Theaterpädagogin, Bielefeld.
Anhand von ausgewählten Frauenbiografien wollen wir den TeilnehmerInnen, die Zeit zwischen dem Beginn der Industrialisierung und den (frauen)bewegten 1970er Jahren näher bringen. Nach einer Zeitreise werden fünf Frauen aus verschiedenen (Frauen)bewegungen in Text und Bild vorgestellt:
Flora Tristan (1803-1844),
Rosa Luxemburg (1870-1919),
Jeanette Wolff (1888-1976),
Klara Marie Fassbinder (1890-1974),
Amalie Pinkus-De Sassi (1910-1996).
Theaterpädagogische spielerische Methoden ergänzen die historischen Vorträge. Ausgehend von den Biografien werden wir kleine Szenen entwickeln und die Geschichte(n) der Frauen in die Gegenwart holen.
Eingeladen sind interessierte Frauen und Männer aller Altersgruppen. Vorkenntnisse im Theaterspiel sind absolut nicht erforderlich.
Termin: 3. bis 10.9.2005
Das Seminar kostet für die ganze Woche alles inclusive CHF 250,--
Information & Anmeldung:
Stiftung Salecina. CH-7516 Maloja
☎0041-81-824 32 39
E-Mail: info@salecina.ch
Web: www.salecina.ch

JUNGE LINKE

Aufstand der Zeichen?
Seminar zu Postmoderne und Politik
In den späten sechziger Jahren entstand in Frankreich eine philosophische Richtung, die inzwischen unter dem Label Postmoderne oder Poststrukturalismus Furore gemacht hat. Im Namen des Vielfältigen, Unabgeschlossenen trat man gegen das philosophische Erbe der Aufklärung an – egal, ob dieses im staatstragenden oder marxistischen Gewande daherkam. Dieser antitotalitäre radical chic übt bis heute eine erhebliche Anziehungskraft auf Teile der Linken aus, fasziniert hornbrillentragende Kulturwissenschaftsstudenten wie Globalisierungsgegner gleichermaßen und eröffnet scheinbar das Feld für eine Menge neuer, phantasievoller und irgendwie sexy daherkommender Politikformen.
Um zu klären, wie ein solches Politikverständnis mit dem aufklärungskritischen Programm der radikalen Immanenz zusammenhängt, wollen wir auf diesem Wochenendseminar versuchen, anhand der gemeinsamen Lektüre von Grundlagentexten (Lyotard, Foucault) zu erarbeiten, welches Verständnis von Geschichte und Gesellschaft der Postmoderne zugrunde liegt. Dabei wollen wir insbesondere der Frage nachgehen, inwieweit durch politische Strategien, die sich nur auf der Ebene symbolischer Formen bewegen, überhaupt eine grundlegende Gesellschaftskritik geübt werden kann. Ein Reader wird vor dem Seminar verschickt.
Termin: 20.-22.5.2005, Hannover
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29, D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de

Israel-Seminar
Der Staat Israel. Konsequenz aus dem deutschen Vernichtungskrieg und zahlreichen Progromen. Auf diesem Seminar wird es um die Geschichte des Staates Israel gehen, um Antisemitismus, Antizionismus und um die deutsche Öffentlichkeit und deren Darstellungen, des »Judenstaates«. Ein Aspekt wird auf den Debatten über Israel, speziell innerhalb der deutschen Linken liegen, wo sich unversöhnliche Positionen gegenüberstehen.
Termin: 11.-13.6.2005
Information & Anmeldung:
JD/JL BB, Stahnsdorfer Str. 100, D-14482 Potsdam
☎(03 31) 704 93 63
E-Mail: post@jdjl-brandenburg.de

MEDIEN

Computerwissen für die politische Arbeit
Wer heute politisch arbeitet, braucht spezielle Computerkenntnisse. Diese Seminarreihe (an 2 Tagen, jeweils von 10-16 Uhr) ist speziell für politisch Aktive konzipiert. In praktischen Übungen am PC kann das erworbene Wissen sofort umgesetzt werden.

Webseiten bauen mit HTML
Politische Arbeit online: Hyper Text Markup Language (HTML) heißt die Sprache zum Gestalten der Webseiten. Sie lernen die HTML-Grundlagen kennen: Wie zeichnet man Text aus, wie bindet man ein Foto ein? Wie gestalte ich Seiten, damit sie angenehm lesbar sind? Welche Hilfsmittel wie etwa »Phase 5« gibt es? Sie lernen, worauf Sie beim Layout von Web-Seiten für die politische Arbeit achten sollten und wie Sie Ihr Web-Angebot bürgerfreundlich strukturieren.
Termin: 4.-5.6.2005

Webdesign mit Dreamweaver
Multimediales Kommunizieren politischer Arbeit ist Inhalt dieses Workshops: die Integration von Bild-, Text- und Sound-Dateien. Sie lernen, ein professionelles Online-Angebot für die politische Arbeit zu erstellen: Sie arbeiten mit geteilten Bildschirmen (Frames), gestalten einen Bildaustausch (Rollover), anklickbare Bilder (Imagemaps), mehrere Ebenen (Layers) und vieles mehr. Voraussetzung: Grundkenntnisse von HTML.
Termin: 9.-10.7.2005
Kursgebühren: jeweils 60 Euro
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V.,
Oberanger 38/1, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06

REUTLINGEN

Sturm & Klang 2005
Unter dem Titel Sturm & Klang findet am **30. April 2005** ein globalisierungskritisches Festival in Reutlingen statt. Organisiert von jungen Leuten aus dem Umfeld von ATTAC und social forum, will Sturm & Klang am Nachmittag mit Workshops sowie einem globalisierungskritischen Stadtrundgang zunächst die Köpfe und am Abend mit guter Musik auch den Bauch und die Beine von hoffentlich vielen Interessierten bewegen.
Themen der Workshops von 14.00 bis ca. 20.00 Uhr im Haus der Jugend sind:
»Sozial spalten und national mobilisieren – die Deutschland AG« (mit Friederike Habermann), »gender matters – (Feministische Kriegskritik, mit der Frauengruppe Zumutung), »Alles, was recht(s) ist« (Globalisierung und Neo-Nazismus, mit Andreas Linder) und »Multikultur ade?« (Einwanderungsdiskurs nach dem Mord an dem belgischen Filmemacher Theo Van Gogh, mit Ralf Rapior).
Ab 21 Uhr spielen im Café Nepomuk die »Soulhossas« (»Hossa-Rock« aus der Kulturwerkstatt e.V. Reutlingen), »Ascona« (Reutlingen, melodischer Gitarrenrock) und »Klez.e« (Berlin, Indie-Rock)
Die Teilnahme an den Workshops ist kostenlos, der Konzertbesuch für WorkshopteilnehmerInnen ermässigt 2 euro, regulär 4 euro.
www.cafe-nepomuk.de
Anmeldung für die Workshops erbeten unter sturmundklang@gmx.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN:

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg